

Planung und Zukunft

Automationsunterstützte, elektronische Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie

Die Abteilung unterstützte auch 1997 den Dienstleistungskonzern Magistrat beim bürgernahen Handeln, indem EDV-Produkte und EDV-Leistungen unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse und Gegebenheiten der verschiedenen Abteilungen des Magistrats im Magistratsbereich nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zur Verfügung gestellt wurden. Die Handlungen der Abteilung waren dadurch gekennzeichnet, daß steigenden Anforderungen (z.B.: zunehmende Installationszahlen) nahezu gleichbleibende Ressourcen (Budget) und eine steigende Unterbesetzung von Dienstposten gegenüberstehen. In dieser Situation wurde ein Veränderungsprozeß innerhalb der Abteilung eingeleitet, der einerseits eine Ausrichtung der Abteilung auf einen betriebsmäßig verrechnenden Dienstleister (z.B.: Einführung einer Kostenstellenrechnung, Verbesserung der Auftragsabwicklung usw.) und andererseits innerorganisatorische Verbesserungen (z.B.: Qualitätssicherung, Personalentwicklung) bringen soll. Einige dieser Veränderungen konnten bereits im Jahre 1997 verwirklicht werden. Beispielsweise wurden Kosteninformationen an alle Dienststellen ausgesandt, eine Kundenumfrage durchgeführt, die betriebsmäßige Veranschlagung vorgenommen und etliche aufbau- und ablauforganisatorische Maßnahmen innerhalb der Abteilung durchgeführt. Die Bedeutung und das Wirken der Abteilung nach außen wurden dadurch unterstrichen, daß wesentlich vermehrt an Veranstaltungen, Präsentationen und Ausstellungen aktiv mitgewirkt wurde.

Innerorganisatorische Maßnahmen

Für die Projektabwicklung hat sich die im Jahre 1997 herausgegebene „Richtlinie über das Verfahren der Entscheidung und über die Realisierung von EDV-Projekten in der Zuständigkeit der Abteilung“ als bedeutend erwiesen. An dem Aufbau einer Datenbasis zum Abwickeln dieser Richtlinie wird innerhalb der Abteilung gearbeitet.

Veränderungsprozeß

Der Prozeß ging davon aus, das mehr als fünf Jahre alte Leitbild der Abteilung zu überarbeiten und den nunmehr gültigen Gegebenheiten und den absehbar künftigen Erfordernissen eines modernen und adäquaten EDV-Einsatzes des Magistrats anzupassen. Nach Erstellung des Leitbildes, welches auch mit der Magistratsdirektion abgestimmt wurde, wurden Grundsätze für die Arbeitsweise der Abteilung erstellt. Danach erfolgte die Erarbeitung von Schwerpunkten für die Inangriffnahme von Maßnahmen.

Eine Maßnahme betraf die Erstellung und Versendung der Kosteninformationen an alle Dienststellen, die im Juli durchgeführt wurden. Die dabei gewonnenen Erfahrungen werden zu einer veränderten, leistungsorientierteren und dienststellenbezogeneren Kostenrechnung im Jahre 1998 führen. Im Juni wurde eine Kundenzufriedenheitsumfrage unter allen Anwendern des Magistrats durchgeführt. Das Ergebnis führte zu konkreten Verbesserungsmaßnahmen in den Bereichen Störungsbehandlung sowie Schulung und Ausbildung. Darüber hinaus wurden in einer Vielzahl der rund 800 eingelangten textlichen Hinweise und Kritikpunkte Rückkoppelungen angestrebt.

Erwähnenswert ist, daß die vorgenommene Auffassung der Nachbearbeitung und die Vergabe der Kuvertierung an externe Firmen sowie den Wiener Stadtwerken – Rechenzentrum keine Beeinträchtigung des Betriebes für die Dienststellen mit sich brachte. Etliche weitere organisatorische Verschiebungen – beispielsweise im Wirtschaftsbe- reich – dienten ebenfalls der Verstärkung und Unterstützung des in Angriff genommenen Veränderungsprozesses.

Wirken außerhalb des Magistrats

Veranstaltungen

Die Abteilung nahm an etlichen Veranstaltungen mit Öffentlichkeitswirksamkeit aktiv teil und konnte auch einige mitgestalten. Bei allen diesen Veranstaltungen erhielt die Abteilung gute, zustimmende und lobende Zensuren. Für einen Dienstleister, der sich am Markt orientieren möchte, erscheint auch eine Darstellung am EDV-Markt wichtig und stellt sicher, daß nicht am Markt vorbei, sondern durchaus konkurrenzfähig entwickelt wird.

Im folgenden eine Auswahl von Veranstaltungen im Jahre 1997, an denen die Abteilung aktiv beteiligt war: GUIDE/Share (Abhaltung der Konferenz in Wien), Computer und Archäologie, Magistrat Salzburg (Beratung in Netzwerkfragen), ADV zu Gast bei der Stadt Wien, Digitale Stadtmodelle (Ausstellung in der Planungswerkstatt), Teilnahme an der IFABO, Infoveranstaltung für Gemeinderäte, JEC (Joint European Conference and Exhibition on Geographical Information - Beteiligung an Ausstellung und Konferenz), GRISU - Präsentation, Pressekonferenzen (Schutzzonen, Recyclingbörse, Wien-Service, GRISU, Kundenumfrage), Global Village 97 (Ausstellungs-Beteiligung), Tag der offenen Tür der Abteilung (Ausrichtung und Gestaltung), City-Net Veranstaltung (Mitwirkung), Abhaltung von Vorträgen bei diversen Veranstaltungen.

Beteiligung bei EU-Programmen

Wie bereits in den vergangenen Jahren engagierte sich die Abteilung auch 1997 bei EU-Programmen. Heuer wurde an etlichen Proposals teilgenommen (DIANA, Global Bangemann Challenge, INFOSOND und Nachfolge, EU-GO3DM). Auch ein Teil der Entwicklungen für das "Kiosk-Programm" (elektronische Informations-Kioske in der Stadt Wien) kann in EU-Programmen eingebracht werden. Ein Mitarbeiter der Abteilung wurde in den Netzwerk-Arbeitskreis des Bundes einberufen und als Sprecher bei der EU delegiert.

MA 14 - ADV als Dienstleister

Für das AKH-Rechenzentrum wurde eine Vereinbarung getroffen, das Systemmanagement des MVS-Systems in der Abteilung durchzuführen. Auf Grund der bisher günstigen Erfahrungen mit dieser Zusammenarbeit besteht die Absicht, diese auch noch weiter auszubauen. Für gemeindenahe Unternehmungen wurden im Bereich der Telematik Providerähnliche Dienstleistungen gegen Kostenersatz übernommen. In dem Zusammenhang soll auch erwähnt werden, daß die Abteilung an der Konzeption, dem Test und der Inbetriebnahme des Sicherheitssystems im Amtshaus Stadiongasse maßgeblich beteiligt war (siehe auch unten, Aufgabengebiete 2 und 11).

Untersuchungen

Von der Abteilung wurde eine Untersuchung zur Überprüfung der Sicherheit des installierten Firewall-Systems und auf Tauglichkeit der vorgenommenen Absicherungsmaßnahmen gegen unbefugte Zugriffe über das Netz in Auftrag gegeben. Die sich daraus ergebenden Maßnahmen konnten größtenteils umgesetzt werden. Die Firma CSC Ploenzke führte im Auftrag der MDI eine Untersuchung durch. Vor allem der in Angriff genommene Veränderungsprozeß entspricht den vorgeschlagenen Maßnahmen.

Projekte im Magistrat nach Aufgabengebiet:

Aufgabengebiet 01: Personenwesen:

Neben einigen Ergänzungsprojekten im Bereich des Einwohnerwesens (MA 61, MA 62, Stadtschulrat für Wien) bildeten die Vorbereitungsarbeiten zum Aufbau des Wiener Bildungsnetzes 1997 den Schwerpunkt in diesem Aufgabengebiet.

Wiener Bildungsnetz

Dabei wurde u.a. der Einsatz des Internets im Schulbetrieb getestet. Fragestellungen in den Bereichen Netzanbindung, Objektnetzinfrastruktur sowie Konfiguration der LAN-Schulnetze konnten technisch geklärt werden. Die Erfahrungswerte flossen in die Neukonzeption der "Musterschule" für das Projekt Wiener Bildungsnetz ein.

Staatsbürgerschaftsevidenz-Erweiterung

Für die Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen im Zuge der Geburts- und Ehebeurkundung auf den Standesämtern wurden die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen: Die Daten wurden in den entsprechenden Evidenzfällen aktualisiert, im Bereich der Nachweisverwaltung wurden Erweiterungen und Auswertungen durchgeführt. Für Wiener Evidenzfälle können am Standesamt automatische Ausdrücke der Mitteilungen als Folge der Aufgebotserstellung erstellt werden.

Magistratische Bezirksämter

Im Bereich der Bezirksämter aber auch der Bezirksvorstehungen wurde ein bedeutender Fortschritt in bezug auf den Einsatz der Informationstechnologie erzielt. Dabei wurde die Hardwareausstattung sowohl bedeutend erhöht als auch auf breiter Basis auf PC umgestellt. Damit Hand in Hand ging die Umstellung auf IBSnext, was besonders im Büroautomationsbereich Veränderungen brachte. Zusätzlich wurde sowohl das Gewerbewesen als auch die Strafenbehandlung völlig neu programmiert und implementiert. In den Magistratischen Bezirksämtern und der MA 63 werden Gewerbedaten EDV-mäßig erfaßt und verwaltet. Dabei wurde zum 1. Mal ORACLE als zentrale Datenbank verwendet.

Personendatenbankumstellung

2,2 Millionen Personendaten samt zugehörigen Verweisdaten wurden gesichert, umstrukturiert, komprimiert und in die neue Personendatenbank geladen.

Ausländeraufenthalt

Die Übermittlung an das §9-Register beim Bundesministerium für Inneres wurde überarbeitet und auch die Übermittlung an das Fremdeninformationssystem des Innenministeriums an die neue Datenbankstruktur angepaßt. Auf Grund des neuen Fremdengesetzes vom Juli 1997 wurden die notwendigen Umstellungen in der Verwaltung der Ansuchen und deren Abschlüsse bis zum Jahresende vorgenommen.

Wahlvorbereitung, Wählerdaten

Die Volksbegehren 1997 - I "Frauen" und "Gentechnik" sowie die Volksbegehren 1997 - II "Schilling-Volksabstimmung" und "Atomfreies Österreich" wurden hinsichtlich der Vorbereitung mit der Erstellung aller erforderlichen Unterlagen und auch der Bereitstellung des Verzeichnisses der Stimmberechtigten im Online unterstützt. Um wahlberechtigte Auslandsösterreicher und EU-Bürger in die Übermittlung der Wählerdaten für die Parteien miteinbeziehen zu können, wurde die Datenschnittstelle für die Wählerdaten entsprechend erweitert und die Programme zur Datenbereitstellung angepaßt. Bedingt durch die Datenbankumstellung wurde an Stelle der monatlichen Übermittlungen in den ersten beiden Quartalen ein Gesamtbestand auf CD-Rom übergeben.

Gewerberechtsnovelle

Mit 1. Juli 1997 trat die Gewerberechtsnovelle 97 in Kraft. Dafür mußten entsprechende Adaptionsarbeiten bezüglich Daten und Programme in der bestehenden Applikation vorgenommen werden.

Aufgabengebiet 02: Gesundheit und Spitäler:

Die Betriebsführung der IBM-Anlage im AKH wurde durch das Produktionsdezernat der Abteilung übernommen. Es wurden Projektform-Entwicklungen zur Bedienung von Schnittstellen durchgeführt. Die Datenstrukturen zur Auswertung der Daten des Wiener Krankenanstalten-Finanzierungsfonds wurden von Access auf Oracle portiert und in Absprache mit der MA 4 und MA 6 normalisiert und erweitert. Nach Tests wurde für die MA6/BA2 und die MA 4/1 das PC-Abfragetool Business Objects beschafft, um flexible Auswertungen der Krankenhaus-Leistungsdaten ("Scoring-Daten") zu ermöglichen.

Aufgabengebiet 03: Sozialhilfe und Jugendfürsorge:

Zwei Aufgabenstellungen prägten 1997 den Projektauftragsstand dieses Aufgabengebietes:

Die Weiterentwicklung des Sozialkontos der MA 12, von dessen Gesamtkonzeption die Beihilfenarten "Geldaushilfe" und "Pflegegeld" in Produktion sind und dessen Weiterentwicklung modular pro Beihilfenart in Form von Teilprojekten erfolgt.

Weiters erfolgte das Projekt für die Neukonzeption der Verrechnung von Unterhaltsgeldern ("Mündelgeld") durch die MA 11. Bei diesem Projekt wurde Oktober 1997 begonnen, die Datenübernahme von der bisherigen „Mündelgeldverrechnung“ zu realisieren.

Aufgabengebiet 04: Personalverwaltung und Personalverrechnung:

WIPIS (Wiener Personalinformationssystem) - Vorbereitung Produktionseinsatz

Im April wurden erste Echtdurchführungen bei der Pensionsverrechnung von Lehrern und Magistratsbediensteten (rund 23.000 Personen) durchgeführt. Die Übernahme der Besoldungsdaten aller aktiven Magistratsbediensteten (Verrechnungsgruppen: B, D, E) wurde im Juli 1997 durchgeführt. Der Test für die Hausbesorger-Lohnverrechnung wurde in Richtung fehlerfreier Abrechnung inklusive Wohnhäuserverwaltungsspezifika erfolgreich begonnen. Alle notwendigen Geschäftsfälle für aktive Bedienstete und das dazu erforderliche Schriftgut wurde ausgearbeitet. Die dazu erforderlichen Schulungen der Sachbearbeiter wurden von den Fachabteilungen fortgeführt. Die Parallelabrechnung (WIPIS/BU3) der aktiven Magistratsbediensteten (Verrechnungsgruppen: B, D, E) wurde im September 1997 begonnen. Die Parallelabrechnung der aktiven Landeslehrer wurde intensiv weitergeführt. Die Schriftguterstellung wurde laufend erweitert. Die Übernahme der Daten aus der bestehenden dezentralen Personalverwaltung wurde für die Bereiche Absenzen und Nebengebühren entwickelt.

Wartungsarbeiten der Lohnverrechnung BU3

Von der Fachabteilung wurden 1997 rund 80 Aufträge zur Ergänzung und Änderung der Bezugsverrechnungsprogramme an die Abteilung gestellt. Alle Aufträge wurden termingerecht zum Einsatz gebracht. Die Berechnung der Ferialentschädigung für die Wiener Landeslehrer wurde den neuen Vorschriften angepaßt. Durch das Strukturanpassungsgesetz 1996 mußten das Jahreskontoblatt sowie die Erstellung der Jahreslohnzettel tiefgreifend verändert werden. Die umfangreichen Programmänderungen auf Grund einer Änderung der Gesetzesinterpretation der Sozialversicherungsbehandlung bei einer Sonderzahlung konnten termingerecht abgeschlossen werden. Die im Bereich der Lehrlingsentlohnung bestehenden gesetzlichen Vorschriften wurden geändert. Die dafür notwendigen Programmänderungen konnten rechtzeitig abgeschlossen werden. Die geänderte Vorgehensweise bei der Meldung von Sozialversicherungsdaten (An-, Abmeldung und Änderungen) wurde mittels eines neuen Dialoges für diesen Geschäftsfall gelöst.

Aufgabengebiet 05: Finanzen (Abgaben- und Haushaltsverrechnung):

Projekte im Bereich der Abgaben und Strafen werden vollständig von der Abteilung entwickelt. In der Haushaltsverrechnung führt die MA 6 / DG I die erforderlichen EDV-Projekte für die Buchhaltungsabteilungen selbständig durch. Von der Abteilung werden in der Haushaltsverrechnung die zentralen Auswertungsprojekte wie Voranschlag, Rechnungsabschluß usw. entwickelt. Zusätzlich werden von der Abteilung für alle Aufgabenbereiche und von der MA 6 / DG I für die von ihr entwickelten Systeme EURO-Umstellungsprojekte aufgesetzt.

Abgabestrafen

Im Rahmen der Neukonzeption der Abgabestrafen wurden bei der Datenübernahme über 75.000 Verfahren mit über 40.000 Personen in die Strafenlösung übernommen; davon etwa 12.000 Verfahren in die gemeinsame Strafenverrechnung. Die Strafenlösung wurde so erweitert, daß der Betrieb mit mehreren unterschiedlichen Strafenarten und Datenbanken gewährleistet ist. Verbessert wurden Funktionen bei Änderungen der Person, sowie die Adreßqualität beim Tatort innerhalb von Wien.

Vorbereitung zur Währungsumstellung auf EURO

Seitens der Abteilung wurde ein EURO-Beauftragter nominiert, dessen Aufgabe in der Sammlung, Aufbereitung und Verteilung aller aktuellen Informationen zur Währungsumstellung liegt. Zu diesem Zweck erfolgte die Mitwirkung an Sitzungen der EURO-Arbeitsgruppen EDV, Verwaltung und Budget im Magistrat. Im Zuge dessen wurden auch Umstellungszenarien für den EDV-Bereich skizziert und EDV-Grundregeln für den Magistrat erstellt. Innerhalb der Abteilung wurden mehrere Informationsveranstaltungen durchgeführt, deren Ziel eine Informationsverbreitung zum Thema EURO sowie eine Sensibilisierung in den einzelnen Sachbereichen waren. Weiters wurde eine Betroffenheitsanalyse der einzelnen Applikationen durchgeführt, um den Änderungs- und Adaptierungsbedarf der einzelnen Verarbeitungen ermitteln zu können und die Grundlagen für eine grobe Aufwandsschätzung zu erarbeiten.

Aufgabengebiet 06: Bauten

Bauverwaltung: ISBA (Informationssystem Bauen)

Das sich in Entwicklung befindende Vorhaben „WinISBA“ (Verwendung von Windows-Oberflächen in ISBA) stellt das Nachvollziehen der geänderten normativen Grundlagen für das Ausschreibungswesen (ÖNORMen) dar. Nach erfolgter öffentlicher Interessentensuche wurde ein Auftrag an die Softwarefirma ib-data Ges.m.b.H. - Wien erteilt, technisch spezifiziert und abgeschlossen.

Im FIAKER (Firmen-Auftragnehmerkataster) wurden Adaptierungen auf Grund der Dienststellen-Neuorganisation in der MD-BD, Dezernat 4, vorgenommen. Mit dem System ISBA/FIAKER wurde auch die Möglichkeit für eine Online-Verbindung zum Arbeitsinspektorat geschaffen. Die drucktechnische Erstellung der jährlichen „Bewerberliste der Stadt Wien“ wurde online via Intranet und Internet zur Verfügung gestellt.

Brückenkataster

Die Brückenstandorte von Wien wurden erfaßt und in einem GIS mit der Brückeninformationen-Datenbank verknüpft. Zusätzlich erfolgte eine Geocodierung von Brückenfotos zu den jeweiligen Brückenstandorten.

Aufgabengebiet 07: Stadtplanung und Umwelt

Flächenwidmungs- und Bebauungsplan

Gemäß der geänderten Wiener Bauordnung wurde die interaktive Bearbeitungsmöglichkeit der Beschriftung des Bebauungsplanes auf den Grafikstationen erweitert. Zusätzlich zu den bisherigen Ausgabemöglichkeiten ist der Bebauungsplan nun auch in Rasterform vorhanden. Die digitale Erfassung der Fluchtlinien erfolgte aus rund 350 Teilungsplänen mittels Digitalisierung. Die Unterstützung der MA 41 bei der Bearbeitung des digitalen Bebauungsplans hat sich auf die Flächenbearbeitung beschränkt. Die Flächenbearbeitungen wurde in rund 130 Plandokumenten durchgeführt.

WUIS - Wiener Umweltinformationssystem

Das Wiener Umweltinformationssystem ist eine Sammlung von Programmen zur Integration von Fachdaten verschiedener Umweltaufteilungen unter einer Oberfläche. Um die Komplexität zu vermindern, werden die Daten der Fachabteilungen in einer zentralen Sekundärdatenbank gesammelt. Diese Sammlung erfolgt zur Zeit noch weitgehend manuell durch die Abteilung. Über dieser Datenbank wurde eine PC-Oberfläche implementiert, die den Zugriff auf Objekte unterschiedlichster Ausprägung und fachlicher Kontexte erlaubt, ohne daß für deren Integration spezieller Entwicklungsaufwand erforderlich ist. Die Applikationen Metadatenbank, Basis, Naturschutz, Lärm und Luft des WUIS sind unter Windows95 in der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr, Wiener Umweltschutz, MA 22, MA 30 und MA 45 im Einsatz.

Elektronische Verteilung der MD-Erlässe

Der Versand aller magistratsinternen Erlässe wurde auf elektronische Übermittlung umgestellt. Bei der Umsetzung dieses Auftrags war besonders auf die beiden unterschiedlichen Textverarbeitungssysteme des IBS (Integriertes Büroverwaltungssystem) einerseits und Winword andererseits Rücksicht zu nehmen.

Aufgabengebiet 08: Wohnungswesen

Workflow-Einsatz in der MA 17

Das bestimmende Projekt in diesem Aufgabengebiet stellte die EDV-Ausstattung im Bereich der MA 17 "Wiener Wohnen" dar. Über den Umfang eines konventionellen EDV-Projektes hinaus wurde dabei gemeinsam mit der Fachdienststelle das organisatorische Vorfeld mit professionellen, EDV-unterstützten Methoden analysiert und nach der Auswahl eines geeigneten Workflow-Tools (Komponenten-Software "FABAsoft Components") begonnen, dieses praxisgerecht einzusetzen. Die Prozesse "Wohnungsvormerkung und Wohnungsvergabe" sowie "Mietermitteilungen" wurden mit "Components" umgesetzt. Die dazu benötigten Datenbasen wie Mietobjekte, Wohnwerber, Adressen usw. wurden in Components integriert. 2 Kundendienstzentren der MA 17 "Wiener Wohnen", die Zentrale und 16 Außenstellen wurden vernetzt und mit Workflowarbeitsplätzen (rund 180) ausgestattet.

Jahrtausendwechsel Mietenverrechnung

Die im letzten Quartal 1996 begonnene Anpassung der COBOL-Programme an den Jahrtausendwechsel wurde mit Ende September 1997 abgeschlossen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde Anfang Jänner 1997 im Zuge einer beschränkten Ausschreibung Fremdkapazität in Form von drei Personen zu je sechs Personenmonaten beschafft. Neben diesem Projekt wurde am Projekt 'Wohnhaussanierung' weitergearbeitet.

Aufgabengebiet 09: Bildung, Kultur, Pressewesen

In diesem Aufgabengebiet werden von der Abteilung derzeit ausschließlich Betreuungs-, Beratungs- und Beschäftigungsagenden wahrgenommen.

Aufgabengebiet 10: Städtische Einrichtungen

SAP-PILOTPROJEKT

In den ersten Monaten des Berichtsjahres wurde in der Abteilung 9 der MA 31 für die Module MM (Materialwirtschaft), FI (Finanzwesen), CO (Controlling), PM (Instandhaltung), HR (Personalwesen), PS (Projektsystem) die Adaptierung der Applikation an die Bedürfnisse der Abteilung durchgeführt und abgeschlossen. Auf Grund des präsentierten Endberichts zu dem Pilotprojekt und der zusätzlich präsentierten Unterlagen (Kosten-Nutzen-Analyse, Wirtschaftlichkeitsrechnung) wurde bezüglich der Auswirkungen eines Einsatzes von SAP-R/3 in der MA 31 entschieden, daß R/3 in der gesamten MA 31 einzusetzen ist.

Aufgabengebiet 11: Allgemeine Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit

Telematik - Internet Services

Wien Online, das Informationssystem für die Wiener Bürger, wurde 1997 in Zusammenarbeit mit der MA 53 u.a. um folgende Punkte erweitert: "Wien stellt zu" (Pensionistenservice); Stadt- und Landesbibliothek; Amt für Jugend und Familie; Grafisches Informationssystem: Apotheken, Sirenen, Naturdenkmäler, Routensuche mit öffentlichen Verkehrsmitteln; Politik in Wien,... Im WWW-Service der Stadt Wien befinden sich jetzt schon 3.500 Seiten Infos. Es erfolgte der Aufbau und die Präsentation von „Wien Service“ (ein interaktives Angebot mit Zugriff auf Datenbanken). Technisch unterstützt wurden auch diverse Pressekonferenzen zum Thema Internet und die Büros der Geschäftsgruppen in den Bereichen elektronische Kommunikation und Internetangebote. Auch in das magistratsinterne Informationssystem "Wien Intern" wurden neue Angebote aufgenommen (u.a. Jobbörse, EURO-Informationen, diverse Administrationswerkzeuge). Darüber hinaus wurden abteilungsinterne WEB-Bereiche für die Magistratsabteilungen 8, 14, 17, 35, 41, 48, 49, 57, 59, 66 geschaffen. In diesen Bereichen werden WEB-Seiten für den abteilungsinternen Gebrauch angeboten (interne Richtlinien, Ablaufdokumentationen usw.). Die Volltextsuche wurde für den Gebrauch auf abteilungsinternen Bereichen modifiziert.

Telematik - Kommunikationsdatenbank - Mailsystem

Die Kommunikationsdatenbank wurde im 1. Quartal 97 vollständig in die bestehende Mailumgebung eingebunden. Durch Synchronisation der Telefondaten aus dem HICOM-Telefonverzeichnis und der Kommunikationsdatenbank werden entsprechend korrekte Telefonnummern automatisch übernommen und können somit über jeden vernetzten PC-Arbeitsplatz abgefragt werden.

Bürger-Service-Stationen - Ausbau zum Vienna Access Point

Nach der Inbetriebnahme einer ersten Bürger-Service-Station im Zuge der Eröffnung des Bürger-Service-Zentrums Donaustadt im Juni 1996 wurden im Jahr 1997 an 15 weiteren Standorten (3 davon bei der Bank Austria) diese Systeme aufgestellt und der „Information für Sie“- („i4U“)-Pilotversuch gestartet. Als Information wurde im wesentlichen Wien-Online mit den darin verfügbaren Links angeboten. Im Rahmen des Pilotversuches wurde die selbst entwickelte Software laufend optimiert.

GLOBAL VILLAGE 97

Im Berichtszeitraum wurde die technische und - soweit es das Angebot der Abteilung betrifft - inhaltliche Koordination für die Global Village 97 übernommen. Schwerpunkte dabei waren die Präsentation von Leistungen der Stadt Wien im Bereich der Telekommunikation, das elektronische Informationsangebot für den Wiener Bürger, Bürgerservice, Umweltinformation im Internet, Stadtplanung und grafische Datenverarbeitung und innovative Telematikprojekte.

Office Bereich: Offene Bürokommunikation

An sämtlichen Netzknotenpunkten wurden Office-Server eingerichtet und in Betrieb genommen. Durch diese Infrastruktur soll der gesamte Magistratsbereich versorgt werden. Die Einrichtung lokaler Office-Server für einzelne Dienststellen wird im Gegensatz zum IBS mit wenigen Ausnahmen (Wiener Wohnen, Schulungsserver) entfallen. Als Standardbenutzeroberflächen für Open Office wurden TeamLinks und MS-Exchange/MAPI etabliert. 1997 wurden ungefähr 1.000 Benutzer auf Open Office umgestellt. Im Berichtszeitraum wurde für beide Standardoberflächen eine entsprechende Software zur Verarbeitung von ein- und ausgehenden Faxen implementiert. Voraussetzung dafür war der Einsatz eines neuen FAX-Gateways. Im Berichtszeitraum wurden im Rahmen eines Pilotversuches WEB-Oberflächen zum Office-Server und zu Email-Servern eingerichtet und getestet. Darüber hinaus wurden die mittelfristigen Nachfolgeprodukte von MS-Exchange/MAPI getestet (Outlook, ...). Eine weitere Serverplattform (Exchange) wurde in Testumgebung in Betrieb genommen.

Einsatz Integriertes Büroverwaltungssystem

Im Planjahr wurde die 1995 begonnene Umstellung des Integrierten Büroverwaltungssystems (IBS) von der Version IBSplus auf IBSnext fortgesetzt und zu mehr als 90 Prozent abgeschlossen. 1997 waren 92 Prozent der IBS-Rechner auf IBSnext umgestellt, was 97 Prozent der Benutzer entspricht.

EDV-Formulare

Die Designphase und die EDV-technischen Strukturen für das Drucksortensystem des Magistrats der Stadt Wien wurden mit Juli 1997 beendet. Die MA 6 hat ihre Sonderdrucksorten umgestellt und in den Probebetrieb übernommen. Die allgemeinen Drucksorten wurden aktualisiert und als allgemeine EDV-unterstützte Rahmenschriftstücke der Drucksortenkommission vorgelegt. Durch den EDV-Einsatz wurde die Zahl der Formulare auf etwa 6.000 halbiert. Das Drucksortensystem des Magistrates der Stadt Wien wurde dem EDV-Personal der Dienststellen im Rahmen des EDV-Forums für Information und Kommunikation vorgestellt und der Einsatz in den Dienststellen vorbereitet. In der MA 6, MA 38, MA 46, MA 55, MA 56 und MA 59 wurde dieses EDV-System umgesetzt.

Produktion/Dienststellenspezifische Leistungen

Muthgasse

In der Muthgasse wurde das Amtshaus mit neuen Arbeitsplätzen ausgestattet. Mehr als 700 Arbeitsplätze mußten dabei kurzfristig und in Abstimmung mit der Umsiedlung installiert werden. Alles konnte termingemäß und zur Zufriedenheit abgewickelt werden.

Hardware für die Schulen der Stadt Wien (MA 56)

Für die Schulen der Stadt Wien wurden 1997 44 Netze für Hauptschulen (396 PCs) und 6 Netze für Berufsschulen (54 PCs) beschafft. Über 200 PCs wurden für den Schulverwaltungsbereich beschafft, wobei größtenteils alte PCs der Type 286 auf Pentium getauscht wurden. Rund 100 PCs wurden durch Tausch der Hauptkomponenten von 386 und 486 auf Pentium aufgerüstet.

Kommunikationsnetz / -technologie

Das Ziel, gemeinsam mit der MA 34 ein Wien-weites Kommunikationsnetz aufzubauen, wurde durch zusätzliche Einbindung von Standorten in das bereits bestehende SDH - Netzwerk weiter ausgebaut. Durch die Nutzung der vorhandenen LWL-Infrastruktur in Verbindung mit den SDH-Komponenten wurden bis Ende 1997 alle wichtigen Netzwerkstandorte in das Kommunikationsnetz integriert. Derzeit werden nicht nur Übertragungsgeschwindigkeiten von 2 Mbit/sec, sondern bereits Übertragungsraten von 34 Mbit/sec in Verbindung mit ATM eingesetzt. Dieses neue Netz soll nicht nur die derzeitigen Bedürfnisse abdecken können, sondern auch zukünftige Anforderungen, wie z.B. Bildübertragung integrieren können. Die erste produktionsmäßige 34 Mbit-Verbindung wurde zwischen den Standorten Rathaus und dem neuen Amtsgebäude "Muthgasse" realisiert. Die durch die Abteilung in Abstimmung mit der MA 34 geschaffene Verkabelungsstrategie wurde auch im Jahre 1997 fortgesetzt. Folgende größere Installationen wurden durchgeführt: MA 31, Grabnergasse (Schaffung eines neuen Rechnerraumes im 4.OG und Neustrukturierung des Netzwerkes); MA 68 - Zentrale, HFW - Floridsdorf; 2. Ausbaustufe im Projekt FEVIS; MA 14 - ADV/AH Rathausstrasse 1 (LWL - Verkabelung im 1. und 4. Stock); MA 17 - Schöpfleuthnergasse und Donaustadtstraße; MA 59 - diverse Standorte (21 Standorte); AH - Muthgasse.

Störungsbehebung

1997 wurden rund 30.000 Störungen bei den Servicestellen 9815 und 9816 gemeldet, dort dokumentiert, eingegrenzt, bearbeitet und bei Bedarf weitergeleitet. Rund 8.500 Störungen wurden im technischen Störungsdienst behoben. Davon waren bei 5.100 TechnikerInnen der Abteilung und bei 3.400 mit der Wartung beauftragten Firmen (Garantie oder Serviceverträge) im Einsatz. Gegenüber dem Zeitraum 1995/96 ergab sich eine Erhöhung um 16 Prozent. Im Beobachtungszeitraum wurden auf PCs des Magistratsbereiches 125 Viren lokalisiert und bereinigt. Dies entspricht einer Erhöhung von 160 Prozent gegenüber den Jahren 1995/96. Auch die störungstechnische Betreuung des Pilotprojektes "Wiener Schulen" wurde übernommen.

Großanlage

Der IBM-Rechner 9672-R63 in der Abteilung wurde auf einen IBM 9672-R83 aufgerüstet, der Hauptspeicher beträgt nunmehr 2 GB. Dadurch ergeben sich verbesserte Antwortzeiten, verbesserter Transaktionsdurchsatz und weiters sind noch Leistungsreserven vorhanden. Die geplante unbemannte RZ-Betriebszeit der Großanlage betrug 5.756 Stunden (gegenüber 5.742 Stunden im Vorjahr). 167 (202) Stunden waren für geplante Arbeiten, 136 (75) Stunden für Einsätze auf Grund von Pagerrufen zu leisten. Tatsächlich unbemannt war das Rechenzentrum daher 5.453 (5.465) Stunden, das sind 94,74 Prozent (95,18%).

Server Betrieb und Applikationen

Für die 298 Server wurde die Betriebsführung, das System- und Clustermanagement sowie das Security-Management durchgeführt. Sowohl bei den Betriebssystemen als auch bei den Applikationen wurden Software-Upgrades und Neuinstallationen abgewickelt.

Installationen

Im Laufe des Jahres 1997 wurden 1.900 PCs (davon rund 700 Austausch), 540 Drucker und 1.290 EDV-Anschlußdosen installiert und 64.500 m KAT5-EDV-Kabel verlegt. 750 Übersiedelungen von EDV-Geräten (Abbau und Wiederaufbau) wurden durchgeführt. 2.500 Supportleistungen wurden für Installation und Störungsbehebung geleistet. Insgesamt wurden 20.500 LASY-Leistungen erledigt (Wochenschnitt über 400). 1997 wurden 16 Archivsysteme (PamStorage), 11 Office Server (TeamLinks), 41 Server für ADVPC und Fileservice, 12 BackupDomainController (Backup für User-Logon), 7 GIS-Server und 6 Server mit WindowsNT für Workflow-Applikationen (davon 2 in der MA 17) installiert. Auf 300 Rechnern wird der Plattenplatz überwacht und bereinigt. Die Zahl der betreuten PC-Arbeitsplätze stieg 1997 etwa um 1.000 an. Rund 9.400 User konnten 1997 im Magistrat Elektronische-Post (email) empfangen.

Interne Projekte / unterstützende Dienste der Abteilung

Personalwesen

Die Abteilung verfügte 1997 über 396 Dienstposten. Die Fluktuationsrate betrug etwa 1,8 Prozent. Im Schnitt waren monatlich 3 - 4 Dienstposten unbesetzt. Die Anzahl der Bewerbungen haben im Jahr 1997 deutlich abgenommen, da derzeit verstärkt Bedarf an qualifiziertem EDV-Personal am freien Markt (Jahr 2000-Umstellung, Euro-Umstellung usw.) herrscht. Seit dem Frühjahr 1997 ist es der Abteilung nicht mehr möglich, EDV-Personal vom freien Markt aufzunehmen.

Ausbildung

Insgesamt wurden 1997 rund 300 Vorträge/Kurse für etwa 2.300 TeilnehmerInnen selbst veranstaltet bzw. in Zusammenarbeit mit der MD-VA, der MD-VR und Fremdfirmen organisiert. Davon waren rund 300 TeilnehmerInnen aus Fachabteilungen in dezentralen EDV-Funktionen. Weiters wurde die budgetäre Planung für die Bereiche Schulungs-/Beratungsleistungen und Literatur in Abstimmung mit internen (Budgetreferat der Abteilung) und externen (MD-VA) Stellen durchgeführt. Bei der Erstellung der mitarbeiterspezifischen Ausbildungspläne sowohl für die Abteilung als auch für EDV-Personal in Fachabteilungen wurde Beratung und Unterstützung geleistet, der Ausbildungsplan für EDV-Referenten wurde überarbeitet und in Wien Intern veröffentlicht.

Um der Aufgabe der Abteilung zur Erkennung wichtiger EDV-Trends und deren Umsetzung in magistratsentsprechender Form gerecht zu werden, wurden unterschiedliche Schwerpunkte in der EDV-Ausbildung gesetzt. Für neue MitarbeiterInnen beispielsweise wurde ein eigenes WELCOME-Mentorensystem eingerichtet, um einen möglichst reibungslosen Einstieg in das neue Aufgabengebiet zu unterstützen.

Fachaufsicht

Anläßlich der vom Referat Fachaufsicht durchgeführten 35 Einschauten in den Dienststellen und den diversen telefonischen Beratungen in den Fachabteilungen mit dezentralen EDV-Anwendungen wurde der Katalog "Dezentrale EDV-Funktionen" aktualisiert. Die gesammelten Erfahrungen bezüglich der Aufgabenprofile, der fachlichen Voraus-

setzungen und der Ausbildungsstände des EDV-Personals in den Dienststellen wurde zu einem Modell für die Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen und der Abteilung weiterentwickelt. Mittels eines Profilerhebungsbogens wurden, teilweise vor Ort, 141 personenbezogene Zulagenanträge begutachtet. Im Anlaßfall wurde beim EDV-Personal der Dienststellen der innerhalb der Abteilung obligatorische EDV-Test durchgeführt, um sicherzustellen, daß die Schulungs- und Ausbildungsaufwände effektiv eingesetzt wurden. Die Begutachtung erfolgte auf Basis des vorgenannten "Kataloges für dezentrale EDV-Funktionen". Es wurden 120 Anträge, einschließlich 7 Generalgenehmigungen, auf Gewährung von EDV-Zulagen betreffend 3.299 Bildschirmarbeitsplätze bearbeitet. Von der Fachaufsicht wurden Begutachtungen für Bedienstetenkategorieänderungen bzw. Dienstpostenaufwertungen für Bedienstete mit EDV-Funktionen verfaßt und der MD-VR zur Verfügung gestellt. Im Rahmen des Projekts "Zusammenarbeit mit den Dienststellen" wurde ein Katalog für die Aufgaben des EDV-Personals in den Dienststellen erstellt. Die Übernahme dieser Aufgaben erfolgt schriftlich, in taxativer Form. Das EDV-Konzept der Dienststelle wurde auf Grund dieser Richtlinie überarbeitet, aktualisiert und in mehreren Dienststellen weitgehend umgesetzt.

Ergonomie

Die ergonomischen Gesichtspunkte für Bildschirmarbeitsplätze im Sinne der EU-Richtlinien bzw. des ArbeitnehmerInnen-Schutz-Gesetzes wurden bei der Erstellung des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes eingebracht. Bei der Gestaltung von ergonomischen Arbeitsplätzen in den Dienststellen wurde beratender Support geleistet.

INFO-CENTER

Die hohe Akzeptanz des IC bei den EDV-Anwendern des Magistrats bestätigt das oberste Ziel, die Kontinuität zu wahren und qualitativ höchstmögliche Unterstützung zu bieten. Alle Informationen werden in Wien Intern angeboten. Rund 80 ProduktbetreuerInnen der Abteilung gewährleisteten die rasche und problemlose Unterstützung aller Standardprodukte. Mit CorelDraw (Vers. 7) wurde der erfolgreiche Versuch gestartet, kompetente Spezialisten in den Fachdienststellen als Produktbetreuer einzubinden. Bei den monatlichen Info-Tagen (EDV-Informationsveranstaltungen) wurden durchschnittlich 70 BesucherInnen (EDV-AnwenderInnen des Magistrates) gezählt. Die Inhalte wurden mit den Vorträgen des EDV-Forums abgestimmt. Die Auflage des monatlich erscheinenden Informationsblatts für alle EDV-AnwenderInnen des Magistrates betrug 1997 2.000 Stück. Die Betreuung, Koordinierung und der Informationsfluß wurden verstärkt über die GruppensprecherInnen organisiert.

EDV-Forum

Im EDV-Forum für Information und Kommunikation wurden in 7 Veranstaltungen etwa 330 EDV-ReferentInnen professionelles, fachliches Know-How und strategisches Wissen über die EDV im Bereich des Magistrates der Stadt Wien sowie unterstützende Informationen für die Erstellung des EDV-Konzeptes in den Dienststellen vermittelt. Erstmals wurde die Umsetzung von dienststellenspezifischen Aufgaben durch 2 EDV-Referenten präsentiert.

EDV-Anwendungskonzept

Für das mittelfristige EDV-Konzept 1998 - 2002 wurde mit der beratenden EDV-Kommission eine neue Form der Dokumentation abgestimmt. Nachdem schon im Jahr 1996 das seinerzeitige System zur Berichtserstellung durch ein auf den internen Verrechnungsprojektzahlen der Abteilung basierendes System umgestellt worden war, wurde in der Abstimmung das Abgehen von den EDV-Kommissions-Punkten und -Unterpunkten vereinbart. Das neue Konzept wurde in der vorliegenden Form erstmals realisiert.

Jahrtausendwechsel

Die Betroffenheitsanalyse wurde abgeschlossen, die Eröffnungsbilanz mit Renovierungsplan gelegt. Davon werden voraussichtlich 12 Personenjahre an Programmierleistung in der Abteilung anfallen. Im Hinblick auf die spätestens 1999 durch den EURO zu erwartenden Anforderungen werden von diesen 12 Personenjahren 8 im Planjahr 1998 zu leisten sein. Das Projekt ist damit abgeschlossen.

Einkauf

Im Rahmen der Beschaffung wurden Ausschreibungen durchgeführt und die Angebote wirtschaftlich bewertet. Die über das Leistungsanforderungssystem teilweise gebündelt weitergeleiteten Anforderungen wurden bearbeitet und mit entsprechenden Verträgen und Auftragsschreiben realisiert. Über ADV-direkt wurde die Auslieferung von PCs abgewickelt. Bei Überschreiten der Magistratskompetenzgrenze wurden die entsprechenden Vergabeanträge an die zuständigen Gremien der Stadt Wien gestellt.

Wirtschaftsangelegenheiten

Im Berichtszeitraum wurden die von der Abteilung verwalteten 150.000 Inventargegenstände der neuen Inventar-

vorschrift angepaßt und das Mengeninventar für sämtliche EDV-Geräte der Dienststellen in der Verantwortung der Abteilung (ausgenommen MA 56 und MA 43) erstellt. Es wurden 8 Skartierungen durchgeführt und 14.400 Inventargegenstände ausgeschieden.

Stadtentwicklung und Stadtplanung

Die Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien am 29. November 1996 und die damit für die Abteilung verbundenen Neuerungen, das heißt zusätzlichen Aufgaben, wirkten sich erst 1997 wirklich aus:

Zunächst wurde das Wissenschaftsreferat (früher Kulturamt) der Abteilung zugeordnet und trägt nunmehr die Bezeichnung „Gruppe Wissenschaft“. Damit wurde das Ziel verfolgt, auch innerhalb der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft einen wesentlichen Beitrag zu leisten, damit Wien als Universitäts- und Forschungsstadt einen zentralen Platz und Stellenwert in der internationalen Wissenschaftsentwicklung einnimmt. Ebenso wurden zwei Bereiche der mit dem damaligen Beschluß aufgelösten Abteilung für technische Dokumentation, nämlich die „technisch wissenschaftliche Bibliothek“ und die technische Photo-Dokumentation, als neue Aufgabengebiete der Abteilung dazugewonnen.

Aus dem organisatorischen Bereich ist weiters von Bedeutung, daß ein Diskussionsprozeß zur inneren Neuorganisation auch mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Gang gesetzt wurde. Als wesentlichste Ziele dieser Neuorganisation wurden

- höhere Effizienz der Planung durch Abbau von Reibungsverlusten, die aus der notwendigen Berücksichtigung unterschiedlicher Interessenslagen entstehen,
- Straffung des Aufgabenspektrums der Abteilung und
- Einbeziehung moderner Management- und Führungsmethoden definiert.

Bis Jahresende konnte in dieser Diskussion weitgehende Übereinstimmung über den grundsätzlich einzuschlagenden Weg erzielt werden. Die zu diesem Zeitpunkt beginnende magistratsweite Untersuchung über Verbesserungs- und Rationalisierungsmöglichkeiten durch eine externe Firma brachte zusätzlichen Abstimmungsbedarf.

In der inhaltlichen Arbeit der Abteilung ergaben sich zunächst keine wesentlichen Änderungen gegenüber den Vorjahren. Als Reaktion auf die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen wurde die Erarbeitung eines „Strategieplan Wien 2000“ begonnen, der in Anlehnung an den „2. Barcelona-Plan“ als Umsetzungskonzept mit akzentuierten (und aktualisierten) Inhalten überwiegend vorliegender Konzepte verstanden werden kann. Weiters beeinflusste auch die internationale Entwicklung der Städte einschließlich ihrer Umlandregionen und die damit verbundenen absehbaren Veränderungen der Konkurrenzsituation das Arbeitsprogramm des Jahres 1997.

Städtepolitik muß mehr denn je im nationalen und internationalen Rahmen gesehen werden. Die ständige Mitwirkung von Mitarbeitern der Abteilung in verschiedenen Gremien, zum Teil sogar in leitenden Positionen, bietet die Möglichkeit, die Interessen der Stadt Wien zu vertreten.

Als Delegierter Österreichs bei der OECD arbeitete ein Mitarbeiter der Abteilung maßgeblich in der Arbeitsgruppe „Städtische Angelegenheiten“ mit. Die dort behandelten Themen reichten vom Umgang mit städtischen bzw. städtebaulichen Problemgebieten über die Nutzungsmöglichkeiten städtischer Industriebranchen bis hin zur Behandlung der Ursachen und Auswirkungen des städtischen Wohnungsbedarfes im 21. Jahrhundert.

Im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) erfolgt die Vertretung der Interessen mit Schwerpunkt auf räumliche Planung durch Mitarbeiter der Abteilung. Die regionalen Auswirkungen der diskutierten Beitritte bzw. Kooperationen von mittel- und osteuropäischen Ländern zu der Europäischen Gemeinschaft bildeten im abgelaufenen Jahr einen Themenschwerpunkt der Beratungen. In diesem Zusammenhang ist auch die Ausarbeitung eines Positionspapieres zur „Reform der EU-Strukturfonds nach 1999 - Vorschläge zur EU-Regionalpolitik“ zu sehen. Nicht nur städtische Problemgebiete und Stadtrandlagen sollten Berücksichtigung finden, es sollte auch Ziel sein, die Auswirkungen einer Osterweiterung der Europäischen Union im Bereich der österreichischen Ostgrenzgebiete entsprechend abzufedern.

Im Rahmen der Ausarbeitung eines Europäischen Raumentwicklungskonzeptes (EUREK) wurde von Wien der Standpunkt eingebracht, daß auch in diesem Rahmen städtische Problemlagen in angemessener Form Berücksichtigung finden sollten.

Schließlich beschäftigte sich die ÖROK auch mit einer Haushalts- und Wohnungsbedarfsprognose bis zum Jahr 2021. Dabei wurden die Absichten und Pläne Wiens und die damit verbundenen vorhersehbaren Trends auf Landesebene eingebracht. In Übereinstimmung mit den anderen Bundesländern ist bei der wahrscheinlichsten Prognosevariante mit einem Anstieg der Zahl der Haushalte in Wien um rund 85.000 in diesem Zeitraum zu rechnen, wobei die Bandbreite je nach Stärke des Bevölkerungswachstums zwischen 60.000 und 140.000 liegt. Der Anteil an Einpersonenhaushalten wird sich weiter in der Größenordnung von 40 Prozent bewegen, bei den Mehrpersonenhaushalten ist aber eine Verringerung der durchschnittlichen Bewohnerzahl zu erwarten. Damit wird insgesamt der noch im Jahr 1996 verzeichnete Durchschnitt von 2,04 Personen je Haushalt im Laufe der nächsten 20 bis 25 Jahre auf etwa 1,92 sinken.

Die Tätigkeiten im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) konzentrierten sich auf die Weiterführung des Verkehrskonzeptes für den „Nordostraum“, die Fertigstellung des Landschaftskonzeptes für den Süden der Region Wien - Umland, die Evaluierung der im Verkehrskonzept Südraum Wien beschlossenen Maßnahmen und die Ausarbeitung eines Erlebnisradwege - Konzeptes im Bereich der Nationalparks Donauauen und Neusiedler See/Seewinkel.

Ergänzend zu den 1995 durchgeführten Straßenverkehrserhebungen wurden auf Initiative der PGO im Zeitraum Dezember 1996 bis Februar 1997 die Anzahl sowie Herkunfts- und Zielorte der Fahrgäste aller in der Morgenspitze (6.00 bis 9.00 Uhr) aus dem Raum nördlich der Donau Richtung Wien verkehrenden Personenzüge und Busse erfaßt. Daraus ergibt sich gemeinsam mit der schon früher durchgeführten Straßenverkehrserhebung ein vollständiges Bild der Verkehrssituation im Raum Wien, dargestellt am Kordon Wien (Verkehrskonzept Nordostraum Wien, Phase 2).

Diese Daten waren in weiterer Folge Grundlage für Berechnungen von alternativen Netzen und zur Beurteilung von Einzelmaßnahmen durch ein EDV-unterstütztes regionales Verkehrsmodell. Des weiteren wurden ein „Park-and-Ride Klosterneuburg/Korneuburg - Wien“ sowie die „Verlängerung der S 80 zum Park and Ride Raasdorf“ zur Diskussion gestellt und bewertet. Für eine längerfristig zu realisierende Nordostumfahrung Wiens wurden mehrere Trassenvarianten untersucht und bewertet, mit dem Ziel, eine Trassenempfehlung abzugeben.

Im Verkehrskonzept Nordostraum Wien wurden auch Planfälle für das S-Bahnkonzept in der Region erarbeitet. Dazu diente ein von den ÖBB eingerichtetes Projektmanagement. Im Zusammenwirken mit den Ländern Wien, Niederösterreich und Burgenland, mit dem VOR (Verkehrsverbund Ostregion) und dem BMWV wurde durch die Moderation eines Experten ein hohes Maß an Kooperation zwischen den Gebietskörperschaften und den Unternehmen erzielt.

Das Ziel dieses Konzeptes ist die Verbesserung der Fahrpläne und Angebote für derzeitige und künftig zu gewinnende Kunden der Bahn, die durch eine stufenweise Verwirklichung („Betriebsstufen“) erreicht werden soll. Neben dem Ausbau von Bahnstrecken sind die Errichtung von ÖV-Knoten Investitionsschwerpunkte, wie vor allem der Bahnhof Wien (Nahverkehrsgeschoß Südtiroler Platz) und der Bahnhof Wien Nord. Betriebliche Mehrerfordernisse sind durch sogenannte „Dienstverträge“ zwischen den Gebietskörperschaften (Antragsteller) und den ÖBB (Betreiber) sicherzustellen. Ähnlich wie beim Verkehrskonzept Südraum Wien soll auch für den Nordostraum ein Gesamtkonzept von Maßnahmen für den öffentlichen Verkehr und für den Straßenverkehr entwickelt werden; der Abschluß ist für 1998 vorgesehen.

Für die Region Wien-Umland Süd lagen Grundzüge für ein Landschaftskonzept bereits Ende 1996 vor. Ziel dieses Konzeptes ist es, in einem Raum mit intensiver Siedlungsentwicklung erhaltungswürdige Kulturlflächen und Landschaftsräume als Ausgleich zu den neu geschaffenen Baulandflächen auszuweisen.

Im Herbst wurde dieses Konzept den betroffenen Gemeinden des Wiener Umlandes und den angrenzenden Wiener Bezirken vorgestellt, um danach spezifische Maßnahmen gemeinsam auszuarbeiten, die wiederum Grundlage für örtliche Raumplanungsmaßnahmen darstellen. Darüber hinaus soll dieses Konzept auch der überörtlichen Raumplanung, insbesondere für die Überarbeitung des regionalen Raumordnungsprogrammes Wien-Umland, dienen. Die Stadt Wien und das Land Niederösterreich werden sich im Rahmen der PGO bemühen, weitere Planungen entsprechend zu unterstützen und dabei auch Finanzierungsmöglichkeiten für deren Umsetzung aufzuzeigen.

Ausgelöst durch die Diskussionen über die Südumfahrung Wien (B 301) sowie die Ankündigung neuer Freizeit - Großprojekte in diesem Raum, die eine weitere Verkehrsbelastung bedeuten, hat die Geschäftsstelle der PGO den aktuellen Stand aller Maßnahmen und Projekte erhoben, die im Maßnahmenpaket für die Verwirklichung des einvernehmlich erarbeiteten Verkehrskonzeptes Südraum enthalten sind. Diese „Erfolgskontrolle“ zeigt auf,

- welche Maßnahmen trotz knapper Budgetmittel realisiert wurden, bzw. mit deren Realisierung begonnen wurde,
- für welche Vorhaben und Maßnahmen die entsprechenden konkreten Planungen laufen und
- bei welchen Projekten noch keine Fortschritte erzielt werden konnten.

Diese Ergebnisse wurden auch in Heft 2/1997 der Schriftenreihe der PGO (Tätigkeitsbericht 1996) publiziert. Mit der Fertigstellung des S-Bahn - Konzeptes für die Region Wien gemeinsam mit allen beteiligten Ländern und Verkehrsunternehmen haben sich seither weitere „Erfolgsmeldungen“ ergeben: dazu zählen insbesondere der Ausbau der S 7 von Wien-Nord zum Flughafen für ein 15-Minuten Intervall bis zum Jahr 2002 und der Ausbau eines Nahverkehrsgeschosses Südtiroler Platz für die Einbindung und spätere Durchbindung aller S-Bahn Linien auf der Stammstrecke und am Ostbahn - Flügel.

Unter dem Gesichtspunkt einer gemeinsamen Vermarktung des Tourismus wurde im Auftrag der PGO ein Erlebnis - Radroutenkonzept für den Raum der Nationalparks Donauauen und Neusiedler See/Seewinkel entwickelt. Dieses enthält fünf Hauptwege verbunden mit Erlebnisrouten „Natur und Kultur“ sowie bereits bestehenden Routen im Raum Wien - Eisenstadt - Bratislava und möglichen Weiterführungen nach Ungarn und in die Slowakei. Im Konzept sind auch Bahnverbindungen berücksichtigt, wobei insbesondere die Haltestellen mit Radverleih, Service- und Informationseinrichtungen und Rückfahrmöglichkeiten enthalten sind. Auf dieser Basis soll gemeinsam mit den Tourismuseinrichtungen der Länder ein Marketingkonzept entwickelt werden. Weitere Schritte sind die Abstimmung mit den beteiligten Gemeinden (Routenführung) und die Sicherstellung der für den etappenweisen Ausbau erforderlichen finanziellen Mittel.

Die Themenfelder der Stadtforschung gliederten sich einerseits in soziologische Forschungen mit dem Ziel einer Erfassung der Bedürfnisse der in dieser Stadt lebenden Menschen. Andererseits werden Entwicklungen und Trends analysiert, die gleichsam von außen - also im nationalen und internationalen Rahmen - bestimmend und steuernd wirken. Der rasche Wandel, dem diese Randbedingungen der Stadtentwicklung unterliegen, erfordert überdies eine nahezu permanente Befassung mit allen relevanten Themen. In diesem breit gefächerten Aufgabenrahmen können naturgemäß immer nur kleine Segmente Beachtung finden. Die erforderliche EDV-Unterstützung bei diesen wissenschaftlich orientierten Tätigkeiten der Stadtforschung war Anlaß für eine intensive Befassung mit Telematik; auf diesem Gebiet werden daher Projekte auch im internationalen Rahmen durchgeführt.

Ein Themenbereich betrifft die aktuellen Entwicklungen von Gewerbe- und Industrieflächen in Wien. Anknüpfend an die Ende 1993 fertiggestellte Studie zu diesem Thema wurde auf Grund der in der Zwischenzeit geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (u.a. EU-Beitritt, Sparpakete, Tertiärisierung) eine Aktualisierung dieser Untersuchung durchgeführt. Mit der Analyse der laufenden Entwicklungstrends hinsichtlich Standortentscheidungen am Wirtschaftsplatz Wien (v.a. im sekundären Sektor) wurde eine Entscheidungsgrundlage für die Stadtplanung und Stadtwirtschaft geschaffen, insbesondere bei der zukünftigen Bereitstellung von Flächen für betriebliche Nutzungen (Bedarfsanalyse).

Als wesentliches Ergebnis kann festgehalten werden, daß sich zwischen 1991 und 1996 die Anzahl der Arbeitsstätten (Betriebe mit mindestens 20 Beschäftigten) im Handel und in der Sachgüterproduktion um mehr als 10 Prozent reduzierte, hingegen bei Speditionen um 7 Prozent und im Bauwesen um 5 Prozent anstieg.

Wesentliche Kriterien für Standortverlagerungen sind nach wie vor Flächenmangel, Kostenbelastungen und die mangelnde Verfügbarkeit von Stellplätzen.

Nach der aktuellen Erhebung planen gegenüber 1993 weniger Wiener Unternehmen innerhalb der nächsten drei Jahre eine Standortverlagerung (davon 46 innerhalb von Wien, 17 ins Wiener Umland). Diese offensichtlich höhere Zufriedenheit mit dem Standort läßt auf eine tendenziell günstige Entwicklung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Wien schließen. Aus dem Vergleich der Unternehmensbefragungen 1993 und 1997 ergibt sich auch, daß im Gegensatz zur Aussage aus dem Jahr 1993 nunmehr 22 Unternehmen ihren Standort nicht mehr zu verlagern beabsichtigen (1993 wollten davon noch 5 Betriebe Wien verlassen).

Die Wiener Arbeitsstätten in der Sachgütererzeugung, im Bauwesen, im Großhandel und im Transportwesen (Speditionen) beanspruchten 1996 eine Grundfläche von insgesamt rund 2.750 ha. Auch der ermittelte Flächenbedarf für Gewerbe- und Industriebetriebe hat sich von 45,2 ha im Jahr 1993 auf nunmehr 24 ha deutlich reduziert. Ein Vergleich des insgesamt für 1998 - 2000 ermittelten (theoretischen) Gesamtbedarfs an Gewerbe- und Industrieflächen (unter Berücksichtigung der konjunkturellen Entwicklung) und des Flächenangebotes zeigt, daß für weitere großflächige betriebliche Flächenausweisungen zumindest in den nächsten drei Jahren kein entsprechender Anlaß besteht.

Aus der von mehreren Abteilungen getragenen Großstudie „Leben in Wien“ (Befragung von über 8.000 Wienerinnen und Wienern) wurden weitere Auswertungen durchgeführt, die für eine Analyse der subjektiven Wohnbedürfnisse der Wiener Bevölkerung im internationalen Vergleich herangezogen wurden. Mit dieser Studie „Bedürfnisstrukturen und Wohnrealität“ wurde versucht, Schlüsse aus internationalen Entwicklungen und Trends im Wohnungs- und Städtebau für Wien abzuleiten. In Wien bleibt trotz der derzeit tendenziell gleichbleibenden Bevölkerungszahl ein erhöhter Wohnraumbedarf auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter bestehen. Neben Änderungen im Wohnungsangebot am privaten Wohnungsmarkt lassen vor allem demographische Entwicklungen die Wohnungsnachfrage steigen. Neben den „objektiven“ Gründen für den Bedarf an mehr Wohnungen sind auch „subjektive“ Gründe zu beachten. Die geänderten Wohnungsbedürfnisse spiegeln sich in den Begriffen wie „flexible Wohnraumnutzung“, „soziale Durchmischung“, „Alltagstauglichkeit von Wohnung und Wohnumfeld“, „Wohnen als soziales Ereignis“, „Partizipation“, „Ökologisierung der Wohnung und der Stadt“ und „frauen-, alten-, behindertengerechtes Wohnen“ wider.

Parallel zu den gestiegenen Bedürfnissen und Anforderungen und dem Versuch, diesen durch moderne Wohnbaupolitik nachzukommen, ist am anderen Ende der Bedarfs- und Bedürfnisskala festzustellen, daß eine zunehmende Zahl an sozial Schwächeren ihr Grundbedürfnis auf Wohnen nicht mehr ausreichend befriedigen kann.

Zwischen diesen beiden Entwicklungspolen - einerseits erhöhten Ansprüchen an Wohnqualität, andererseits Bedrohung durch Wohnungsverlust - spannt sich der Bogen, der von der Gesellschaft an die zukünftige Wohnungspolitik gestellt wird.

Drei Viertel der Wiener Haushalte sind mit ihrer Wohnung im allgemeinen oder sogar sehr zufrieden, wobei die Zufriedenheit mit der Wohndauer deutlich über diesen Wert steigt. Nur 5 Prozent der Wiener Haushalte sind (sehr) unzufrieden, wobei als Gründe dafür angegeben wurden: zu laute Wohnumgebung, zu schlechte Lage, zu geringe Wohnungsgröße und zu hohe Wohnkosten. Für die Bewertung der Wohnumgebung sind für die Bevölkerung vor allem drei Bereiche von Bedeutung: die vorhandene Infrastruktur, das Verkehrsaufkommen und die Verbauungsdichte in der unmittelbaren Wohnumgebung.

Als relevante Faktoren hinsichtlich des Wohnumfeldes wurden für potentielle Bewohnerinnen und Bewohner von Stadterweiterungsgebieten genannt: U- oder S-Bahn im Nahbereich (80 %), Lebensmittelgeschäfte (73 %), Straßen-

bahnanschluß (46 %), Grünfläche bzw. Parkanlagen (46 %), Spiel- und Sportmöglichkeiten (42 %), Straßenanbindungen (41 %), Kinderbetreuungseinrichtungen (39 %) und attraktive Fuß- und Radwege (33 %). Eine Analyse nach verschiedenen Bevölkerungsgruppen zeigt unterschiedliche Präferenzen je nach den Anforderungen, die sich im Laufe eines Lebens mehrmals ändern können. Auch damit wird auf die Notwendigkeit einer funktionalen und sozialen Mischung von Stadtgebieten hingewiesen.

Die Attraktivität einer Stadt wird auch an der Vielfalt an Freizeitmöglichkeiten gemessen. Die Wiener Bevölkerung wurde gefragt, welche Freizeitaktivitäten sie ausübt, wie wichtig sie ihnen sind und wie zufriedenstellend die entsprechenden Angebote in Wien beurteilt werden. Für die Planung stehen vor allem die Angebote im öffentlichen Raum im Mittelpunkt. Besonders wichtig sind den Wienerinnen und Wienern innerstädtische Grün- und Erholungsräume in der Wohnumgebung, eine hohe Zufriedenheit erzielen die Erholungsgebiete am Stadtrand (Wienerwald, Lobau, Laaer Berg) und der Bereich der Donauinsel. Zufrieden ist man auch mit dem Angebot an Bademöglichkeiten und Saunabetrieben. Nach Meinung der Befragten fehlt ein ausreichendes Angebot an Freizeiteinrichtungen für Kinder (Kinderspielplätze) und Jugendliche (Freiflächen für Sportaktivitäten).

Diese Ergebnisse und Aussagen über das Freizeitverhalten und die Sportaktivitäten von Jugendlichen aus der Studie Jugend in Wien werden für die Diskussion „Zukunft der Freizeit“ herangezogen. Das Freizeitverhalten der Wiener Jugendlichen (14 - 24jährige) könnte man verallgemeinernd folgendermaßen beschreiben: Ohne Musik geht gar nichts, PartnerInnen, Freundinnen und Freunde lösen die Eltern als primäre Bezugspersonen ab, dem eigenen Aussehen/Styling opfert man viel Zeit, Fernsehen und Zeitschriften sind wichtiger Bestandteil der Freizeit, Telefonieren ist ein wichtiges Kommunikationsmittel, Action und Relaxen wechseln sich ab, jeder zweite betreibt Sport, jeder zweite ist ein „Shopper“, und Computer gehören zur Freizeit (rund 40 % arbeiten damit) - Kultur im herkömmlichen Sinn ist weitgehend „out“. Die einschlägigen traditionellen (geschlechtsspezifischen) Rollenverteilungen finden sich auch bei der jüngeren Generation.

Rund die Hälfte der befragten Wiener Jugendlichen betreibt zumindest öfters Sport, zu den gänzlich unsportlichen zählt nur jeder zehnte. Radfahren/Mountain-Biking (52 %) und Schwimmen (51 %) zählen zu den am häufigsten ausgeübten Sportarten, mittlere Anteile (um die 25 %) ergeben sich für Schifahren, Inline-Skating und Bodystyling. Jeweils rund 15 Prozent spielen (zumindest gelegentlich) Fußball (männliche Jugendliche), laufen auf dem Eis, joggen, wandern oder klettern oder spielen Tennis.

Für die Überarbeitung des Gestaltungs- und Nutzungskonzeptes für den Bereich Donauinsel (Donauinsel, linkes Ufer der neuen Donau, rechtes Ufer der Donau) wurden die Wünsche und Vorstellungen der Wiener Bevölkerung allgemein und von ganz bestimmten Nutzergruppen (Badende, Radfahrer, Spaziergänger und Skater) im besonderen erhoben, um diese subjektiven Aussagen in die planenden Überlegungen einzubeziehen. Damit soll schließlich der Freizeit- und Erholungswert dieses Gebietes gesichert und verbessert werden. Der Anteil der Donauinsel-Besucher ist von 1986 bis 1993 deutlich angestiegen und liegt nach den Ergebnissen dieser Befragung derzeit bei knapp 50 Prozent. Fast die Hälfte (47 % im Sommer) aller Wienerinnen und Wiener hat zumindest einmal im letzten Jahr den Donauinselnbereich besucht, 11 Prozent sogar im Winter.

Besucher der Donauinsel kommen häufig und dann in der Regel in bestimmte individuell bevorzugte Bereiche. Die Donauinsel selbst ist Ziel für 48 Prozent Besucher, 21 Prozent lieben das linke Ufer der Neuen Donau und 4 Prozent den rechten Donaudamm (der Rest hat keine Präferenzen). Auf die Frage nach den Gründen für die Bevorzugung bestimmter Bereiche bzw. Teilabschnitte dieses Bereiches entfällt der höchste Nennungsanteil auf die gute Erreichbarkeit (54 %), gefolgt von der gastronomischen Versorgung (34 %). Bereits an dritter Stelle folgt der Aspekt Ruhe und Naturgenuß. Die größte Gruppe der Donauinsel-Besucher kommt mit öffentlichen Verkehrsmitteln (41 %), jeweils über ein Viertel mit dem Auto oder mit dem Fahrrad, 6 Prozent kommen zu Fuß.

Die Global Village 1997 in der Volkshalle des Wiener Rathauses zeigte wieder einen Überblick über die laufenden Entwicklungen und Neuigkeiten im Zeitalter der Telekommunikation. Ziel der Ausstellung war, die Umsetzung des neuesten Standes der Technik in Anwendungen zu zeigen, Innovationen der ausstellenden Firmen, Institutionen und der Stadt Wien (der Planung und der MA 14) zu präsentieren. Spezialthemen waren u.a. „Medizin 2000“ und „Bürgernähe durch Telekommunikation“, die auch in begleitenden Workshops behandelt wurden. Die Veranstaltung war mit rund 30.000 Besuchern und starkem Interesse der Medien ein großer Erfolg, so daß auch an einer Wiederholung mit neuen Schwerpunkten und aktuellen Entwicklungen im Jahr 1998 gearbeitet wurde.

Über vierzig Expertinnen und Experten aus 23 west- und osteuropäischen Städten und 6 Städtenetzwerken bzw. Einrichtungen der EU waren im Herbst der Einladung Wiens zu einer europäischen Fachkonferenz zum Thema „Städte und Städtepolitik in Europa“ gefolgt. Gemeinsam mit Wiener Fachleuten, Politikerinnen und Politikern analysierten sie die aktuellen Entwicklungen in der politischen und fachlichen Diskussion, die um die Rahmenbedingungen, Intentionen und Aufgaben einer zukünftigen „europäischen Städtepolitik“ geführt wird. Unmittelbarer Anlaß zu dieser Konferenz war die Mitteilung der Europäischen Kommission „Towards an Urban Agenda“ im Frühjahr 1997 und die darauf folgenden intensiven Diskussionen in den europäischen Städtenetzwerken und den verschiedenen politischen Organen und Institutionen.

Das Projekt „Planning the Gateway“ wurde im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II A von der EU als grenzüberschreitendes Kooperationsprojekt gefördert. Es gibt einen Überblick über die raumstrukturellen

und administrativen Rahmenbedingungen im Kooperationsraum Wien-Bratislava-Győr-Brno. Neben einem Überblick über die Partnerstädte werden Überlegungen hinsichtlich der Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit in diesem Grenzraum angestellt sowie ein Informationsblock über die Kompetenzlage im Bereich der Raumordnung und Regionalpolitik in den Nachbarstaaten gegeben. Ein Schwerpunkt liegt in der Recherche hinsichtlich abgeschlossener, laufender und geplanter städte- und raumplanerisch relevanter Projekte mit grenzüberschreitendem Charakter. Ziel dieser Recherche war der Aufbau einer Projektdatenbank, die für die jeweiligen Administrationen (und in weiterer Folge öffentlich zugänglich) als Informationsgrundlage zur Verfügung stehen soll.

Das ebenfalls von der EU geförderte Projekt VITECC (Vienna Telecooperation Centre) ist ein grenzüberschreitendes Städtekooperationsprojekt zwischen Wien, Brünn, Preßburg und Győr. Das Hauptziel von VITECC ist der Aufbau eines Servicenetzwerkes zur kontinuierlichen, operativen Unterstützung politischer, planerischer und wirtschaftlicher Kooperation im Interesse einer Annäherung unterschiedlicher Strukturen. Dem Cooperation Centre in Wien kommt innerhalb des Netzwerkes eine besondere Aufgabe zu. Von hier aus soll das Netzwerk organisiert werden, sollen sowohl Arbeitsbeziehungen zwischen Wien und den Partnerstädten, als auch zwischen den Partnerstädten untereinander aufgebaut und wahrgenommen werden. Im Detail besteht das Projektziel von VITECC in der Bereitstellung und Vermittlung von Informationen und Kontakten; dies insbesondere zwischen den Verwaltungen der Partnerstädte, aber auch für private InteressentInnen. Eine inhaltliche Vertiefung des VITECC-Projektes ist vorgesehen.

Bearbeitungsschwerpunkte der Gruppe Stadtentwicklung sind die Wahrnehmung übergeordneter Interessen, wie sie in den verbindlichen Konzepten, Plänen, Programmen (auch anderer Geschäftsgruppen) vorgegeben bzw. fortzuschreiben sind. Abgesehen von diesen Koordinierungsarbeiten, die in erster Linie der Umsetzung dieser Planungen dienen, wurden angesichts der zunehmenden Globalisierung und der verstärkten Städtekonkurrenz die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Stadtplanung eingehender untersucht. Die Schwerpunkte der Bearbeitungen lagen auch in der Erarbeitung von Umsetzungsstrategien für langfristig zukunftsbeständige Entwicklungen.

Wien ist bestrebt, sich als West-Ost Handels- und Dienstleistungsmetropole zu positionieren. Dabei ist zu beachten, daß unter dem Begriff „Globalisierung“ unter anderem die Entwicklung der Arbeitsgesellschaft zu verstehen ist: Rationalisierte und daher kapitalintensivere Produktion wird zu Lasten arbeitsintensiver Beschäftigung erleichtert; die Struktur des Arbeitsangebotes in den Städten verändert; der Wettbewerb wird mit neuen Standortentscheidungsmustern regionalisiert und Produktion und Dienstleistung aus den Städten in die Umländer verlagert (Verlust städtischer Arbeitsplätze).

Im diesem Zusammenhang wurde (wie bereits mit dem Projekt „Bedeutung weicher Standortfaktoren“) Ende 1996 ein neuerlicher Städtevergleich „Zukunft der Arbeit in der Stadt“ beauftragt. Durch diese mehrjährige Workshopreihe ist auf Grund der Beteiligung der Vergleichsstädte (Hamburg, Stuttgart, Berlin, München) ein erheblicher Informationsgewinn über die Handlungsmöglichkeiten der Stadt Wien ebenso wie auch über die gegenwärtige Position in der Städtekonkurrenz gegeben.

Wettbewerb und Konkurrenz werden sich in Zukunft zwischen den Regionen als funktionelle und ökonomische Einheiten verstärken. Eine zukunftsfähige inter- und intraregionale Entwicklung wird daher nicht nur für Wien, sondern für die gesamte Region notwendig. Im Lichte der oben skizzierten Entwicklungen ist es um so wichtiger, die Standortvorteile der gesamten Wirtschaftsregion niederlassungswilligen Betrieben und Unternehmen zu vermitteln. Dazu wurde begonnen, eine gemeinsame Ausstellung der „Europaregion Wien-Niederösterreich und Burgenland“ zu erarbeiten, die Anfang 1998 in den drei Bundesländern touren soll. Kernpunkt sind das „Siedlungspolitische Konzept Ostregion“, die Akteure und Ansprechpartner sowie die gemeinsamen Ziele und Maßnahmen für das Bestehen im regionalen Wettbewerb bei Sicherung lebenswerter Umweltbedingungen.

Einen wachsenden Stellenwert innerhalb der laufenden Tätigkeit gewinnt der Themenbereich Wirtschaft und Stadtstruktur, dem insgesamt bisher kaum die notwendige Bedeutung beigemessen wurde, und hier wiederum besonders dem Trend nach Großformen des Einzelhandels in städtischen Randlagen. Zunächst wurden vor dem Sommer Maßzahlen und Indikatoren in der Studie „Fachmarktprojekte aus verkehrlicher und stadtstruktureller Sicht“ erhoben. Ergänzend dazu erfolgte eine neuerliche Zählung im Herbst/Winter (Vorweihnachtszeitgeschäft) des selben Jahres an vergleichbaren Standorten. Zu Vergleichszwecken wurden bei letzterer auch solche bereits realisierte Projekte berücksichtigt, für die bereits Raumverträglichkeitsuntersuchungen aus der Planungsphase vorlagen. Bei der Überprüfung der in den Gutachten getroffenen Annahmen zeigte sich, daß vor allem die Maßzahlen für die Verkehrserzeugung von den Gutachtern deutlich unterschätzt wurden.

Im Konzentrationsprozeß des Einzelhandels - d.h. große Geschäftszentren wie Hauptgeschäftsstraßen mit regionaler Bedeutung und Bezirksgeschäftsstraßen gewinnen, kleine Geschäftsstraßen und Nebenlagen verlieren - sind oft sehr unterschiedliche Entwicklungen nachgereihter Geschäftsstraßen zu beobachten. Durch eine genauere Erhebung von „Verfallsbedingungen und Erneuerungsstrategien für ausgewählte Geschäftszentren im dicht bebauten Wiener Stadtgebiet“ wurden die Anhaltspunkte für Stützungs- und Aufwertungsmaßnahmen analysiert. Als Grundvoraussetzung für die Erneuerung von innerstädtischen Geschäftszentren werden Verbesserungen der Existenzchancen der Fachgeschäfte angesehen, die als wesentliche Elemente des innerstädtischen Handels gelten. Ebenso wird die Schaf-

fung von städtischem Milieu und Ambiente als Voraussetzung für den „Erlebniseinkauf“ gesehen. Viele Ergebnisse der in dieser Studie dargestellten Analysen weisen darauf hin, daß dazu durchaus Chancen bestehen.

Dies erfordert jedoch integrierte Strategien, an der die Planungs- und Verwaltungsinstitutionen der Stadt, die Dachorganisationen des Handels (WKW, WIFI), Initiativgruppen aus den Geschäftsstraßen und die einzelnen Unternehmer gleichermaßen beteiligt sein müssen. Auf Verwaltungsseite könnte auch daran gedacht werden, eine „Initiativgruppe Geschäftsstraßen“ zu etablieren, deren vorrangige Aufgabe es sein sollte, Entwicklungs- und Gestaltungskonzepte sowie Finanzierungsgrundlagen und Ablaufpläne zu erstellen.

Um den Erneuerungsprozeß zu fördern und den neuen Bestimmungen der Wiener Bauordnung zu entsprechen, wurde die Erstellung eines Sachprogramms „Geschäftsstraßen und Zentrenstruktur“ begonnen, das Grundlage für Verordnungen gemäß § 5 (4) ist (d.h. die Errichtung von Geschäftszentren in bestimmten Gebieten, für die keine gesonderte Widmung Einkaufszentrum - EKZ erforderlich ist). Es sollen damit jene Bereiche festgelegt werden, in denen Einkaufszentren zur Förderung der Geschäftsstraßen und der angestrebten Zentrenstruktur erwünscht sind.

In der „Untersuchung der verkehrlichen Auswirkungen von Fachmarkttagglomerationen“ wurde der Frage nachgegangen, inwieweit Konzentrationen von Verkaufsflächen, die die örtliche Nachfrage (Kaufkraftpotential) bei weitem übersteigen, zu signifikanten Veränderungen der Weglänge oder des Auto-Anteils im Einkaufsverkehr führen. Hierbei wird auch auf Besonderheiten des Einkaufsverhaltens bei der Bedarfsgruppe Möbel und Wohnungseinrichtung eingegangen (systematisches Einholen von Vergleichsangeboten, „Firmentreue“, cross selling-Effekte). Zusammenfassend wurde festgestellt, daß Fachmarkttagglomerationen gegenüber dezentral verteilten Standorten zwar die Fahrtenhäufigkeit reduzieren, durch die wesentlich größeren Einzugsbereiche und die ungünstigere Verkehrsmittelwahl kommt es jedoch zu einem insgesamt höheren Verkehrsaufkommen im motorisierten Individualverkehr.

Die zuletzt genannte Untersuchung bildet eine „Brücke“ zum Aufgabenbereich der Stadt- und Raumverträglichkeit, zu dem noch weitere Studien durchgeführt wurden: Zunächst wurde in diesem Zusammenhang ein schon früher entwickeltes Verfahren zur quantitativen Abschätzung der Stadtverträglichkeit von planerischen Maßnahmen (insbesondere der Flächenwidmung) gemeinsam mit den für Flächenwidmungs- und Bebauungsplan zuständigen Abteilungen in einigen Probeläufen angewandt und verbessert.

Die Neubearbeitung der „Kenndaten von Entwicklungsgebieten“ stellt eine Fortführung und Weiterentwicklung der 1985 und 1991 ermittelten städtebaulichen Kennwerte unterschiedlicher Bebauungsformen in Wien dar, die auch publiziert wurden. Für etwa 30 Stadtentwicklungsprojekte der letzten fünf Jahre wurden diese Kennwerte ermittelt, bei größeren Anlagen wurden auch die Auswirkungen auf die Umgebung dargestellt (Infrastruktur, Verkehr).

Der in Wien derzeit zu beobachtende Boom an Hochhausplanungen steht im Widerspruch zu der in Europa in den letzten Jahrzehnten herrschenden Lehre, daß niedrigere Häuser - vor allem für Familien mit Kindern - eine wesentlich höhere Wohnqualität aufweisen als Hochhäuser. Eine Literaturrecherche hat die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen zum Thema „Wohnen im Hochhaus“ in den Bereichen Wohnsoziologie, Wohnmedizin, Wohnpsychologie, Wohnungs- und Bauökonomie und Bebauungsplanung aufgearbeitet. Damit wurde ein aktueller Überblick über die Argumentationen und Forschungsergebnisse der relevanten Fachbereiche geschaffen, der der Wiener Stadtplanung als Grundlage für den Umgang mit Wohnhochhäusern dienen kann, soweit es um deren Berücksichtigung in der Bebauungsplanung geht. Kurz zusammengefaßt muß dieses Thema viel differenzierter als bisher gesehen werden.

Als erster Schritt zu einer Wiener Europaregion wurde eine „Beurteilung bestehender Europaregionen“ vorgenommen. Dabei wurden verschiedene Kooperationsformen in Europa analysiert und deren Erfahrungswerte mit Rücksicht auf die Wiener Verhältnisse ausgewertet. Als Ergebnis wurden Handlungsoptionen für die Stadt Wien in Form eines Positionspapiers entworfen, in dem Vorschläge für eine selektive Verbesserung der grenzüberschreitenden Kooperation (sektoral, städtebezogen bzw. auf der Grundlage von „Leitprojekten“) skizziert werden. Das Modell „EUREGIO“, das von einer Kooperation der unmittelbar an der Staatsgrenze liegenden Gebiete ausgeht, setzt die Initiative und Kooperationsbereitschaft Niederösterreichs voraus.

Mit einem lokalen Agenda 21-Prozeß sollen, aufbauend auf die Ergebnisse der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro, zukunftsbeständige Handlungsprogramme auf Ebene der Länder und Gemeinden entwickelt und umgesetzt werden. In einem dazu erarbeiteten Konzept wurde aufgezeigt, wie sich Wien in einem mehrjährigen Programm diesem Ziel nähern kann und soll. Dabei flossen Modelle und Erfahrungen anderer Städte mit ein, die sich bereits in diesem Prozeß befinden.

Außerdem wurde ein „Konzept zur Erarbeitung eines Strategieplanes für Wien“ in Anlehnung an den „2. Barcelona-Plan“ begonnen. Die Vorzüge dieses Planes sollen als Elemente auch im „Strategieplan Wien 2000“ enthalten sein: Einbindung von maßgeblichen „Akteuren“, Indikatoren zur Messung des Erfolges, Benennung von Verantwortlichen für die Durchführung von Maßnahmen sowie Regionaler Maßstab der Aussagen. Dabei war zu berücksichtigen, daß - letztlich auch auf Grund der ähnlichen Methodik - eine Verknüpfung mit bzw. Einbindung in den lokalen Agenda 21-Prozeß erfolgen soll und eine gedankliche Einbettung des Strategieplanes in die großräumigen Konzepte (Siedlungspolitisches Konzept Ostregion, Stadtentwicklungsplan '94, Verkehrskonzept usw.) vorgenommen werden muß. Demzufolge wird dieser Strategieplan als Umsetzungskonzept mit akzentuierten (und aktualisierten) Inhalten der vorliegenden Konzepte verstanden.

Im Bereich der generellen Grün- und Freiraumplanung verlagerte sich der Schwerpunkt im Vergleich zu den Vorjahren von der Erstellung genereller Freiraumplanungen hin zu Themenstellungen, welche die Realisierungsmöglichkeiten der politisch formulierten Ziele aufzeigen.

Dabei galt es vor allem, für das dichtbebaute Gebiet neue Möglichkeiten zur Verbesserung der Freiraumsituation aufzuzeigen. Die Trendwende von der Stadterweiterung hin zu verstärkter Stadterneuerung läßt wachsenden Druck auf Flächen mit einer hohen wirtschaftlichen Verwertbarkeit erwarten, wodurch sich der bereits bestehende Freiflächenmangel in solchen Gebieten noch verstärken wird. Eine Erhöhung des Flächenangebotes ist jedoch nur über den Umweg der „Mehrfachnutzung“ erreichbar; damit können auch die Nutzungskonflikte in den traditionellen Freiräumen wenn nicht vermieden, so doch wenigstens verringert werden. Aufbauend auf eine vom Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF) abgehaltene Veranstaltung unter dem Titel „Wenig Platz - Mehr(fach)nutzung“ wurde ein dienststellenübergreifender Arbeitskreis ins Leben gerufen, welcher an Hand von Beispielen Rahmenbedingungen für Gestaltung und Erhaltung der mehrfach zu nutzenden Freiräume formulierte, mögliche Organisationsformen überlegte, Fragen zu Haftung und Versicherung und nicht zuletzt auch Kosten diskutierte. Die Ergebnisse sind Strategien und Lösungsansätze mit dem Ziel, daß das Modell „Mehrfachnutzung“ in Wien vor allem zur Schaffung von zusätzlichen Spiel- und Erlebnisräumen für Kinder und Jugendliche umgesetzt wird. Als weitere Maßnahme zur Verbesserung der Freiflächensituation im dichtbebauten Gebiet wird - ergänzend zum Baulückenkataster - ein „Grünlückenkataster“ erstellt, in dem die Möglichkeiten der (Um)Nutzung dieser Freiraumpotentiale aufgezeigt werden (interimistische Nutzung, Umwidmung).

Ebenso wurden in einem Arbeitskreis Probleme und Hindernisse bei der Umsetzung von bereits legitimierten Zielsetzungen und Maßnahmen diskutiert und Möglichkeiten diskutiert, die Wege zur Realisierung von ökonomisch wenig, ökologisch und in bezug auf den Freizeit- und Erholungswert sehr wertvollen Planungen zu ebnen.

Für den Nordwesten Wiens (Wienerwald und Wienerwaldrandzone) wurden Vorschläge für Maßnahmen ausgearbeitet, um die Attraktivität jener Gebiete, die oft weniger bekannt sind und daher kaum angenommen werden, langfristig zu steigern. Damit soll erreicht werden, daß bisher über Gebühr hoch belastete Erholungsräume entlastet werden und gleichzeitig der Anteil des motorisierten Individualverkehrs bei der Konsumation der Wochen- und Wochenendfreizeit gesenkt wird.

Die Schwerpunkte der Tätigkeit der generellen Verkehrsplanung lagen in der Evaluierung des gemeinsam mit dem Stadtentwicklungsplan beschlossenen Verkehrskonzeptes und in der Weiterverfolgung der vorgesehenen Maßnahmen. Die Einflußnahme auf die Position Wiens im grenzüberschreitenden Raum gewinnt an Bedeutung.

Die im Bericht zur „Erfolgskontrolle des Wiener Verkehrskonzeptes“ aus dem Vorjahr aufgezeigte, teilweise dramatische Verkehrsentwicklung fand 1997 weder in der Politik noch in der Verwaltung ausreichende Beachtung.

Demnach hat sich nur der FußgängerInnen-Anteil positiv entwickelt, während die bisher gesetzten Maßnahmen auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und auf den motorisierten Individualverkehr (MIV) praktisch ohne Einfluß blieben und daher offensichtlich kaum etwas zum Erreichen der verkehrspolitischen Zielsetzungen beitrugen.

An Stelle eines im Wiener Verkehrskonzept für das Jahr 1996 angestrebten Soll-Anteiles der Radfahrer von 3,9 Prozent am Gesamtverkehrsaufkommen sank dieser Anteil auf 2,3 Prozent, d.h. an Stelle einer Zunahme um 30 Prozent ist seit 1990 ein Rückgang um 23 Prozent eingetreten.

Insbesondere das dramatische Wachstum des Verkehrs auf den radialen Hauptstraßen zwischen Wien und dem Umland ruft nach einer deutlichen Verbesserung des Modal-Split auf diesen Verkehrsachsen zugunsten des ÖPNV. So ist im Zeitraum 1990 bis 1995 das durchschnittliche Verkehrsaufkommen (an Werktagen) auf der Südosttangente auf allen nach Wien führenden Autobahnen mit Ausnahme der A 1 (Westautobahn) und auf der B 8 (Angerer Straße) um jeweils mehr als ein Drittel(!) angewachsen.

Es wurde aufgezeigt, inwieweit die generellen verkehrspolitischen Zielsetzungen erreicht oder verfehlt wurden. Verkehrspolitik zugunsten der Verkehrsarten des Umweltverbundes (FußgängerInnen, RadfahrerInnen, öffentlicher Verkehr) stößt bei vielen Verantwortlichen in allen Bereichen von Wirtschaft, Politik und Verwaltung nach wie vor auf Unverständnis und vielfach auf heftigen Widerstand. Zur wirksamen Umsetzung der strategischen Vorgaben auf der Maßnahmenebene erscheint nach wie vor ein effizienzorientiertes Umsetzungsmanagement unumgänglich. Es bleibt daher Aufgabe der Abteilung, den verkehrspolitischen Zielsetzungen mit den gegebenen Mitteln zum Durchbruch zu verhelfen.

Zur Verbesserung der Bedingungen für den Fußgängerverkehr wird seitens der Stadtplanung sowohl im Verfahren zur Festsetzung bzw. Abänderung der Flächenwidmungs- und der Bebauungspläne wie auch auf Projektsebene

- eine Erhöhung der Durchlässigkeit der Baublöcke für FußgängerInnen und
- eine der Funktion und Bedeutung der Gehsteige entsprechende Mindestbreite eingefordert.

Die tatsächliche Entwicklung des FußgängerInnenanteils scheint die Richtigkeit dieser Vorgehensweise zu bestätigen.

Beim Vorrang für den öffentlichen Verkehr wird in der Umsetzung der Zielsetzungen des Verkehrskonzeptes der Attraktivitätssteigerung des Strassenbahn- und Busnetzes gegenüber dem Ausbau von U- und S-Bahn zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Lediglich bei der Verfolgung der im Verkehrskonzept Südraum Wien der PGO vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bevorzugung von Regionalbussen im Straßenraum konnten im Bereich Liesing - Rodaun Fortschritte erzielt werden. Wirksame Beschleunigungsmaßnahmen sollen einvernehmlich bei den für 1998 vorgesehenen Straßenumbauten Berücksichtigung finden.

Die im zwischen dem Bund und der Stadt Wien abgeschlossenen „30-Milliarden-Paket“ (1996) genannten U-Bahn-Projekte sowie eine im Wiener Verkehrskonzept 1994 zusätzlich enthaltene donauquerende Verlängerung der U2 in die Donaustadt wurden eingehend in verschiedenen Varianten untersucht. Gleichzeitig damit wurden auch die Grundlagen für die Festlegung der im „30-Milliarden-Paket“ geforderten Prioritätenreihung erarbeitet. Dabei war zu berücksichtigen, daß sich die Rahmenbedingungen, die dem Wiener Verkehrskonzept und dieser Vereinbarung mit dem Bund zugrunde gelegt waren, verändert haben: So sind die Wachstumserwartungen und damit die Prognosen für die Siedlungsentwicklung stark zurückgegangen, andererseits verlangen die angespannten Investitionsbudgets der öffentlichen Hand immer stärker den Nachweis des erzeugten gesellschaftlichen Nutzens, wobei es ein besonderes verkehrspolitisches Ziel Wiens ist, die Verkehrsmittelwahl zugunsten des ÖPNV zu verändern.

Im Rahmen einer umfassenden Wirkungsanalyse erfolgte eine Bewertung der Projekte an Hand verkehrlicher, stadtstruktureller, ökonomischer und operativer Kriterien. Aufbauend auf die Ergebnisse dieser Wirkungsanalyse wurde 1997 folgende Prioritätenreihung erstellt und auf politischer Ebene festgelegt:

Die Verlängerung der U 1 nach Norden und die Verlängerung der U 2 vom Stadtzentrum in den Raum Stadlau/Aspern haben Vorrang vor den Verlängerungen der U 1 nach Süden und der U 6 nach Norden. Die letztgenannten Verlängerungen sind in Abhängigkeit von der zukünftigen Stadtentwicklung als langfristige Optionen weiterhin offenzuhalten.

An Stelle der Verlängerungen der U 1 nach Süden und der U 6 nach Norden wurden vorerst Optimierungsprogramme für die Straßenbahnlinien 67 einerseits sowie die Linien 31 und 33 andererseits zur Umsetzung empfohlen, die mit einem wesentlich günstigeren Kosten-Nutzen-Verhältnis realisiert werden können und bereits wesentliche Verbesserungen für die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner bringen.

Ein generelles Projekt für die U 1 Nord wurde begonnen und parallel dazu die notwendigen Vorgespräche zu Grundstückstransaktionen in Angriff genommen. Auch die Bürgerinformation zu U 1 Nord ist angelaufen. Bei günstigem Projektverlauf könnte das Generelle Projekt Ende 1998 vorliegen und den Wiener Linien zur Detailplanung und Abwicklung der Genehmigungsverfahren übergeben werden. Unter Berücksichtigung der derzeitigen Rechtslage ist damit ein Baubeginn Ende 2001 und eine Betriebsaufnahme etwa fünf Jahre später vorstellbar.

Hinsichtlich der Realisierung der donauquerenden Verlängerung der U 2 wurde ein EU-weites Ausschreibungsverfahren für die generellen Planungsarbeiten eingeleitet. Parallel dazu wurde die Anbindung dieser Linie an das Stadtzentrum im Abschnitt stadteinwärts des Pratersterns einer vertieften Betrachtung unterzogen, um nach Vorliegen der politischen Entscheidung über die Trasse das Generelle Projekt bis Ende 1999 vorlegen zu können. Damit könnte unter günstigen Voraussetzungen die erste Teilstrecke Ende 2007, die Gesamtstrecke ein bis zwei Jahre später eröffnet werden.

Die Realisierung der Optimierungs-Programme für die Straßenbahnlinien 67 bzw. 31 und 33 bedarf einer Beschlußfassung im Gemeinderat und entsprechender Bedeckung im Budget der Stadt Wien. Unter Berücksichtigung eines Planungs- und Genehmigungsverlaufes könnten beide Programme etwa 1,5 Jahre darauf in Angriff genommen werden.

Die im Sommer 1996 über Initiative der ÖBB eingerichtete Projektgruppe zur Entwicklung eines stufenweisen Maßnahmenkataloges zur umfassenden Optimierung des S-Bahn- und des Regionalverkehrs in der Region Wien hat ihre Arbeit nahezu abgeschlossen. In dieser Projektgruppe sind alle beteiligten und betroffenen Institutionen von Anfang an in die Planungen und Überlegungen eingebunden, so daß nach Vorliegen des Endberichtes im Frühjahr 1998 mit einem breiten Konsens und dem Willen zur Realisierung der Ergebnisse gerechnet werden kann.

Zweifelloos ist der U- und S-Bahn-Ausbau imstande, einen beträchtlichen Beitrag zur Veränderung des Modal-Split zu leisten. So lassen beispielsweise die Verlängerungen der U 1 nach Norden, der U 2 nach Stadlau und der S-Bahn-Ausbau für den 22. Bezirk eine Veränderung des Modal-Split um maximal 10 Prozent zugunsten des ÖPNV erwarten. Um jedoch das verkehrspolitische Ziel, ein Verhältnis von 45:25 für ÖPNV:MIV zu erreichen, ist eine zusätzliche Veränderung von weiteren mehr als 8 Prozentpunkte erforderlich. Diese kann nur durch die Attraktivierung des Straßenbahn- und Busnetzes bei gleichzeitiger Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung im dicht bebauten Gebiet bewerkstelligt werden. Gleiches gilt für den S-Bahn-Ausbau im Wiener Umland, der eine Verbesserung des Modal-Split von 30:70 auf 40:60 zugunsten des ÖPNV erwarten läßt; das für den Regionalverkehr angestrebte Verhältnis von 50:50 kann wiederum nur durch entsprechende zusätzliche Maßnahmen im sogenannten nachgeordneten Netz erreicht werden.

Auf der Grundlage des Wiener Verkehrskonzeptes 1994, das nach Einführung der Parkraumbewirtschaftung in den Bezirken 1 und 4 - 9 auch die weitere stufenweise Ausweitung auf die Bezirke 2, 3 und 20 in einem kurzfristigen Zeitraum vorsieht, wurden vom 2. und 20. Bezirk im Herbst 1997 Anträge auf Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung auf ihre Bezirke gestellt. Aus diesem Grund wurde mit der Vorbereitung einer Untersuchung der notwendigen verkehrlichen Grundlagen für diese weitere Ausdehnung begonnen, um im Frühjahr 1998 erste Ergebnisse

innerhalb der Parkraumbewirtschaftungskommission und mit den beteiligten Bezirken erörtern und für notwendige Entscheidungen aufbereiten zu können.

Im Rahmen der Generellen Bundesstraßenplanung wurde zur endgültigen Festlegung einer Variante für die B 12b, also die Straßenverbindung vom Altmannsdorfer Ast der Südosttangente (A 23) zur Breitenfurter Straße, ein Verfahren zur Entscheidungsfindung unter Einbeziehung von engagierten Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt, auf dessen Grundlage die Festlegung einer Trassenführung im Zuge der Sagedergasse getroffen werden konnte. Damit konnte eines der in den letzten Jahren meistdiskutierten Bundesstraßenprojekte der Umsetzungsplanung übergeben werden.

Für das Projekt der B 229 im Bereich der Hauptfeuerwache Floridsdorf konnte eine Generelle Genehmigung vom zuständigen Ministerium, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, erwirkt werden. Daraufhin wurde als Grundlage für das zur Trassenverordnung erforderliche Bürgerbeteiligungsverfahren eine Umweltverträglichkeitserklärung erstellt.

Die Generellen Projekte B 1 im Bereich Lothringer Straße - Johannesgasse und B 228 im Abschnitt Modecenter Straße bis 1. Haidequerstraße konnten abgeschlossen werden. Es ist vorgesehen, diese Projekte nach Abhaltung der magistratsinternen Pflichtenbesprechungen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten zur Generellen Genehmigung vorzulegen. Weiters wurden ergänzende und neue Bearbeitungen zu anderen Bundesstraßen und Straßenabschnitten, deren Aufnahme in das Bundesstraßengesetz noch nicht erfolgt ist, durchgeführt. Begonnen wurde auch eine Untersuchung über die derzeitige Situation des Radverkehrs im Wiener Bundesstraßennetz und diesbezügliche Verbesserungsmöglichkeiten.

Aufbauend auf die bisher durchgeführten Untersuchungen über eine zusätzliche Donauquerung im Zuge der B 301 („Südumfahrung“) und eine zukünftige Nord-Ost Umfahrung von Wien wurde zur Konkretisierung der Trasse im Wiener Bereich eine Machbarkeitsstudie abgeschlossen. Diese ist Grundlage für die erforderlichen Abklärungsgespräche mit dem Land Niederösterreich und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten. Gleichzeitig soll sie zur Vorbereitung einer Bundesstraßengesetznovelle (Aufnahme der Nord-Ost Umfahrung Wiens in das Bundesstraßennetz) dienen.

Weder das bereits von der Europäischen Kommission verfolgte Konzept der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN) noch die von der 3. Gesamteuropäischen Verkehrsministerkonferenz in Helsinki im Juni 1997 beschlossene Integration der beitragswilligen mittel- und osteuropäischen Länder in die TEN berücksichtigt die vitalen Interessen der Stadt Wien und der „Vienna Region“ ausreichend. Damit droht die „Vienna Region“ einerseits ins wirtschaftliche Abseits gedrängt und andererseits vom zunehmenden Straßentransitgüterverkehr überrollt zu werden. Die Abteilung hat daher Initiativen gesetzt, im Rahmen eines kooperativen Planungs- und Beratungsverfahrens einen regional abgestimmten Terminplan für die Weiterentwicklung des intermodalen, also alle Verkehrsträger umfassenden TEN-Knotens für die Region Wien, zu entwickeln. Die tragenden Säulen sollen sein: Erreichbarkeit - Umwelt - regionale Kooperation und Funktionsteilung - Marketing.

Im Sommer 1997 wurde der Radverkehr an signifikanten Punkten im Wiener Stadtgebiet, an denen teilweise Vergleichswerte auch aus früheren Jahren vorliegen, gezählt. Gleichzeitig wurden auch Befragungen der RadfahrerInnen über ihre Zufriedenheit mit der bestehenden Situation und ihre Wünsche für zukünftige Entwicklungen durchgeführt.

Die tatsächlich negative Entwicklung des Radverkehrs könnte ihre Ursache darin haben, daß einerseits bei der konkreten Realisierung von Radverkehrsanlagen an den Bedürfnissen der praktizierenden und potentiellen RadfahrerInnen vorbeigeplant wird, und andererseits sich der Stellenwert des Radverkehrs gegenüber Ansprüchen anderer Nutzergruppen im öffentlichen Raum zu wenig deutlich manifestiert; die Realisierung von Radverkehrsanlagen scheitert in der Praxis meist am Unverständnis fast aller Beteiligten. Schließlich ist auch die im Verkehrskonzept vorgesehene intensive Verknüpfung der technischen Maßnahmen mit jenen zur Bewußtseinsbildung bislang noch nicht gelungen. Damit sollten die Bevölkerung, verantwortliche Politiker, die Verwaltung, Interessensvertreter und Medien angesprochen werden. Daher wurde ein Pilotprojekt als erster Schritt eines notwendigen Marketingkonzeptes, „Radeln statt kurzer Autofahrten“ erarbeitet. Die Schlußfolgerungen daraus geben Anhaltspunkte, wie Anreize zum Umstieg auf das Radfahren geschaffen werden können.

Im Rahmen der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit der Stadtplanung Wien (darunter werden die Magistratsabteilungen 18, 19, 21 A, B, C und 41 verstanden) wurden die Schwerpunkte der vergangenen Jahre weiter fortgesetzt und in ihrer Qualität weiter verbessert. Neben der Ausstellungstätigkeit, die den meisten Aufwand erfordert, wurden wieder zahlreiche Publikationen betreut, Veranstaltungen vorbereitet und zahlreiche Interessenten einzeln oder in Gruppen über die Tätigkeit der Wiener Stadtplanung informiert.

In der Wiener Planungsworkstatt, dem ständigen Ausstellungsraum der Planung, werden auftragsgemäß aktuelle Fragestellungen der Stadtplanung behandelt und der interessierten Bevölkerung Informationen über Probleme, Zielsetzungen, Lösungsmöglichkeiten und Ergebnisse von Planungen vermittelt. In diesem Sinne wurden Ausstellungen zu den Themen „Nationalpark Donau Auen“, „Digitale Stadtmodelle“ (in Kooperation mit der MA 14), „Beispiele innerstädtischer Verdichtung“, „Werkstatt Grünraum“, „Wiener U-Bahn - 3. Bauphase“ und gemeinsam mit dem Wiener Krankenanstaltenverbund der „Wettbewerb Neubau Sophienspital“ gezeigt. Die MA 22 war als Gast mit dem Thema „Lebensqualität Regenwald“ vertreten.

Aus Anlaß einer Diskussion mit VertreterInnen der Münchener Stadtplanung, Thema waren die Erfahrungen zu einem „lokale Agenda 21“-Prozeß, ergab sich im Juni 1997 die Gelegenheit, unter dem Titel „Perspektive München“ aktuelle Planungen dieser Stadt auch den Wienerinnen und Wienern näherzubringen. Mit dem genannten Prozeß sollen, basierend auf den Ergebnissen der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro, zukunftsbeständige Handlungsprogramme auf Ebene der Länder und Gemeinden entwickelt und umgesetzt werden.

Gebührender Raum wurde auch dem Thema Architektur in Wien gewidmet. Im Rahmen einer Schau zur „Strukturellen Architektur“ wurden Arbeiten von Universitätsinstituten gezeigt, und das Wirken eines bekannten Wiener Architekten wurde im Zuge der Ausstellung „Helmut Richter - Bauten und Projekte“ gewürdigt. Schließlich fanden sich wesentliche Beispiele anläßlich der Herausgabe des Architekturführers „Wien, Architektur - 500 Bauten“ in einer Präsentation unter dem gleichen Titel.

Um Informationen möglichst nahe an die Bürgerinnen und Bürger zu bringen, wurden auch 1997 Bezirksausstellungen gezeigt. Präsentationen zu Breitenlee, zu den Expertenverfahren Schmidstahlwerke oder zum Schulbauprojekt In der Wiesen verdeutlichen dieses Vorhaben.

Auch das von der Europäischen Gemeinschaft geförderte Projekt „Gürtel plus“ war Anlaß zu einer Ausstellung, die an verschiedenen Stellen im Planungsgebiet eine Übersicht zu allen Projekten geboten hat.

Die für den internationalen Einsatz erstellten Ausstellungen „Wien, Architektur - Der Stand der Dinge“ und „Wien, Stadterhaltung/Stadterneuerung - Der Stand der Dinge“ wurden auch in diesem Jahr in mehreren europäischen Städten mit großem Erfolg gezeigt. Diese Präsentationen in Athen, Kopenhagen, Oslo, Zagreb, Turin und Dublin wurden durch Vorträge namhafter Wiener Experten zu den dargestellten Ausstellungsthemen ergänzt.

Die Ausstellung „Wien ins 21. Jahrhundert“, die in knapper Form einen Überblick über die Bemühungen und Pläne der Stadt Wien und der hier ansässigen BürgerInnen und Firmen im Hinblick auf die wirtschaftliche, technische und bauliche Entwicklung bietet, wurde in Mailand und Singapur gezeigt.

Die Publikationstätigkeit umfaßte, neben vielen die Ausstellungen begleitenden Informationsfoldern, insgesamt 9 sogenannte „Werkstattberichte“. In dieser einfach gehaltenen Reihe von interessanten Ergebnissen der laufenden Arbeit der Stadtplanung wurden unter anderem die Themen Zentrensituation - Zentrenbildung, Parkraumbewirtschaftung, Stadterhaltung und Wirtschaftliche Effekte der Osterweiterung behandelt. Daneben erschien in der Schriftenreihe „Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung“ ein weiterer Band mit dem Titel „Bebauungsformen für die Stadtentwicklung“.

Im Zuge der persönlichen Betreuung von Interessenten an Fragen der Stadtplanung wurden insgesamt 40 Gruppen entsprechend ihrer spezifischen Interessenslagen informiert. Die einzelnen Gruppen kamen unter anderem aus Japan, China und Rußland sowie aus den Skandinavischen Staaten und Deutschland. Die Schwerpunkte der Fragestellungen waren Grünplanung, verschiedene Verkehrsprobleme und deren Lösungsstrategien, Stadterhaltung und in diesem Zusammenhang das von der MA 19 entwickelte Schutzzonenmodell sowie Fragen zur Stadtentwicklung und Regionalplanung im allgemeinen.

Das Aufgabenspektrum der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit wurde durch die organisatorische Bewältigung vieler Fachveranstaltungen abgerundet. Dabei bestand die Aufgabe des Teams der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit darin, in der Art einer Veranstaltungsorganisation Voraussetzungen und Rahmen für eine gedeihliche Arbeit nationaler und internationaler Expertenteams zu schaffen.

Auf dem Sektor der sogenannten „Neuen Medien“ wurde ein Videofilm mit einer Präsentation der Antworten der Stadtplanung auf aktuelle Fragestellungen in Wien hergestellt. Der durchaus sinnvollen Präsenz im Internet wurde durch eine Neugestaltung und wesentlichen Erweiterung des bisherigen Angebotes Rechnung getragen.

Schließlich sollte auch ein neuer Aufgabenbereich, der Ende 1996 nach Auflösung der für technische Dokumentation zuständigen Abteilung der Abteilung zugewiesen wurde, erwähnt werden: die photographische Dokumentation. Die Verbindung von technischer Dokumentation mit dem für die Öffentlichkeitsarbeit erforderlichen Bildmaterial ermöglichte die Zusammenstellung einer Chronologie des Baugeschehens in Wien in seinen charakteristischen Phasen. Über Initiative der Abteilung wurde gemeinsam mit der Landesbildstelle und der Fachabteilung für automatische Datenverarbeitung ein einfaches, informatives und über Intranet zugängliches Informationssystem entwickelt, um bereits vorhandenes Bildmaterial gleichermaßen wie aktuelles Material auch anderen Nutzern zur Verfügung zu stellen.

Im Zuge der Änderung der Geschäftseinteilung der Stadt Wien Ende 1996 wurde unter anderem das Wissenschaftsreferat aus dem Kulturstadtrat ausgegliedert und der Abteilung zugeordnet und trägt nunmehr die Bezeichnung „Gruppe Wissenschaft“. Damit wurde das Ziel verfolgt, auch innerhalb der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft einen wesentlichen Beitrag zu leisten, damit Wien als Universitäts- und Forschungsstadt einen wichtigen und zentralen Platz und Stellenwert im „internationalen Konzert“ der Wissenschaftsentwicklung einnimmt. Wissenschaftsförderung ist gleichbedeutend mit der Förderung von Innovationen in allen Gesellschaftsbereichen und damit eine Investition in die Zukunft.

Die Aufgaben dieses Arbeitsbereiches können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Informations- und Servicestelle für Angehörige und Funktionäre wissenschaftlicher Institutionen und für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler; Clearingstelle für die in Wien ansässigen universitären und außeruniversitären Einrichtungen.

Förderung von Forschung und Wissenschaft

Wissenschaftliche Veranstaltungen wie die „Wiener Vorlesungen“ und die Konversatorien dazu, das „Umweltforum Wien“, der „Wiener Zukunftsdialog“ als spezielle Veranstaltungsreihe innerhalb der Wiener Vorlesungen und die „Wiener Vierteltour“.

Strategisch-planerische Aufgaben

Die Gruppe Wissenschaft nimmt die Aufgabe einer Informations- und Servicestelle für Angehörige wissenschaftlicher Institutionen, die ihren Sitz in Wien haben, und für junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen bezüglich aller Fragen, die die Realisierung wissenschaftlicher Projekte, wissenschaftlicher Veranstaltungen und Publikationen betreffen, wahr.

Das wissenschaftliche Leben in den Hochschulen und Universitäten, Akademien, wissenschaftlichen Gesellschaften und wissenschaftlichen Vereinen einerseits und die Arbeit der Stadtverwaltung andererseits müssen in viel stärkerem Maß als dies bisher geschah miteinander verknüpft werden. Wien muß als Stadt der Wissenschaften assoziiert werden. Das bedeutet die Pflege wichtiger wissenschaftlicher Traditionen und Schulen, die mit Wien verbunden sind, umfaßt aber auch den gesamten technologienahen Wissenschaftssektor. Die Gruppe Wissenschaft sieht daher eine ihrer wesentlichen Aufgaben in der Pflege, Knüpfung und Intensivierung der Kontakte zwischen diesen Institutionen, den Forschungsförderungsfonds, der Wirtschaft und herausragenden Persönlichkeiten des wissenschaftlichen Lebens in Wien einerseits und der Stadtverwaltung andererseits.

Ein wesentlicher Tätigkeitsbereich ist auch die Förderung von Forschung und Wissenschaft. Bedeutende, für Wien eminent wichtige Forschungsinstitutionen, die ihre Tätigkeit nur mit Unterstützung durch die öffentliche Hand entfalten und weiterführen können, erhielten auch im Jahr 1997 für die Durchführung ihrer wissenschaftlichen Aufgaben substantielle Förderungen. Zu diesen Institutionen gehören u.a. die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, die Österreichische Akademie der Wissenschaften, die Österreichische Forschungsgemeinschaft, die Gesellschaft zur Förderung des Forschungsinstitutes für Wildtierkunde und Ökologie oder die Stiftung „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“. Im Berichtszeitraum wurden an über 400 weitere wissenschaftliche Institutionen Subventionen vergeben. Mit Hilfe dieser Förderungsbeiträge aus dem Wissenschaftsbudget wurden vor allem:

- die Durchführung von Symposien zu wissenschaftlichen Themen,
- die Durchführung von Workshops, Arbeitsgesprächen und Vortragsreihen,
- die Vorbereitung und Durchführung von Ausstellungen, die neue wissenschaftliche Ergebnisse präsentieren und zu deren Durchführung wissenschaftliche Arbeit notwendig ist,
- die Durchführung von Forschungsprojekten, Recherche- und Redaktionsarbeiten im Rahmen der Herausgabe von wissenschaftlichen Publikationen,
- wissenschaftliche Bearbeitungen von Archiven und Nachlässen unterstützt.

Bei der Vergabe von Subventionen und Förderungsbeiträgen werden folgende Förderungskriterien herangezogen:

- Aktualität hinsichtlich des aktuellen Standes der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden des Faches und der Fragestellung
- wissenschaftliche Qualität des Projektentwurfes und der bisherigen Forschungsarbeit des Förderungswerbers
- Bezug des Projektes zu Wien
- Nähe des Projektes zu Themen- und Fragestellungen, welche die Stadt Wien besonders betreffen.

Die Liste der im vergangenen Jahr geförderten Projekte umfaßt Themenstellungen im Sinne der vorhin genannten Kriterien. Sie wurden von namhaften in Wien ansässigen wissenschaftlichen Gesellschaften und Institutionen durchgeführt. Als Themenbereiche sollen beispielhaft Wien als Wissenschafts- und Universitätsstadt, Sozialpolitik, Kunst und Natur, Forschungsprojekte zur Wiener Moderne oder zu aktuellen Fragen der Migration, der Ökologie, der Kulturgeschichte oder auch der Demoskopie genannt werden.

Mit Hilfe dieser Subventionen finden täglich viele Projekt- und Forschungsgespräche, Vorträge, Symposien, Workshops und Arbeitstagungen statt. Die Diskussionen, die im Rahmen dieser Projekte und Veranstaltungen geführt werden und die in einer „Kettenreaktion der Aufklärung“ weitergehen, sind ein entscheidender Beitrag der Stadtverwaltung, die Probleme der Stadt Wien und Österreichs interdisziplinär und kompetent zu analysieren und zu lösen.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 18. Dezember 1997 die offizielle Genehmigung für die Errichtung des „Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Österreichische Akademie der Wissenschaften“ erteilt. Die Stadt Wien würdigt durch die Errichtung dieses Jubiläumsfonds diese Einrichtung, die im Jahr 1997 ihr 150jähriges Bestehen gefeiert hat, als eine der bedeutendsten forschenden und forschungsfördernden Institutionen Österreichs. Der Zweck des Fonds ist die Förderung von Forschungsvorhaben der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in allen Bereichen der in ihr vertretenen natur- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen, die in einem weiteren Sinn einen Bezug zu Wien haben. Ebenso werden Grundlagenforschungen mit Bezug zur Bewältigung im Land Wien anstehender Zukunftsprobleme oder Fragestellungen gefördert. Der für die Förderung von Wissenschaft und Forschung zuständige Mitarbeiter der Abteilung berät und unterstützt als Generalsekretär des Jubiläumsfonds das Kuratorium in allen Bereichen der forschungsfördernden Tätigkeit und der Verwirklichung des Fondszweckes und vollzieht die Beschlüsse des Kuratoriums.

Seit mehreren Jahrzehnten werden an junge, fachlich gut ausgewiesene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Wissenschaftsstipendien zur Durchführung kleiner Wien-bezogener Forschungsprojekte vergeben. Diese Wissenschaftsstipendien stellen einen wichtigen und integralen Bestandteil der forschungsfördernden Maßnahmen der Stadt Wien dar. Nach ausführlichen Informationsgesprächen und themenbezogener Beratung wurde 1997 an insgesamt 57 junge Forscherinnen und Forscher je ein Wissenschaftsstipendium (in der Höhe zwischen 15.000 S und 20.000 S) vergeben.

Über die Förderung von physischen und juristischen Personen hinaus werden auch Publikationen, die sich auf wissenschaftlichem Niveau mit relevanten gesellschaftlichen Fragen befassen, im Wege von Druckkostenbeiträgen und Ankäufen gefördert. Dies ist eine wichtige Unterstützung für das wissenschaftliche Publikationswesen, aber auch für die wissenschaftlichen Verlage, die eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für Qualität, Klima und Dichte der intellektuellen Diskurse in Wien haben.

Wissenschaftliche Veranstaltungen nehmen einen breiten Raum in der Tätigkeit der Gruppe Wissenschaft ein:

Impuls für die Gründung der Wiener Vorlesungen war die Organisation der Tagung „Wien - die Stadt und die Wissenschaft“ Anfang 1987 zum Verhältnis von Stadt und wissenschaftlichem Leben. Das große Interesse, das der Vortrag des berühmten Kölner Sozialwissenschafters René König bei einem sehr großen Publikum fand, inspirierte die Idee einer Vortragsreihe zur geistigen Situation der Zeit. Seit 1987 waren etwa 600 Vortragende aus allen Kontinenten zu Gast. Im abgelaufenen Jahr konnte das zehnjährige Bestehen der „Wiener Vorlesungen“ mit prominenten Gästen einer Jubiläumsveranstaltung gefeiert werden.

Das Umweltforum Wien wurde im Dezember 1995 von Bürgermeister Dr. Michael Häupl und Stadtrat Fritz Svihalek als Plattform eines interdisziplinären Dialoges über die großen Überlebensfragen im Bereich des Umweltschutzes initiiert. In diesem Rahmen wird eine ökologische Realpolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert diskutiert. Das Umweltforum will Raum für grundsätzliche Nachdenkarbeit zu drängenden Fragen der Umwelt und des Umweltschutzes und einer nachhaltigen Wirtschaft leisten und Impulse für neue überregionale und internationale Strategien in diesem Feld geben.

Der Wiener Zukunftsdialog wurde im Februar 1997 von Vizebürgermeister DDr. Bernhard Görg ins Leben gerufen und soll als interdisziplinäres Gesprächsforum Diskussionen zu den großen Zukunftsfragen, die sich in Gesellschaft, Kultur und Politik stellen, anregen und intensivieren und Impulse für innovative Strategien geben. Gute Lösungsstrategien und -instrumente haben differenzierte Analysen und Diskussionen zur Voraussetzung. Diese will der Wiener Zukunftsdialog vorbereiten.

Im Jahr 1997 fanden insgesamt 36 Veranstaltungen der öffentlichen und frei zugänglichen Wiener Vorlesungen statt, davon standen sechs auch im Rahmen des „Wiener Zukunftsdialoges“, zwei davon waren der Reihe „Umweltforum Wien“ zuzurechnen. Darüber hinaus gab es auch mehrere Kooperationen mit anderen in Wien beheimateten wissenschaftlichen Institutionen.

Neben der wissenschaftlichen Befassung mit Künstlern anlässlich von Jubiläen (Schubert, Nestroy, Brahms) stellte der Fragenkreis um die Dualität Kunst - Natur einen Schwerpunkt der Themen dar, für deren Behandlung hervorragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des In- und Auslandes gewonnen werden konnten. Nationalität und Migration waren weitere Themen, zu welchen Erfahrungen aus der Vergangenheit bei der Beantwortung bereits absehbarer Fragestellungen hilfreich sein sollten. Schließlich wurde auch der Triangel Wissenschaft (Universitäten) - Wirtschaft - Wien in mehreren Veranstaltungen aus unterschiedlicher Sicht behandelt. Darüber hinaus waren aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse oder allgemein diskutierte Fragen, wie beispielsweise die Stellung innerhalb der Europäischen Union, Anlaß und Thema für Vorträge und Diskussionsrunden.

Die Ergebnisse dieser Veranstaltungstätigkeit werden seit 1990 in zwei Buchreihen („Wiener Vorlesungen“ im Picus-Verlag und „Wiener Vorlesungen - Konversatorien und Studien“ im Wiener Universitätsverlag) herausgegeben. Damit wird über die TeilnehmerInnen an diesen Veranstaltungen hinaus ein großer Personenkreis erreicht.

Im Jahr 1997 sind 10 Bände, welche teilweise auf Veranstaltungen der Wiener Vorlesungen des Vorjahres aufbauen, im Picus-Verlag erschienen, zwei weitere Publikationen im Wiener Universitätsverlag.

Der gegebene enge Bezug zu den wissenschaftlich arbeitenden Institutionen in Wien legt nahe, daß über die Förderungs- und Veranstaltungstätigkeit hinaus auch strategisch-planerische Aufgaben wahrgenommen werden:

Die Vernetzung von Know-how-Bereichen der Stadtverwaltung und der Wissenschaft in Wien war Anlaß für eine Reihe von Gesprächen mit den Rektoren der Wiener Universitäten und mit den leitenden Funktionären der großen in Wien ansässigen Forschungsgemeinschaften. Die Ergebnisse dieser Gespräche fanden ihren Niederschlag unter anderem in einem eintägigen Workshop zum Thema „Fremde Heimat - Migration und Anpassung“, bei dem die mit den Problemen der Migrantinnen und Migranten befaßten SozialarbeiterInnen und BeamtenInnen intensiv mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Fächer Ethnologie, Soziologie und Geschichte zusammenarbeiteten und ihre Erfahrungen und Erkenntnisse austauschten. Im Hinblick auf eine Vernetzung der universitären mit der städtischen Kultur fand eine zweitägige Veranstaltung zum Thema „Wien und die Wissenschaft. Chancen und Perspektiven einer Beziehung“ statt. Dabei diskutierten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens über Gemeinsamkeiten, Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung.

Die Wiener Vorlesungen begannen im Wintersemester 1997/98 eine Veranstaltungsreihe zur Präsentation der Aufgabenfelder, Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte der in Wien ansässigen Universitäten und Hochschulen. Ziel dieser Reihe ist es, der Bedeutung Wiens als Wissenschaftsstadt neue Akzente zu verleihen und die Universitäten und Hochschulen besser in das Stadtleben einzunisten. Diese Reihe wurde mit Präsentationen der Veterinärmedizinischen Universität Wien und der Universität für Bodenkultur begonnen.

Ergänzend dazu wurden auch Forschungsprojekte zur Rolle und Bedeutung Wiens als Wissenschaftsstadt initiiert. Zwei davon betreffen die gegenwärtige Situation der Wissenschaftsstadt Wien und ihre unmittelbare Vorgeschichte, zwei weitere die Geschichte der intellektuellen Diskurskultur in Wien.

Der Arbeitsbereich der Sonderaufgaben versteht sich als Bindeglied zwischen Kultur und räumlicher Planung und somit gleichzeitig als Service- und Clearingstelle für Kulturinitiativen, die nicht dauernd und fest niedergelassen sind, bei der Suche nach Standorten für kulturelle Aktivitäten. Die Kenntnis von verfügbaren oder verfügbar zu machenden Veranstaltungsorten wird in diesen Fällen durch das Wissen um die rechtlichen und administrativen Voraussetzungen ergänzt, um wirksame Unterstützung geben zu können. Dies traf beispielsweise auf Einrichtungen im Museumsquartier (hier wiederum besonders Architektur Zentrum Wien und Kindermuseum) zu, bei denen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Umbau eine intensive Unterstützung bei den anstehenden Planungen erfolgte.

Traditionell erfolgt die Betreuung von Projekten des Architektur Zentrums Wien, die sich auch im abgelaufenen Jahr mit dem Schaffen namhafter Architekten oder speziellen Themenfeldern der Architektur, wie den Auswirkungen von maßgeblichen Infrastrukturelementen auf die Funktion, Gestalt und Lebensqualität einer historisch gewachsenen Stadt (Euralille) auseinandergesetzt haben. Mit dem Projekt „Kunstmeile Gürtel“ wurde ein Beitrag zum Projekt „Gürtel plus“ in Richtung einer Belebung bisher für Fußgänger unattraktiver Teile dieses Straßenzuges durch Modelle namhafter Künstler erzielt.

Infolge der geänderten Linienführung der U-Bahn Linie U 4 im Bereich Spittelau wurde ein Teil des bestehenden Tunnelbauwerkes funktionslos. Angesichts der ständigen Suche nach Veranstaltungsorten, die nach Möglichkeit in einem weniger sensiblen Bereich gelegen keine Anrainerbeschwerden hervorrufen sollten, bot sich dieser Raum für Aktivitäten an, die dem moderneren Kulturbegriff zuzuordnen sind. Unter Einbeziehung von VertreterInnen aus anderen Geschäftsgruppen gelang es, in einem öffentlichen Wettbewerb einen Betreiber, der auch die nötigen baulichen Adaptierungen durchführt, zu finden.

Die bevorstehende EU-Präsidentschaft Österreichs war Anlaß für Überlegungen, bei dieser Gelegenheit den Wienerinnen und Wienern die anderen Hauptstädte der Europäischen Union näherzubringen. Es begannen daher Vorbereitungen zu einem Städtevergleich, der die Position der einzelnen Städte aus unterschiedlichen Blickpunkten beleuchten soll.

Für die technische Bibliothek liegt der Schwerpunkt der Aufgaben darin, für den gesamten technischen Bereich des Magistrates die jeweils aktuellen Gesetze, Normen und Regelwerke zur Verfügung zu stellen. Dies gilt gleichermaßen für die in den einzelnen Fachgebieten benötigte Amtsliteratur, Fachzeitschriften usw. Das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften wird sogar für den gesamten Magistrat in dieser Bibliothek bereitgestellt. Diese Bibliothek versteht sich eher als „fachliche Leihbibliothek für Mitarbeiter“, darüber hinaus steht sie auch auswärtigen Benutzern zur Verfügung. Parallel dazu wurde schon bisher in der Abteilung versucht, eine möglichst vollständige Sammlung und Dokumentation der im eigenen Bereich der Planungsabteilungen erstellten oder in deren Auftrag gemachten Studien, Projekte und wissenschaftlichen Arbeiten zentral zugreifbar aufzubewahren. Der institutionalisierte Schriftentausch zum Themengebiet Stadtplanung mit vor allem deutschsprachigen Instituten, Planungsämtern und Bibliotheken fördert ganz wesentlich den Informationsfluß und auch die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene. Dieser Teil findet Interessenten nicht nur aus dem Magistratsbereich; die Mehrzahl der Benutzer kommt von Universitäten und vergleichbaren wissenschaftlichen Institutionen. Insbesondere aktuelle Arbeiten oder solche aus der jüngeren Vergangenheit dienen oftmals als Grundlage für Bearbeitungen.

Die Anzahl der Titel wurde im abgelaufenen Jahr um rund 600 auf einen Bestand von insgesamt etwa 27.000 Titeln (mehr als 50.000 Bände) erhöht. Damit konnte mehr als 5.000 Benutzern (Entlehnern) die gesuchte Information vermittelt werden. 300 verschiedene Fachzeitschriften (Periodika) wurden in ein Umlaufverfahren gebracht; auf diese Weise konnten im Laufe des Jahres insgesamt 37.500 Entlehnungen von Einzelheften verzeichnet werden.

Architektur und Stadtgestaltung

Im Rahmen der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft der Stadt Wien sind der Abteilung Agenden der „Stadtgestaltung“ übertragen worden. Laut Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien sind darunter folgende Schwerpunkte zu verstehen:

- Mitwirkung an der Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen
- Erstellung von Entwürfen von Projekten für die Gestaltung öffentlicher Räume
- Vergabe von Architektenleistungen an Ziviltechniker und deren Betreuung, Anbots- und Rechnungsprüfung, Führung von Vertragsverhandlungen und Koordinieren des Planungsablaufes

- Verfassen von Plänen für städtische Hochbauten
- Architektonische Begutachtung und Beratung im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens
- Stadterhaltung und architektonische Begutachtung im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens in Schutzzonen
- Beratung in architektonischen und städtebaulichen Gestaltungsfragen, Beauftragung von Studien und Durchführung von Architekturwettbewerben.

Die übertragenen Tätigkeiten werden in folgenden Referaten wahrgenommen:

1. Gestaltung öffentlicher Raum
2. Generelle Grundlagenplanung
3. Städtischer Nutzbau
4. Architektonische Begutachtung
5. Stadterhaltung - Schutzzonen

Die unterschiedlichen Planungsaufgaben werden in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, Interessensvertretungen, politischen Institutionen und nicht zuletzt mit der Bevölkerung erarbeitet und tragen wesentlich zur Prägung des Stadtbildes bei.

Mit der Beauftragung von Ziviltechnikern (Architekten) und Konsulenten sind oft schwierige Vertragsverhandlungen und Gebührenberechnungen sowie umfangreiche Schlußabrechnungen für langfristige Bauvorhaben verbunden. Die Abteilung hat in diesem Fall die Preisprüfung für Architektenleistungen im Rahmen der Stadt Wien wahrzunehmen; sie wird laufend von Fachdienststellen, den Stadtwerken-, Wiener Linien, Wienstrom, Kuratorien und sonstigen Institutionen zu Gebührenfragen beigezogen. Bei Überschneidungen von Ziviltechnikerleistungen sowie bei Bauvorhaben größeren Umfanges ist eine beratende Tätigkeit im Rahmen der MD-Stadtbaudirektion, Dezernat 4, mit Prüfungen, Begutachtungen und Mitarbeit an den Vertragsverhandlungen wahrzunehmen. In Anbetracht der Besonderheit einzelner Projekte wurden Sonderregelungen getroffen, so daß Honorare eingespart werden konnten.

1. Referat Gestaltung öffentlicher Raum

Im Referat „Gestaltung öffentlicher Raum“ stehen jene Planungen im Vordergrund, die neben verkehrsberuhigenden Maßnahmen vor allem die gestalterische und funktionelle Verbesserung des Wohnumfeldes zum Inhalt haben.

Diese Tätigkeit umfaßt grundsätzlich vier Arbeitsbereiche:

- 1.1 Oberflächenplanungen
- 1.2 Möblierung des öffentlichen Raumes
- 1.3 Diverse andere Gestaltungsaufgaben
- 1.4 Begutachtung von privaten Ansuchen im öffentlichen Raum

1.1 Oberflächenplanungen

Für Projekte, die im Rahmen der U-Bahnplanung betrieben werden, wie z.B. U3-Ost (Bauabschnitt U3/19-22), 11, Simmeringer Hauptstraße, U3-West (Bauabschnitte U3/16-18), 16, Vorplatzbereiche Paltaufgasse, wird die begleitende Oberflächengestaltung der diversen Stationsvorplätze bzw. der Straßenplanung fortgesetzt bzw. beendet. Oberflächenplanungen wurden weiterbearbeitet, wobei es sich teilweise um Architektenbeauftragungen handelt, wie z.B. 1., 3., 4., Schwarzenbergplatz - Lothringerstraße, 1, Rathausplatz, 1, Judenplatz, 2, Karmeliterviertel, 6, Fritz-Grünbaum-Platz, 8, Albertplatz, 9, Julius-Tandler-Platz, 11, Leberberg, 22, Kagran-West, 23, In der Wiesen Nord bzw. um Eigenplanungen der Abteilung wie 1, Beethovenplatz, 4, Südtiroler Platz, 5, Margaretenplatz, 5, Am Hundsturm, 13, Am Platz, 21, Amtsstraße, 23, Maurer Hauptplatz, und weitere 39 kleinere Projekte.

Eine umfangreiche Tätigkeit des Referates betrifft die Oberflächenplanungen für die Stadterweiterungsgebiete im 11., 21. und 22. Bezirk. In Abstimmung mit den diversen Planungsträgern, den befaßten Architekten und den beteiligten Dienststellen wurden konzeptionell und im Detail Oberflächenprojekte erarbeitet, wobei mit möglichst geringem finanziellem Aufwand optimale Gestaltungsstrukturen entstehen sollen.

Mitgearbeitet bzw. federführend war die Abteilung in den Arbeitskreisen 1, Donaukanalbereich - Innere Stadt, 2, Praterstraße (Überarbeitung der bestehenden Gestaltung), 10, Studie Fußgeherzone - Favoritenstraße (Überarbeitung der bestehenden Gestaltung), Fachkommission Verkehr - Straßenraumgestaltung, sowie beim Gestaltungskonzept „URBAN-WIEN - Gürtel Plus“ (Gumpendorfer Straße - Nußdorfer Straße), sowie der „Kulturachse Schönbrunn“ (Schönbrunn Vorplatz - Technisches Museum - Äußere Mariahilfer Straße).

1.2 Möblierung des öffentlichen Raumes

In den letzten Jahren war die Überarbeitung der gesamten Stadtmöblierung ein ganz wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit des Referates. Eine Bearbeitung für folgende neue Möblierungselemente wurde durchgeführt:

- generelle Überarbeitung eines Aufstellungssystems für Altstoffcontainer (gemeinsam mit MA 48) im Sinne einer stadtgestalterischen Ordnung nach einer von der Abteilung beauftragten Studie
- „Rechnergesteuertes Betriebsleitsystem - Anzeigen“ gemeinsam mit den Wiener Linien
- gestalterische Überarbeitung der Gasdruckregler bzw. Trafostationen (gemeinsam mit Wiener Stadtwerken)
- neuer Beleuchtungskandelaber für übergeordnete Straßen
- neue Zeitungsboxen für Medienträger
- neue Sitzbänke für Haltestellen der Wiener Linien
- Textilbehälter (in Abstimmung mit Fa. Kolping bzw. Humana)
- Eine Weiterbearbeitung des Ringstraßenbeleuchtungs- und Möblierungskonzeptes ist ein ebenso bedeutendes Bearbeitungsgebiet.

1.3 Diverse andere Gestaltungsaufgaben bzw. damit zusammenhängende Agenden

Gestalterische Begleitbearbeitungen bzw. Begutachtungen von Straßenprojekten der MA 28, Teilnahme an Koordinierungsbesprechungen im Rahmen der Dezentralisierung für alle 23 Bezirke, Teilnahme an den Besprechungen im Zuge der U-Bahn-Planungen bzw. wie an Bürgerdiskussionen (projektsbezogen) wurden durchgeführt. Öffentlichkeitsarbeit wurde im Zuge von Pressekonferenzen, Ausstellungen usw. geleistet.

1.4 Begutachtung von Ansuchen für private Einrichtungen im öffentlichen Raum

Folgende Themengebiete werden behandelt:

- Schanigärten, Kioske, Warenausräumungen, Automaten, Vitrinen, Postkasten, Litfaßsäulen usw.
- Die Studie über Schanigärten und deren Möblierung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, dem WIFI und dem Institut für Fremdenverkehrsentwicklung wurde 1997 fortgesetzt und in der Praxis laufend umgesetzt. Die praxisgerechte Umsetzung der Ergebnisse des Wettbewerbs „Kioske im öffentlichen Raum“ im Bewilligungsverfahren wurde weiterbearbeitet. Im Jahre 1997 wurden rund 860 Ansuchen behandelt.

2. Referat „Generelle Grundlagenplanung“

Das Referat behandelt grundsätzliche stadtgestalterische Fragestellungen und Themen und überprüft städtebaulich relevante Projekte auf ihre stadtgestalterischen Auswirkungen bzw. begleitet oder koordiniert deren Entwicklung.

2.1 Generelle Konzeptionen

2.1.1 Stadterhaltungskonzept

Schwerpunktmäßig stand einerseits die Anwendung des neuen Stadterhaltungskonzepts im Hinblick auf verschiedene Überarbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sowie die Schutzzoneninventarisierung mittels GIS im Vordergrund. Der Projektablauf ist in mehreren Phasen konzipiert, wobei 1997 folgende Arbeitsschritte erfolgten:

Phase 1 - Datenerfassung/Literaturerfassung:

Die bereits 1996 gestartete Literaturerfassung wurde im Jahr 1997 durch die Aufnahme des Dehio-Band 2 (10. bis 19. und 21. bis 23. Bezirk) weitergeführt. Weiters wurden die Daten der Schutzzonenliste in die Datenbank übergeführt.

Phase 2 - Schnellinventarisierung:

Die Schnellinventarisierung stellt als zweite Phase der neuen Arbeitsweise für die Schutzzonenabgrenzungen den wesentlichsten Arbeitsschritt dar, da hierbei die neuen Schutzzongrenzen vordefiniert werden. 1997 wurden, nach einer EU-weiten Ausschreibung hinsichtlich der Bearbeiterteams, die Bezirke 3 bis 9 (der 3. Bezirk jedoch nur im innerstädtischen Bereich) inventarisiert und daraus neue Schutzzonenabgrenzungsvorschläge abgeleitet, welche in weiterer Folge im Bebauungsplan ausgewiesen werden sollen.

Die Bearbeitungen der Bezirke 5, 7, 8 und 9 sowie die Inventarisierung von Nußdorf bis Heiligenstadt werden erst 1998 abgeschlossen. In Summe werden hierbei rund 13.000 Objekte inventarisiert (einschließlich Bezirke 5, 7, 8 und 9).

Phase 3 - Basisinventarisierung:

Die Basisinventarisierung stellt nach der Abgrenzung und Filterung durch die Schnellinventarisierung den letzten Arbeitsschritt des neuen Schutzzonenmodells dar. In dieser Inventarisierung werden die Objekte im Detail aufgenommen und eine Vielzahl an Daten erhoben. Bearbeitungen in dieser Phase erfolgen erst wieder im Jahre 1998.

Für die folgend angeführten Gebiete wurden, im Zuge der laufenden Bearbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes durch die MA 21-Abteilungen, Schutzzonen neu formuliert bzw. die Gebäude innerhalb dieser Schutzzone einer Inventarisierung zugeführt:

Hohe Warte, Hietzing, Siedlung am Wasserturm, Stammersdorf, Kaiserebersdorf, Speising, Breitensee und Strebersdorf.

Für die Freihofsiedlung wurde untersucht, ob die Festsetzung einer Schutzzone angestrebt bzw. engere Gestaltungssatzungen ausgearbeitet werden sollten.

Der Schutzzonenatlas wurde nachgeführt und auf den Datenstand 31. Dezember 1996 gebracht.

Das im Jahr 1996 abgehaltene „Workshop Stadterhaltung“ wurde in einer Broschüre zuzusammengefaßt.

Die 1994 erstellte Ausstellung zum Thema „Stadterhaltung - Stand der Dinge in Wien“ wurde 1997 in Oslo, Zagreb, Turin und Kopenhagen präsentiert, wobei auch Kontakte mit den jeweiligen Dienststellen im Ausland stattgefunden haben und Vergleiche zum neuen Schutzzonenmodell von Wien gezogen werden konnten. Die Wiener Architekturausstellung wurde hierbei ebenfalls gleichzeitig zur Schau gestellt.

2.2 Koordinierung von Planungsabläufen

2.2.1 Donaacity

Die städtebaulich-gestalterische Entwicklung der Donau-City, die Gestaltung der öffentlichen Bereiche innerhalb und in den Randzonen des neuen Stadtteiles sowie die der sozialen Infrastruktur (Schule, Kindergärten) wird unter Mitwirkung bzw. Federführung der Abteilung koordiniert.

Die entstehenden Hochbauprojekte wurden und werden auf ihre städtebauliche und gestalterische Verträglichkeit überprüft.

Die Planung der öffentlichen Bereiche (rund 20.000 m²) wurde abgeschlossen und die bauliche Umsetzung der „Diagonale“ im Sommer 1997 begonnen.

2.2.2 Projektteam „Donau-City“

Um die Planungsabläufe zwischen der WED und der Stadt Wien in Hinblick auf die weitere städtebauliche Entwicklung der Donau-City besser abzustimmen, um diese geeigneter vermittelbar zu machen (Visualisierung) und vor allem einen Masterplan zukunftsorientiert zu erarbeiten, wurde ein Projektteam aus Mitarbeitern der Abteilung (Federführung), der MA 21 C und MA 46 eingesetzt. Dieses Projektteam soll in Abstimmung mit einer städtebaulichen Koordinierungsgruppe (Bereichsdirektor Stadtplanung) und einer Lenkungsgruppe (involvierte Stadträte und Stadtbaudirektor) die Aufbereitung und Entscheidungsfindung von Themenstellungen betreiben.

2.2.3 Wiental - Wienfluß

Aufbauend auf das, unter Federführung der Abteilung im Jahre 1991 in einem Arbeitskreis erarbeitete „Konzept Wienfluß“ (Kanalbau, Hochwassersicherung, Ökologisierung, Gestaltung und Attraktivierung) wurden, im Hinblick auf eine schrittweise Realisierung, im Zuge der Umsetzungsplanung der MA 30 und MA 45 Arbeitsschritte in Arbeitsgruppenform gesetzt.

2.2.4 Gürtel - Urban

Auf Basis eines im Jahre 1996 erarbeiteten generellen Gestaltungs- und Nutzungskonzeptes für die Mittelzone des Westgürtels wurden im Frühjahr 1997 die Entscheidungen für die Ausgestaltungsabschnitte und Ablaufphasen im Rahmen des Urban-Projektes aufbereitet und auch getroffen.

Für die endgültige Ausgestaltung des Urban-Loritz-Platzes wurden die funktionellen Rahmenbedingungen optimiert.

2.2.5 Schwendermarkt

Das Projekt Überbauung Schwendermarkt wurde soweit vorangetrieben, daß mit einer Umsetzung in das Widmungsverfahren begonnen werden kann.

2.2.6 Liesinger Platz

Im Zuge der Errichtung einer P + R Anlage im Bahnhofsbereich des Liesinger Platzes erschien es notwendig, die städtebauliche Situation des Vorbereiches und in Folge den gesamten Liesinger Platz städtebaulich und stadträumlich nochmals zu überprüfen. Entsprechende Planungs- und Abstimmungsgespräche dazu wurden eingeleitet.

2.2.7 Donaauraum

In Zusammenarbeit mit den Abteilungen MA 21 C, MA 18 und MA 45 wurde für den gesamten Donaauraum aufbauend auf eine Bestandsaufnahme und Überprüfung der bestehenden Funktionalitäten eine Nutzungsstudie entwickelt, welche im wesentlichen die bestehenden Nutzungen bestätigt.

Für einen Teilbereich (Reichsbrücke) wurde die Möglichkeit von Schiffsanlegestellen überprüft und Varianten für Bebauungsspielräume für künftige Lokale entwickelt.

2.3 Mitarbeit bei Projektsentwicklung und Arbeitskreisen

2.3.1 Praterbrücke - Donaustadtbrücke - Prater Hochstraße

Bei der Hebung der Praterbrücke, dem Neubau der Donaustadtbrücke sowie bei der künftigen Sanierung der Praterhochstraße werden die Ingenieurplanungen in Arbeitskreisen von den entsprechenden Fachdienststellen koordiniert.

Die Abteilung war und ist in die gesamten Planungen in Hinblick auf gestaltungsrelevante Lösungsfindung eingebunden.

2.3.2 Lärmschutzwände

Das Erfordernis an der Installierung von Lärmschutzwänden nimmt durch das steigende Verkehrsaufkommen, aber auch infolge der Reaktivierung von ÖBB-Stammstrecken zu. Für die Lärmschutzprojekte B 229 - Großjedlersdorfer Straße, und A 23 - Heubergstätte erfolgen die gestalterischen Begleitplanungen durch die Abteilung.

Gemeinsam mit Vertretern der ÖBB wurden Lärmschutzsysteme, die sich für eine Anwendung bei Eisenbahntrassen in Hochlage und Eisenbahnbrücken eignen, gesucht und nach gestalterischen und funktionellen Gesichtspunkten bewertet. Im Zuge der Sanierung der Floridsdorfer Hochbahn werden die ausgewählten LS-Systeme eingesetzt.

2.3.3 380 KV-Leitungen

In enger Zusammenarbeit mit den Wiener Stadtwerken-Elektrizitätswerken, MA 18 und MA 22 wurde das Projekt einer 380 KV-Leitung Bisamberg (Schutzzone Hagenbrunner Straße) weiter behandelt.

2.3.4 Trinkwassergewinnung, Wasserfassungs- und Wasseraufbereitungsanlage Donauinsel-Nord

Zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung Wiens errichtet die MA 31 eine Wasserfassungs- und Wasseraufbereitungsanlage auf der Donauinsel im Bereich zwischen Nordbrücke und Nordsteg. Zur architektonischen Lösungsfindung dieser anspruchsvollen Planungsaufgabe wurde 1995 ein Gestaltungswettbewerb durchgeführt. Die Weiterführung des Leitprojektes (Arch. Gsteu) wird in Zusammenarbeit mit der Abteilung betrieben.

2.3.5 Arbeitskreis GIS-Anwendung zur Plandokumentenerstellung für die MA 21 - Abteilungen

Nachdem der Abteilung mit dem neuen Schutzzonenmodell der Stadt Wien in der Stadtplanung eine Vorreiterrolle bei Datenbankerstellung zukommt und die GIS-Anwendung für die MA 21-Abteilungen vom grundsätzlichen System und der Organisation her ähnliche Anforderungen hat, konnten die Erfahrungen mit den anzuwendenden Systemen in einem Arbeitskreis weitergegeben werden.

2.3.6 Arbeitskreis U-Bahnverlängerungen

Trassenvarianten für eine mögliche U-Bahnführung in den Nordosten Wiens, die Verlängerung der U6 nach Norden, die Verlängerung der U1 in den Süden, sowie die Verlängerung der U1 Richtung Norden wurde in Arbeitskreisen bearbeitet. Seitens der Abteilung wurden die stadtgestalterischen Fragestellungen behandelt.

2.3.7 FNA 133

Dieser Fachnormenausschuß beschäftigt sich mit der Normierung graphischer Öffentlichkeitsinformationen (Bildzeichen). In diesem Ausschuß sind Fachleute der Privatwirtschaft, Handelskammer, Österreich-Werbung und Vertreter der Stadt Wien (MA 19) vertreten.

Das System genormter graphischer Symbole für die Öffentlichkeitsinformation wurde im Jahre 1997 um 12 Symbole erweitert (Symbole 150 bis 161). Diese werden in der ÖNORM A 3011-10 enthalten sein.

2.3.8 Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit

Der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit, der unter anderem von Vertretern der Magistratsabteilungen 18, 19, 21 A, 21 B, 21 C gebildet wird, hat die Aufgabe, die Tätigkeiten der Abteilungen öffentlichkeitswirksam darzustellen und zu koordinieren (Ausstellungen, Grätzelfeste, Publikationen usw.). Insbesondere wird auch mit dem Stadtratbüro, der Gruppe Planung und der Pressestelle der Stadt Wien (die ebenfalls Vertreter in den Arbeitskreis entsenden) zusammengearbeitet.

Öffentlichkeitsarbeit im Internet

Wie von politischer Seite gewünscht, wird die Öffentlichkeitsarbeit seit Anfang 1996 auch im Internet durchgeführt. Dazu wurden der MA 53 im Jänner 1996 drei Artikel aus verschiedenen Referaten der Abteilung zur Verfügung gestellt.

2.3.9 Architekturführer für Wien

Der Wiener Architekturführer wurde 1984 erstmalig aufgelegt, 1988 aktualisiert und 1989 in einer dritten Auflage produziert.

Seit 1994 gab es Bestrebungen, den Architekturführer grundsätzlich neu zu konzipieren. Diese wurden 1996 und 1997 konkret umgesetzt.

Grundlage für den neuen Wiener Architekturführer bildet eine von Arch. Sarnitz in enger Zusammenarbeit mit Friedrich Achleitner, Otto Kapfinger, Dietmar Steiner und der Abteilung erstellte Auswahl von rund 500 Bauwerken.

Das neue 389 Seiten umfassende Buch wurde vom Springer Verlag (Druck) und der Stadt Wien (MA 18, MA 19) im Oktober im Semper Depot präsentiert.

2.3.10 Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, Bezirksentwicklungspläne

Zu den laufenden Überarbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes, sowie zu den Entwürfen der Bezirksentwicklungspläne wurden Stellungnahmen aus der Sicht der Stadtgestaltung abgegeben.

Kleingarten - Handbuch

Von der Stadt Wien (MA 19) wurden in Zusammenarbeit mit dem Zentralverband der Wiener Kleingärtner in den Jahren 1985 und 1994 zwei Handbücher zum Thema „Bauen im Erholungsgebiet - Kleingarten“ (Ekl, Ekl-W) erstellt.

1997 wurde Arch. Hagmüller von der Abteilung beauftragt, ein dem neuen KG-Gesetz entsprechendes, alle Kleingartenwidmungen und Kleingartenwohnhäuser in Fertigteilbauweise behandelndes Handbuch zu erstellen.

Dieses Buch soll 1998 erscheinen und über die MA 18 und den Zentralverband der Kleingärtner vertrieben werden.

Arbeitskreis Güterterminal

Inzersdorf - Metzgerwerke

Zur Umsetzung des zwischen den Österreichischen Bundesbahnen und der Stadt Wien bestehenden Grundsatzübereinkommens hinsichtlich dem Ausbau der Pottendorfer Linie und dem Güterterminal Inzersdorf Metzgerwerke wurden unter der Federführung der MD-BD, Dezernat 1, ein Projektteam und ein Arbeitskreis, in dem die Abteilung mitwirkt, gebildet. Im Rahmen der Planungen zum Güterterminal Inzersdorf und als Grundlage für eine künftige Widmung wurde von der Arbeitsgruppe ein städtebauliches Leitbild erarbeitet.

Arbeitskreis Klimaschutzprogramm KliP-Wien

Das Wiener Klimaschutzprogramm (KliP) wurde erstmals Ende 1996 präsentiert. Die Bestandsaufnahme wurde mittlerweile erfolgreich abgeschlossen.

In der Folge wurden vier Projektgruppen gegründet, deren Aufgaben

- ein Informations- und Erfahrungsaustausch
- Bewerten und Auswahl von Maßnahmen und Instrumenten
- Erarbeiten von entscheidungsreifen Instrumenten
- Entwickeln von Pilotprojekten, sowie erste Umsetzungsschritte sind.

Seitens der Abteilung arbeitet Dipl.-Ing. Niebauer im KliP-Team Energie, Projektgruppe Wohnen, mit. Ein KliP-Aktionsprogramm soll bis Mitte 1998 fertiggestellt sein.

2.4 Visualisierung von Stadträumen

Im Juni 1996 wurde eine von GRINTEC entwickelte Software, genannt GO-3DM, angekauft. Damit steht der Stadt Wien ein Werkzeug zur Visualisierung von Stadträumen zur Verfügung. Als Grundlage dazu dient

die digitale Mehrzweckkarte der Stadt Wien, welche mittels GO-3DM in ein 3D-Datenmodell umgerechnet werden kann. Zur eigentlichen Visualisierung wird in den einzelnen Stadtplanungsabteilungen das Programm Autodesk 3D-STUDIO eingesetzt. Dazu wurden im Juni 1996 Mitarbeiter von jeder Abteilung eingeschult. Im Jahre 1997 konnte diese Technik schon bei mehreren Projekten angewandt werden.

Gaudenzdorfer Knoten:

Zur Beurteilung der Hochhäuser und zur Vorbereitung für den Bereich Wallgasse

Europaplatz:

Zur Beurteilung des Brückenprojektes über den Gürtel sowie zur Unterstützung einer städtebaulichen Studie für den Vorplatz des Westbahnhofes, der äußeren Mariahilfer Straße und des Mariahilfer Platzl's

Schwendermarkt:

Visualisierung des Projektes in verschiedenen Varianten bzw. Ausbaustufen

Mariahilfer Straße/Europaplatz:

Mit einer Studienarbeit an der TU-Wien wurden drei Häuser alleine durch fotogrammetrische Auswertung modelliert. Diese Daten wurden dann in das bereits bestehende Modell des Europaplatzes eingesetzt. Bemerkenswert hierbei war, daß durch die Auswertung der Photographien auch Werbeschilder und dergleichen dargestellt werden konnten.

Donau-City:

Zur Vorbereitung des 3D-Modelles für die Donau-City wurden einige Tests vor allem zum Datenaustausch mit der TU-Wien durchgeführt.

3. Referat „Städtischer Nutzbau“

In diesem Referat sind alle städtischen Hochbauplanungen mit Ausnahme des Wohnbaues zusammengefaßt, wobei eine weitere Aufgliederung vorgenommen wurde, wie in Schulbau, Kindergärten, Heime, Sport- und Bäderbau, Amtshäuser, Museen, Feuerwehr, Rettung und diverse Nutzbauten, Krankenanstalten und Pflegeheime. Die anfallenden Planungsaufträge werden teils durch Eigenplanungstätigkeit, teils durch Vergabe an Ziviltechniker erfüllt, wobei es dem Referat obliegt - ausgehend von der Grundlagenbeschaffung -, den Planungsablauf bis zur Fertigstellung der Bauwerke zu koordinieren.

Zur Auswahl der Planer sind fallweise EU-weit ausgeschriebene Vergabeverfahren (Wettbewerb, Verhandlungsverfahren) oder Gutachterverfahren abzuwickeln, wobei das Verfassen der Ausschreibungsunterlagen, die Vorprüfung und Schriftführung, sowie die Vorbereitungen für Ausstellungen von der Abteilung wahrgenommen werden. Bei Fremdvergaben sind Vertragsverhandlungen zu führen, Honoraransprüche bis zur Schlußrechnung zu prüfen und gestalterische und funktionelle Anliegen während der Planungs- und Bauphase zu wahren. Die Projekte werden nach Ausarbeitung des Vorentwurfes den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

3.1 Schulbau

Im Rahmen des Schulbauprogrammes „2000“ wurden seit 1991 zur Deckung des Schulraumbedarfes im Wiener Pflichtschulbereich etwa 75 Schulen neu gebaut oder erweitert.

Dabei war die Umsetzung der von der Schulverwaltung eingereichten Raumprogramme in Entwurf und Planung Aufgabe der Abteilung. Dies ist gerade im innerstädtischen Gebiet eine schwierige Angelegenheit, da kaum ausreichend große Bauplätze zur Verfügung stehen und trotzdem Lösungen gefunden werden müssen. Die Folge sind daher langwierige Planungsphasen und bei Abbruch von in Betrieb befindlichen Altgebäuden etappenweise Errichtung unter Aufrechterhaltung des Schulbetriebes.

Als Entscheidungsgrundlage für die Auswahl und Beurteilung neuer Standorte bzw. für die Lösung der Bauaufgabe werden im Schulbaureferat Bebauungsstudien erstellt oder Wettbewerbe ausgeschrieben. Durch diese gewissenhafte Aufbereitung der Planungsgrundlagen kann die Beschlußfassung in den übergeordneten Gremien erleichtert und somit auch der Ausbauwunsch der einzelnen Schulen durch die Schulverwaltung rascher erfüllt werden.

Im letzten Jahr wurden Bebauungsstudien für die Erweiterung folgender Schulstandorte erstellt: für die Hauptschule in 2, Blumauergasse, für die Haupt- und Volksschule in 8, Pfeilgasse sowie für die Volksschulen in 5, Am Hundsturm, 10, Quellenstraße, Carl-Prohaska-Platz, 12, Rohrwassergasse und 22, Asperner Heldenplatz.

Neu begonnen im Rahmen des Schulbauprogrammes „2000“ wurde im vergangenen Jahr die Planung für die Volksschule mit 9 Klassen in 23, In der Wiesen, welche als Architektenwettbewerb EU-weit ausgeschrieben wur-

de und für welche die Vorentwurfsplanung einschließlich eines integrierten Kindertagesheimes sowie der erforderlichen Hortgruppen abgeschlossen werden konnte.

Die Einreich- und Polierplanungen für die Erweiterung bzw. den Neubau von Schulen wurden fertiggestellt und der Baubeginn konnte in Angriff genommen werden, und zwar für die Volksschulen in 20, Spielmannsgasse, 22, Donau-City und Wagramer Straße, für die Volksschule und den Polytechnischen Lehrgang in 20, Engerthstraße sowie für die Hauptschulen in 10, Josef-Enslein-Platz, 11, Wilhelm-Kress-Platz, 22, Am Kaisermühlendamm.

Im Jahr 1997 wurden Schulbauten fertiggestellt und im September in Betrieb genommen, und zwar der Polytechnische Lehrgang in 3, Baumgasse, 12 Klassen Hauptschule in 11, Leberberg, 9 Klassen Volksschule in 21, Breitenleer Straße und 13 Klassen Volksschule in 21, Rittingergasse. Ferner wurden die Volksschulen in 2, Aspernallee und 22, Konstanziagasse und die Hauptschulen in 7, Neustiftgasse und 7, Neubaugasse erweitert.

3.2 Kindergärten und Heime

Der Arbeitsbereich des Referates Kindergärten und Heime umfaßt alle im Verwaltungsbereich des Amtes für Jugend und Familie liegenden Bauvorhaben, das sind Neubau und Instandsetzung aller städtischen Kindergärten, Kinderheime und Kindererholungsheime, Krisenwohngemeinschaften sowie Jugendämter und sonstige Beratungsstellen der MA 11.

Steigende Geburtenzahlen und eine verstärkte Zuwanderung führten in den letzten Jahren zu einer raschen Bevölkerungszunahme. Parallel zum Wohnungsbau ist ein flächendeckender Ausbau von Kindertagesheimen ange laufen. Das Verhältnis Wohnungsanzahl zu Kindergartengruppe wird derzeit auf Grund einer von der Infrastrukturkommission festgesetzten Formel ermittelt. Unter Berücksichtigung verschiedener Parameter wird ein Verhältnis von rund 180 - 220 WE : 1 KTH-Gruppe festgelegt. Als Zielvorstellung ist eine Nutzfläche von 150 m² und eine Freifläche von 600 m² pro Gruppe anzunehmen. Derzeit beträgt der Anteil an städtischen Kindergärten rund 54 Prozent. In rund 390 Kindergärten können insgesamt etwa 39.000 Kinder betreut werden.

Das erweiterte Programm zur Abdeckung des Bedarfs an Kindergartenplätzen ist 1993 angelaufen. Von Herbst 1993 bis Ende 1997 wurden insgesamt 74 städtische Kindertagesheime errichtet, 23 davon wurden 1997 fertiggestellt. Derzeit sind weitere 34 Projekte in Vorbereitung. Von den insgesamt 108 Projekten werden 94 im Zuge von Wohnbauvorhaben errichtet, 14 Kindertagesheime werden direkt aus dem Budget der Stadt Wien finanziert. Die Planung der KTH-Neubauten wird großteils von beauftragten Architekten durchgeführt. Diese Projekte werden vom Referat ab Vorentwurf bis Detailplanung betreut.

Einen weiteren Tätigkeitsschwerpunkt stellt die Anhebung des Standards der bestehenden Kindertagesheime dar. Im Zuge von Generalinstandsetzungen werden die - teilweise noch aus der Vor- und Zwischenkriegszeit stammenden Gebäude - den heutigen Erfordernissen angepaßt und gegebenenfalls auch erweitert. Alle Instandsetzungsarbeiten an bestehenden Kindertagesheimen bis hin zu den Generalinstandsetzungen werden fast ausschließlich vom Referat selbst geplant.

Im Rahmen des Programmes "Heim 2000" wird auf dem Gebiet des Heimwesens vor allem die Errichtung von Krisenzentren und sozialpädagogischen Wohngemeinschaften vorangetrieben. Diese Einrichtungen sind eine Alternative zur herkömmlichen Heimbetreuung und bieten Platz für 6 - 8 Jugendliche und deren Betreuer. In nächster Zukunft ist eine verstärkte Einplanung solcher Wohngemeinschaften sowohl in bestehenden Wohnbauten als auch in den Stadterweiterungsgebieten beabsichtigt.

Als Ausgewählte Projekte 1997 wurden die Kindertagesheime in 11, Am Hofgärtel (Leberberg II), 12, Wienerbergstraße (Generalinstandsetzung), 13, Gallgasse 71, 21, Gerspergasse 7, Satzinger Weg, Carminweg 6, Rittingergasse 29A, 22, Doeltergasse 3, Hammerfestweg 3, Colerusgasse, Lange Allee 11 - 13, Erzherzog-Karl-Straße/Eibengasse, Wagramer Straße und in 23, Lastenstraße (Generalinstandsetzung) fertiggestellt.

Derzeit in Bau sind die Kindertagesheime in 10, Dieselgasse, Grundäckergasse, Gudrunstraße, 12, Stranitzkygasse (Generalinstandsetzung), 15, Pilgerimgasse 22, 20, Forsthausgasse 16 - 20, 22, Wohnpark Neue Donau und Donau City.

Im Planungsstadium befinden sich die Kindertagesheime in 2, Nordbahnhofgelände, 2, Vorgartenstraße, 11, Gasometer Simmering/Guglgasse, 12, Andersengasse, 21, Fultonstraße/Floridusgasse, 22, Prandaugasse und Donau City, 23, Carlberggasse (Multifunktionales Zentrum Perfektastraße), Osramgründe sowie In der Wiesen.

3.3. Amtshäuser, Bäder, Sportbauten, Museen, Feuerwehr, Rettung und diverse andere (Betriebs-)Gebäude

In Amtshäusern wurden Dachgeschoße durch Ausbau genutzt, strukturverbessernde bauliche und räumliche Maßnahmen durchgeführt, wie z. B. die Erschließung durch behindertengerechte Zugänge und Aufzüge verbessert. Die Planungen erfolgten im Rahmen der Erhaltung der Amtshäuser.

Bemerkenswerte Projekte (Neubauten, Um- und Ausbauten, Sanierungen) erfolgten im Amtshaus 8, Schlesingerplatz 2 und 4 (2. Bauetappe, Fertigstellung des Dachgeschoßausbaues) und im Amtshaus 17, Elterleinplatz (Beginn der Ausbauarbeiten). Zu nennen ist weiters die Fertigstellung des Neubaus des Erlebniswaldbades Penzing. Was die Sportbauten betrifft, so wurde die Tribüne im Horr-Stadion geplant ebenso wie die Generalsanierung des Ferry-Dusika-Stadions.

Die Hauptfeuerwache Floridsdorf wurde fertiggestellt, ebenso die Hauptfeuerwache Donaustadt, für die Gruppenfeuerwache Donaustadt mit den Planungsarbeiten begonnen und in der Hauptfeuerwache Mariahilf Umbau- und Adaptierungsarbeiten fortgesetzt.

Bei der Rettung waren Um- und Zubauten von Betriebs- und Garagengebäuden durchzuführen. Fertiggestellt wurden das Arsenal, Rettungsstation Leopoldau, Waschstraße Arsenal, Planungsarbeiten wurden für die Sanitätsstation Arsenal durchgeführt und für die Rettungsstation Aspern mit der Planung begonnen.

Ferner wurde das Konservatorium der Stadt Wien umgebaut und neu gestaltet, der große Saal fertiggestellt, ein denkmalgeschütztes Haus für die Musikschule Döbling umgebaut, die 1. Phase der Generalsanierung der Luegerkirche (Zentralfriedhof) abgeschlossen und mit der 2. Phase begonnen, für den Neubau des Heimes für obdachlose Männer in 21, Siemensstraße, das Gutachterverfahren abgeschlossen und mit den Planungsarbeiten begonnen sowie für den Reservegarten Hirschstetten die Planungsarbeiten für Zentralwerkstätte und Lagerräume in Angriff genommen.

Krankenanstalten und Pflegeheime

Die Einreichplanung zur Einsiedelung der Kinderklinik Glanzing in den Pavillon 21 des Wilhelminenspitals wurde abgeschlossen.

Weiters wurden Entwurfspläne zur Umgestaltung der 2. Chirurgischen Ambulanz im Pavillon 28 erstellt.

An der 2. Internen Lungenabteilung des Pulmologischen Zentrums sollen 2- und 4-Bett-Einheiten mit innenliegenden Sanitärräumen sowie eine abgetrennte Isolierstation für Patienten mit multiresistenten Keimen geschaffen werden. Neben einem Aufzugseinbau im Pavillon „Leopold“ wurden Vorentwurfspläne zur Umgestaltung des Pathologischen Instituts sowie zur Zusammenfassung und Einsiedlung der Krankengeschichtenarchive für die zukünftigen vier Anstaltsbereiche im V. Gebäude erstellt.

Einreich- und Ausführungspläne zur Sanierung der Station 5 der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik und zur Umgestaltung der chirurgischen Abteilung im Pavillon 2 des Kaiserin-Elisabeth-Spitals wurden im Eigenbereich der Abteilung ausgearbeitet.

Im Bereich der Station A des Orthopädischen Krankenhauses Gersthof wurde der Einbau von Sanitärgruppen projektiert und mit der Ausführung begonnen.

Ein neues Projekt wurde zur Errichtung eines Neubaus für das Therapiezentrum Ybbs/Donau erarbeitet. Die Strukturbereinigung der psychiatrischen- und der Pflegestationen macht die Auslagerung der Ergo- und Beschäftigungstherapie erforderlich, welche zusammen mit einem Bewegungs- und Kommunikationszentrum in dem Neubau untergebracht werden sollen. Darüber hinaus wurden im Bereich der Station 5 weitere zwei Wohneinheiten für psychiatrische Patienten geschaffen.

Geriatrizentrum am Wienerwald

Pavillon VI

Im Rahmen eines im Krankenanstaltenverbund internen Wettbewerbes über förderungswürdige Sanierungsprojekte wurde ein Vorentwurf für die Generalsanierung des Pavillons VI ausgearbeitet. Dieses Projekt ist der erste Schritt zur langfristigen Umsetzung des Zielplanes und hat somit Vorbildfunktion für weitere Projekte, die in der Endausbaustufe des Geriatrizentrums am Wienerwald eine Reduzierung der systemisierten Bettenzahl von rund 3.000 auf 1.500 erreichen sollen. Dieser Entwurf beinhaltet die Umsetzung des Raumprogrammes für zwei Bettenstationen zu je 36 Betten, entsprechend dem heutigen Standard inklusive der erforderlichen Sanitäreinheiten, und eines Institutes für Physikalische Medizin.

In enger Zusammenarbeit mit dem Bereich Architektur in der Generaldirektion des KAV wurde ein Projekt zur Neuerrichtung einer Betriebsgarage und Werkstätte für den Fuhrpark des Geriatrizentrums am Wienerwald ausgearbeitet. Bei dieser Planung eines Neubaus im Ensemble einer historischen Bausubstanz wurde das Bundesdenkmalamt aktiv miteinbezogen. Eine Realisierung dieses Projektes ist für das Jahr 1998 vorgesehen.

Krankenanstalt Rudolfstiftung

Haus Boerhavegasse 13 - Umbau 2. OG - Einreichplanung Personalgarderoben

Dem Wunsch des Hauses entsprechend, das Projekt „Errichtung einer Zentralgarderobe“ im Haus 13 schrittweise zu realisieren, wurde in Rücksprache mit dem Arbeitsinspektorat eine Lösung entwickelt, die den Anforderungen entspricht.

Allgemeines

Einreichpläne wurden auch für das Pflegeheim Baumgarten und das Pflegezentrum Sophien-Spital erstellt, wobei es sich jeweils um kleinere, jedoch medizintechnisch schwierige Aufgaben, wie z. B. Umbau Röntgeninstitut, handelte.

Vertreter der Abteilung waren als Juroren für den Architektenwettbewerb Neubau Sophien-Spital, das Gutachterverfahren „Standortänderung Maria Theresien-Schlüssel auf den Standort Baumgartner Höhe“, den Architektenwettbewerb „Kaiserin-Elisabeth-Spital OP-Zubau“ 1. Stufe tätig und haben bei der Abstimmung von Raumprogrammen für die Neuplanung von Krankenhäusern und Pflegeheimen des Wiener Krankenanstaltenverbundes mitgearbeitet.

4. Referat „Architektonische Begutachtung“

Der Aufgabenbereich dieses Referates liegt in der Begutachtung von Bauansuchen in architektonischer - stadtgestalterischer Hinsicht im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens für das gesamte Wiener Stadtgebiet exklusive der Schutzzonen.

Die Tätigkeit stellt eine direkte objektbezogene Auseinandersetzung mit Stadtbildfragen dar und erstreckt sich auf Neu-, Zu- und Umbauten, Portale, Reklameanlagen, sowie Fensterauswechslungen und Außenwandöffnungen. Bei der Beurteilung der Projekte wird aktiv darauf Einfluß genommen, daß die beabsichtigten Bauführungen keine optische Beeinträchtigung des Stadtbildes bewirken (§ 85 der BO für Wien).

Zur Visualisierung und Rückkoppelung der Tätigkeit des Referates wurde eine Sammlung von signifikanten Beispielen zu stadtspezifischen Themen angelegt, laufend erweitert bzw. ergänzt. Diese exemplarische Fotodokumentation von Positiva und Negativa soll die Beratungstätigkeit des Referates unterstützen bzw. auch transparenter für den Bauwerber gestalten.

Im Zusammenhang der Tätigkeit dieses Referates wurden im Berichtsjahr rund 5.800 Bauansuchen sowie etwa 2.300 Akte in Verbindung mit Fensterauswechslungen, und Satellitenantennen bearbeitet und an die Baupolizei weitergeleitet.

5. Referat „Stadterhaltung und Stadtbildpflege in Schutzzonen“

In diesem Referat werden Informationen über erhaltungswürdige Gebäude und Gebiete der Stadt erteilt und Bauvorhaben in Schutzzonen gemäß Bestimmungen des sogenannten Altstadterhaltungsgesetzes von 1972 (das ein Bestandteil der Wiener Bauordnung ist) begutachtet. Die Schwerpunkte der Gutachtertätigkeit liegen hauptsächlich in der eigenen Erhaltung des geschützten Bestandes, aber auch in der Unterstützung der architektonischen Gestaltungsqualität der eingereichten und konsultierten Projekte.

Der im Rahmen der Stadterhaltung selbstverständliche Vorrang der Reparatur- und Instandsetzungsmaßnahmen wird nach der Novellierung der Bauordnung von 1997 durch eine weitere Betonung der Schutzbestimmungen im § 85 BO gesichert, damit „der Bewahrung der äußeren Gestaltung, des Charakters und des Stils des Gebäudes, insbesondere des Maßstabes, des Rhythmus, der Proportion, der technologischen Gestaltung und der Farbgebung, besonderes Gewicht zukommt“.

Als eine wichtige Aufgabe wird bei Festsetzungen der Schutzzonen gemäß des 1997 novellierten bzw. ergänzten § 7 (1a) der Bauordnung die Berücksichtigung der „prägenden Bau- und Raumstruktur und der Bausubstanz und anderer gestaltender und prägender Elemente, wie der natürlichen Gegebenheiten und Gartenanlagen“, vorgeschrieben. In dieser Absicht, die Aufmerksamkeit auf die kulturgeschichtlichen Werte der Umwelt zu lenken, manifestieren sich die gemeinsamen Ziele der Stadterhaltung und des Naturschutzes. Weiters gestattet nunmehr die novellierte Bauordnung, die öfters zu harte Qualitätsgrenze zwischen einer Schutzzone und der übrigen Stadt etwas zu mildern und die höheren Ansprüche an die neue Architektur sowie an die Erhaltung des Baubestandes auch „im Nahbereich der Schutzzonen“ (lt. § 85, 2 BO) zur Geltung zu bringen.

Die konkrete Umsetzung der Schutzzonenbestimmungen erfolgt einerseits direkt im Planungsprozeß durch die Beratung der Planer und Bauherren, andererseits durch die amtlichen Begutachtungen der Einreichpläne, die der Baubehörde vorgelegt wurden. In Anbetracht vorgesehener Fassadenänderungen ist in Schutzzonen auch die photographische Bestandsdokumentation vorgeschrieben. Zu behördlichen Bewilligungen in Schutzzonen wurden 1997 etwa 1.050 schriftliche Begutachtungen abgegeben. Die Mitarbeiter des Referats nahmen in diesem Zusammenhang auch an Bauverhandlungen, Lokalausgleichsbesprechungen, Besprechungen usw. teil. Für Fensteränderungen wurden in Vertretung der Baubehörde etwa 150 vereinfachte Bewilligungsverfahren durchgeführt. Zu vorliegenden Projekten sowie anderen Vorhaben, die das äußere Erscheinungsbild der Schutzzonenobjekte beeinflussen, fanden rund 1.300 Besprechungen und 950 Begehungen statt.

Als Grundlage für die Beratungen sowie die Gutachtertätigkeit dient die systematische Inventarisierung der Schutzzonenobjekte - nunmehr auch auf ADV-Basis bearbeitet. Die Form der Inventarisierung wurde auf Grund der Erfordernisse des Referates festgelegt und wird in dieser Hinsicht weiter betreut. Darüber hinaus brachte die aktuelle Freigabe der Abtragungen der außer Schutzzonen befindlichen Gebäude die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Überprüfung der Ausdehnung der bestehenden Schutzzonen - vorerst in den inneren Bezirken. Weiters wurden in konzeptioneller Hinsicht wissenschaftliche Projekte zur Untersuchung und Bewahrung des örtlichen Stadtbildes entwickelt. Dazu gehörten die Vorbereitung und Betreuung wissenschaftlicher Studien, die zur Klärung der aktuellen Fragen (Förderung der Fensterreparaturen, Wiederherstellung der historischen Straßenbeschilderung, Differenzen zwischen dem bestehenden und dem vom Bebauungsplan beabsichtigten Stadtbild in Schutzzonen, Veränderungen in der Dachlandschaft usw.) beitragen sollen.

Informative Vorträge über Schutzzonenregelungen sowie aktuelle Veränderungen des Stadtbildes für die Gebietsbetreuungen, für das Pädagogische Institut des Bundes, für Fachgäste der MD-BD oder im Rahmen der Studentenbetreuung an der Universität Wien und der TU Wien zielten vor allem auf die Vertiefung des Verständnisses der Öffentlichkeit für die positiven Aspekte der Stadterhaltung.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West

Bei zukünftigen kommunalen Aufgaben und Investitionen wird in verstärktem Ausmaß auf Kostenorientierung Wert gelegt, Bürger, Interessens- und Bevölkerungsgruppen werden intensiver bei kommunalen Entscheidungen eingebunden. Diese veränderten Rahmenbedingungen der Planung beinhalten daher in größerem Ausmaß das Management von Nutzungen und Flächen der einzelnen Stadträume.

In das öffentliche Bewußtsein rückt aber auch die integrative Entwicklungssteuerung der Planung, die durch problematische räumliche Entwicklungen, wie die Massierung von Freizeitangeboten, Einkaufszentren am Stadtrand und das Eingreifen in Landschaftsräume vermehrt angesprochen wird.

In der Abteilung wurde im Jahr 1997 im Rahmen von Wiener EU-Projekten für den Schwerpunkt URBION (Sanierung der Gürtelmittelzone) gemeinsam mit der MA 19 ein Nutzungskonzept „Stadtbahnbögen“ erarbeitet, mit dem Denkmalamt eine zeitgemäße Fassadengestaltung entwickelt und eine Ausstellung zur Bürgerinformation präsentiert. Eine weitere Schiene des EU-Programmes war das Bürgerbeteiligungsverfahren Yppenplatz, bei dem Bürger und Wirtschaftstreibende in die Erstellung eines Rahmenplanes zur Behebung der prototypischen städtebaulichen Mängel dieser Zone integriert wurden.

Für eine 1,9 ha große Fläche der Ottakringer Brauerei im 16. Bezirk wurden im Zuge eines Umstrukturierungsprozesses der Betriebsflächen gemeinsam mit der Brauerei und der Wirtschaftskammer Wien städtebauliche Rahmenbedingungen für einen Architektenwettbewerb erarbeitet.

Aufbauend auf die Leitlinien für die Bezirksentwicklungsplanung des 2. Bezirkes wurden im Konzept Grüner Prater Funktionsbereiche mit spezifischen Schwerpunkten, sowie ein Verbindungs- und Erschließungssystem vorgeschlagen. Für den Bereich Messe-Prater-Krieau stehen durch die Restrukturierungsabsicht der Wiener Messe rund 9 ha zu Disposition. Mit einem Projekt soll im Gegensatz zu den bisherigen Strategien (Entwicklung bzw. Attraktivierung der Einzeleinrichtungen) eine Bereichsentwicklung mit dem thematischen Schwerpunkt „Ereigniszone“ angestrebt werden. Verknüpft werden sollen die Bereiche Volksprater, Messe, Krieau, Stadien; der grüne Prater soll hingegen von störenden Einflüssen geschützt werden. Die von der Messe nicht genutzten bzw. untergenutzten Flächen im Bereich der Messeparkplätze sollen für ergänzende Einrichtungen der „Ereigniszone“ vorgesehen werden. Angestrebt werden soll ein den Gesamtbereich umfassendes Management und Marketing, welches ausgehend von einem politisch beschlossenen Rahmenplan ein Leitbild entwickelt und Einrichtungen, verkehrliche Notwendigkeiten und Events usw. aufeinander abstimmt. Da zur Realisierung des Planes die bestehenden rechtlichen Steuerungsinstrumente nicht ausreichen, wird eine Kooperation zwischen Stadt Wien und privaten Investoren angestrebt.

In Weiterführung der Leitlinien für den 14. Bezirk wurden für den Bereich „Wolf in der Au“ Szenarien einer künftigen Entwicklung unter der Voraussetzung einer neuen S-Bahn-Station im Zuge der Errichtung des Lainzer Tunnels einschließlich Park&Ride-Anlage bearbeitet. Sie sollen als Vorstufe zur Erstellung eines Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes dienen.

Eine städtebauliche Nutzungsstudie befaßte sich mit dem 1,1 ha großen Areal der Allgemeinen Poliklinik im 9. Bezirk, das durch Absiedlung und Auflassung der medizinischen Einrichtungen für künftige Verwertungsmöglichkeiten von Gebäuden und Grundstücken offensteht.

Innerhalb des geschäftsgruppenübergreifenden Projektteams Inzersdorf/Nordbahnhof wurde die Leitung des Arbeitskreises Planung/soziale Infrastruktur/öffentlicher Verkehr wahrgenommen. Zur Entwicklung der künftigen Ausbaustadien des Nordbahnhofgeländes wurden mit dem Schwerpunkt einer Neunutzung von 12 ha Tauschfläche aus ÖBB-Besitz und Absiedlung der städtischen Busgarage Vorgartenstraße Grundlagen für die Aktualisierung des städtebaulichen Leitbildes für den Nordbahnhof erstellt.

Plan: Stadtteilplanung

Seit 1997 wurden Bestandsaufnahmen für neu zu bearbeitende Gebiete als wichtige Planungsgrundlagen der Flächenwidmung in digitaler Form erstellt und bilden gemeinsam mit Problemanalysen und den Detailbearbeitungen im Rahmen der Bezirksentwicklungsplanung die in der BO für Wien-1996 geforderten Grundlagen zur Ausarbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne.

Die auf Basis dieser Grundlagen eingeleiteten Verfahren zur Neufestsetzung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen konzentrieren sich einerseits auf die Behandlung der noch bestehenden Bausperrgebiete nach § 8/1 der BO für Wien, andererseits zielten sie auf die Bewältigung des 10-Jahres-Pogrammes zur Neufestsetzung des gesamten Stadtgebietes. Die Inhalte für die Ausarbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne waren sehr unterschiedlich und reichten von punktuellen Korrekturen bis zu Großprojekten und ganzen Stadtteilen.

Beschlossene Plandokumente bezogen sich auf die rechtliche Sanierung von Siedlungen (2., Dammhaufen), die Ausweisung von Kleingartengebieten im 19. Bezirk, (Himmelstraße, Cobenzlgasse) und die Festlegung von Kleingartengebieten für ganzjähriges Wohnen (14., Anlage Laudonwiese, Anlage Neue Wiese, 17., Oberwiedenstraße, Schaukalgasse).

Erhaltenswerte Bausubstanz wurde durch differenzierte Bebauungsbestimmungen und die Ausweisung von

Schutzzonen gesichert (4., Wienzeile, 8., Pfeilgasse, 9., Boltzmanngasse, 14., Breitensee, 17., Neuwaldegg, 19., Heiligenstädter Straße und Weinberggasse).

Die Sicherung des Wohnbestandes (14., nächst Wolfersberg, 17., Leopold-Stockert-Platz) als auch die Vorsorge für Wohnbauprojekte (2., Garvensgründe), gemeinsam mit der Ausweisung von Standorten für soziale Infrastruktur wie der Schulerweiterung im 2., Bezirk Aspernallee, waren wichtige Ziele für die Stadterneuerung.

Im Rahmen von Blocksanierungen wurden im 5. Bezirk Mittersteig und im 15. Bezirk Reithofferplatz und 18., Schubertpark Standorte für Wohnquartiersgaragen festgelegt. Für den 16. Bezirk wurde auf Grund der geplanten Endstelle der U-Bahnlinie U3 und der dadurch aufgewerteten Standortqualität Vorsorge für bauliche Verdichtungen und Umnutzungen getroffen (Areal der ehemaligen Austria Tabakwerke).

Vorkehrungen für betrieblich genutzte Bereiche wurden im 14. Bezirk Baumarkt Hadikgasse und im 16. Bezirk für die Müllverbrennungs- und Fernwärmanlage - Flötzersteig getroffen.

Wie in den letzten Jahren nahm auch 1997 die durch neue Flächenwidmungen bearbeitete Fläche zu, wobei die Zunahme der durchschnittlichen Verfahrensdauer durch Probleme mit differenzierten abgegebenen Stellungnahmen der Bevölkerung und durch die Koordinierung mit den Wünschen der jeweiligen Beschlußgremien der Bezirke hervorgerufen wurde. Insgesamt 36 Anträge an den Gemeinderat betrafen Festsetzungen, Aufhebungen und Neufestsetzungen sowie Abänderungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne.

Plan: Plandokumente

Die Flächenreserven einer Stadt vor allem im dichtbebauten Gebiet sind begrenzt und deshalb kommt der intensiven Inanspruchnahme solcher Grundstücke besondere Bedeutung zu. Durch den Arbeitskreis „einfach mehrfach Nutzung des Freiraumes“ wurde ein Leitfaden zur Mehrfachnutzung mitbearbeitet, der das Defizit an nutzbarem Grün- und Freiraum vermindern helfen soll. Wert gelegt wurde auf die Schaffung von Organisationsformen, auf rechtliche Rahmenbedingungen, auf Haftung- und Versicherungsfragen, die in Form von Musterverträgen vorliegen.

In Vorbereitung eines Berichtes gemäß VO § 23 Abs. 8 Wiener Kleingartengesetz 1996 zur Überprüfung von Gebieten, die überwiegend keinen bewilligten Baubestand aufweisen und dieser durch Festsetzung der Widmungen „Grünland-Erholungsgebiet-Kleingartengebiet“ oder „Grünland-Erholungsgebiet - Kleingartengebiet für ganzjähriges Wohnen“ oder „Gartensiedlungsgebiet“ oder „Wohngebiet-Bauklasse I“ weitgehend bewilligt werden könnte, wurden umfangreiche Untersuchungen eingeleitet.

Zur Novellierung der Bauordnung für Wien (Techniknovelle) wurde eine Expertise zur Beurteilung der städtebaulichen Aspekte dieses Gesetzesentwurfes ausgearbeitet.

Die massive Budgetentwicklung der Abteilung von 1996 auf 1997 war insbesondere begründet durch erhöhte Ausgaben für EU-Projekte und Bestandsaufnahmen für Flächenwidmungen.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd

Im Jahre 1997 wurde neben der Konkretisierung der übergeordneten Planung auf Stadtteilebene und der Fortführung der Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung gemäß der Wiener Bauordnung auch ein neues Dezernat Reprographie in der Abteilung aus ehemaligen Mitarbeitern der MA 20 integriert. Dabei wurden der Druck (vor allem für die Grün- und Rotdrucke aber auch für die Plandokumente), die Lichtpauserei, die Kopie einschließlich Farbkopie und Reprokamera, die Adressieranlage, die Mikrofilmstelle und der Kartenverkauf mit Kassa übernommen.

Die laufende Überprüfung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit den sich ändernden gesellschaftlichen Entwicklungen und stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen wurde schwerpunktmäßig auf Grund des neuen § 1 der BO für Wien und den städtebaulichen Leitprogrammen für die Bezirke 10, 11, 12, 13 und 23 durchgeführt.

Die im Jahre 1996 übergeleiteten Plandokumente haben eine zehnjährige Gültigkeit, das ist bis zum 1. September 2006. Bis zu diesem Zeitpunkt muß der gesamte Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, bedingt durch eine Verfassungsbeschwerde notwendig gewordene Änderung der Bauordnung, neu überarbeitet werden. Dabei müssen nicht nur die 374 übergeleiteten Plandokumente neu bearbeitet werden, sondern vor allem auch jene Gebiete, die nicht übergeleitet werden konnten und daher mit einer Bausperre nach § 8 (1) der BO für Wien belegt wurden.

Darüber hinaus wurden im Jahre 1997 zahlreiche Erhebungen, Entwürfe und städtebauliche Studien erstellt, die inhaltlich neben den Schwerpunkten alte Ortskerne, Stadterneuerung und Kleingartenfragen auch auf die Ausarbeitung von Expertenverfahren für Wohnprojekte in Verbindung mit städtebaulichen Schwerpunkten ausgerichtet waren. Die Arbeiten wurden entweder von Mitarbeitern der Abteilung selbst oder im Auftragswege ausgearbeitet.

Es wurden im Berichtsjahr 11,2 Millionen Schilling für Bestandserhebungen, städtebauliche Studien und die Erarbeitung von Entwürfen zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan durch Architekten, die Ausrichtung von Expertenverfahren, die Durchführung von Ausstellungen anlässlich der öffentlichen Auflagen von Planentwürfen der Abteilung sowie den erforderlichen Plänen und Modellen aufgewendet.

Von den Auftragnehmern wurden dabei städtebauliche Bestandsaufnahmen und Vorentwürfe für Teilgebiete im 10. Bezirk in den Bereichen Gudrunstraße, Absberggasse, Oberlaa, Unterlaa und Rothneusiedl, im 11. Bezirk in den Bereichen östlich Simmeringer Haide und Neugebäudesiedlung, im 12. Bezirk in den Bereichen Meidlinger Hauptstraße, Wienerbergstraße und Lobkowitzbrücke, im 13. Bezirk in den Bereichen Klitschgasse, Unter St. Veit und Roter Berg und im 23. Bezirk in den Bereichen Marktgemeindegasse, Brunner Straße, Breitenfurter Straße, Triester Straße, Schwarze Haide und Liesing-Zentrum erarbeitet. Studien für Verkehrsorganisationen, Grünraum- und Landschaftsplanungen wurden im 10. Bezirk für den Bereich Dieselgasse und den Südraum, im 11. Bezirk für die Bereiche Gasometer, Hyblerpark und Leberberg, im 13. Bezirk für den Bereich Lainzer Vorfeld und im 23. Bezirk für den Bereich der Umfahrung Atzgersdorf und den Liesinger Platz ausgearbeitet. Darüber hinaus wurde eine Studie über Entwicklungspotentiale entlang der U6, Bauplätze im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel in Mauer, Kalksburg und Rodaun untersucht, eine Windkanal-Studie für den Bereich Gaudenzdorfer Gürtel und eine Analyse an ausgewählten Beispielen im Vergleich privater Widmungsgewinne und öffentliche Hand erarbeitet. Zur Findung der bestmöglichen Bebauung für einzelne Bereiche in den Entwicklungszonen wurde ein Expertenverfahren im 11. Bezirk für den städtebaulichen Schwerpunkt Simmeringer Hauptstraße - U3 durchgeführt und ein städtebaulicher Ideenwettbewerb und Anrainerwettbewerb im Bereich Wien 12, Kabel- und Drahtwerke eingeleitet.

Von der Abteilung wurden im Jahre 1997 insgesamt 45 Anträge an den Gemeinderat gestellt. 43 Anträge betrafen Abänderungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. 2 Anträge wurden wegen Verhängung von Bausperren gestellt. Die erforderlichen Plankopien und Plandrucke wurden dabei vom Dezernat Reprographie erstellt, das diese Arbeiten auch für die Magistratsabteilungen 21 A und 21 C durchführte.

Einzelne Antragsentwürfe - insbesondere bei größeren Bearbeitungsgebieten - wurden im Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen in gesonderten Informationsveranstaltungen im Rahmen der öffentlichen Auflage entweder bei der Bezirksvorstehung oder im Plangebiet selbst durch Mitarbeiter der Abteilung der Bevölkerung vorgestellt, mit dieser diskutiert und Vorschläge und Anregungen von Bewohnern, Eigentümern und Betriebsinhabern bei der Ausarbeitung der neuen Widmungen mitberücksichtigt.

Die Schwerpunkte der Neufestsetzungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne lagen dabei im 10. Bezirk in den Bereichen Gudrunstraße, Troststraße, Inzersdorfer Straße, Favoritenstraße und Laaer-Berg-Straße, im 11. Bezirk in den Bereichen Albern- Mannswörther Straße und Weißenböckstraße, im 12. Bezirk in den Bereichen Untermeidlinger Straße, Arndtstraße, Oswaldgasse und Altmannsdorfer Anger, im 13. Bezirk in den Bereichen Eitelberggasse, Bergheidengasse, Rosenhügelstraße und Münichreiterstraße und im 23. Bezirk in den Bereichen Ketzergasse, Rudolf-Waisenhorn-Gasse, Haymogasse, Brandströmgasse, Wiener Flurgasse, Eduard-Kittenberger-Gasse und Halban-Kurz-Gasse.

Zur Erhaltung von für das örtliche Stadtbild wesentlicher Ensembles wurden im Jahre 1997 Schutzzonen im 12. Bezirk Untermeidlinger Straße, Wienerbergstraße, im 13. Bezirk Hummelgasse, Stadlergasse, Eitelberggasse, Neue-Welt-Gasse, Gallgasse, Münichreiterstraße und Larohegasse und im 23. Bezirk Ketzergasse, Schellenseegasse und Maurer Lange Gasse im Einvernehmen mit den zuständigen Fachdienststellen vorgeschlagen bzw. der Beschlußfassung zugeführt.

Die eingeleitete Überprüfung der bestehenden Kleingartenanlagen und kleingärtnerisch genutzten Flächen im Hinblick auf deren widmungsmäßige Sicherung bzw. Sanierung wurde fortgesetzt. Es wurden dabei vor allem die Ansuchen betreffend das ganzjährige Wohnen in den Kleingartenanlagen, die bezirksweise in einzelnen Veranstaltungen mit den Bezirksvertretungen und der Bezirkskleingartenkommission abbesprochen waren, berücksichtigt. Es konnten dem Gemeinderat Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, die zusammen 93,6 ha an Erholungsgebiet-Kleingarten-Flächen ausweisen, von der Abteilung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Dabei wurden bestehende Anlagen widmungsmäßig gesichert bzw. Kleingartengebiete für ganzjähriges Wohnen ausgewiesen, und zwar im 10. Bezirk im Bereich Alaudagasse und Neilreichgasse, im 11. Bezirk im Bereich Simmeringer Haide und Oriongasse, im 12. Bezirk im Bereich Pottendorfer Straße, im 13. Bezirk im Bereich Rosenberg und im 23. Bezirk im Bereich Steinsee und Schloßsee.

Seitens der Abteilung wurden alle für die Tätigkeit des Fachbeirates für Stadtplanung erforderlichen Bürogeschäfte gemäß der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien abgewickelt. Dem Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung wurden in 9 Sitzungen 121 Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfe, die 9 Abänderungen bzw. 113 Festsetzungen des Flächenwidmungsplanes und Bebauungsplanes zum Ziele hatten, und 8 Planungsvorhaben von der MA 19 vorgelegt.

Insgesamt wurden von den drei MA 21 A, B und C 106 Anträge ausgearbeitet. Diese Beschlüsse des Gemeinderates wurden in Form von Plandokumenten kundgemacht, seitens der Abteilung an die Magistratsdienststellen versendet, für den Verkauf vorbereitet und verkauft. Von der Abteilung wurden alle Akten der beschlossenen Plandokumente archiviert und die Einschreiter zu allen Beschlüssen, die von den drei Magistratsabteilungen ausgearbeitet wurden, verständigt. Insgesamt wurde im Jahre 1997 eine Fläche von 2.654 ha in den 106 Anträgen behandelt. Davon wurden 1.195 ha von der Abteilung bearbeitet.

Die große Anzahl der Stellungnahmen, die umfangreichen Motivenberichte und die Verständigungen der Ein-

schreiter im Verfahren bei den Abänderungen und Neufestsetzungen zu den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen konnte mit den von der MA 14 in größerer Anzahl zur Verfügung gestellten Bildschirmarbeitsplätzen bewältigt werden.

Im Jahre 1997 wurden 26.568 Adreßänderungen bzw. Zuordnungsänderungen bei der Fortführung des RBW (Räumliches Bezugssystem Wien) durchgeführt und damit den Anforderungen des vergrößerten Anwenderbereiches Rechnung getragen. Die Schwerpunkte lagen dabei bei der Einarbeitung der Orientierungsnummernbescheide der MA 37, der Fortführung für die Wählerevidenz und den Änderungen zum IBS (Adreßprotokoll Profi) für die Gebührenvorschreibung, Verrechnung und Verwaltung.

Mit den dezentralen graphischen Arbeitsplätzen (mit Bildschirm, Digitalisierbrett und Kontrollplotter), die von einem mit dem Zentralrechner gekoppelten Kleinrechner gesteuert werden, wurde die Nachjustierung bzw. die Abstimmung des generalisierten Flächenwidmungsplanes auf die Blockstrukturen des RBW und die Nutzungseinheiten fortgesetzt und die neuen Beschlüsse eingearbeitet. Für die Maßnahmendatei der MA 28 (das Graphische Baustellenkoordinationssystem und das Straßeninformationssystem), deren Grundlage das RBW bildet, wurden alle in Planung und Bau befindlichen Verkehrsflächen von der Abteilung im RBW (Großanlage und GIS) aufgenommen.

Auf dem 1989 installierten Anschluß an das Bundesrechenzentrum wurden im abgelaufenen Jahr 46.561 Einzelabfragen von der Grundstücksdatenbank als Grundlagen für die Bebauungsplanbearbeitungen für ganz Wien von Mitarbeitern der Abteilung durchgeführt. Wegen der Vielzahl der Abfragen und der damit verbundenen Kosten an den Bund wurde die monatliche Abfragenanzahl seitens der Magistratsdirektion limitiert und Maßnahmen für die Einhaltung des Limits festgelegt.

Für die von der MA 7 im Wege des Gemeinderatsausschusses für Kultur verfügten Neubenennungen bzw. Umbenennungen von Verkehrsflächen, Parks und Wohnhausanlagen wurden 67 Ansuchen behandelt, von denen 59 einer amtlichen Benennung zugeführt werden konnten. Die graphischen Unterlagen für die Bekanntgabe im Amtsblatt der Stadt Wien wurden von der Abteilung angefertigt.

Die Baubehörde (MA 35, MA 37) hat der Abteilung 1.113 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen übermittelt. Weiters wurden 534 Ansuchen bzw. Anfragen von Privaten und von Dienststellen, den Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan betreffend, untersucht und behandelt. Die Vertreter der Abteilung nahmen an 378 Verhandlungen als Amtssachverständige teil.

Auf Grund des Wohnhaussanierungsgesetzes wurden 1.105 Ansuchen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungsplan und dem Bebauungsplan geprüft. 1.073 davon waren Anfragen des Amtes der Wiener Landesregierung hinsichtlich Wohnungsverbesserungen und 32 Anfragen wurden vom Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds bzw. von Privaten im Hinblick auf beabsichtigte Sanierungsmaßnahmen an Wohnhäusern bei der Abteilung eingebracht.

Im Dezernat Reprographie wurde von den Referaten Mikrofilm, Fotografie, Großflächen- und Farbkopie, Lichtpause und kartographischer Druck im Jahr 1997 verschiedenste Aufträge im Wert von insgesamt mehr als 8,5 Millionen Schilling vornehmlich für den hoheitlichen Bereich des Magistrates produziert.

Dazu zählen vor allem der Plandokumentendruck für die MA 21 A, B und C sowie die Aufträge der technischen Dienststellen im Bereich der Lichtpaus- und Großflächenkopierarbeiten und die Mikroverfilmung, die sich trotz des Siegeszuges der EDV im Verwaltungssektor als optimales Speicher- und Archivierungsmedium vor allem über längere Zeiträume hinweg bestätigt hat. So werden in diesem Bereich Akten der MA 62, 40 und nicht zuletzt der Buchhaltungsabteilungen der MA 6 sowie der Zeitschriftenrundlauf der technisch-wissenschaftlichen Bibliothek auf Mikrofilm gebannt. Die Kopierstelle für kleinformatige Kopieraufträge produzierte fast 6,5 Millionen Blatt A4-Kopien für die verschiedensten magistratsinternen Nutzer.

Auf Grund der stetig zunehmenden Nachfrage nach kleinformatigen Farbkopien, der aber auf dem vorhandenen Großflächenfarbkopiergerät aus wirtschaftlichen und produktionstechnischen Erwägungen nicht nachgekommen werden konnte, wurde 1997 die Anschaffung eines kleinformatigen Hochleistungsfarbkopierers über eine Teststellung für ein solches Gerät erreicht und der Vertrag im Laufe des Jahres in eine Mietvariante umgewandelt. Damit kann auch ein Großteil dieser Farbkopien hausintern erledigt werden und dabei an den für die Stadt Wien vergleichsweise teuren Vergaben an das Gewerbe gespart werden.

Im Berichtszeitraum konnte weiterhin eine starke Inanspruchnahme der Kartenverkaufsstelle verzeichnet werden. So wurden insgesamt fast 2.000 Pläne und 8.185 Plandokumente an Parteien verkauft. Der Erlös dieser Verkäufe betrug rund 750.000 Millionen Schilling.

Im Bereich der Verkäufe der Mehrzweckstadtkarte konnten mit knapp 850 Geschäftsfällen verrechnete Einnahmen von 34,46 Millionen Schilling erzielt werden, dem stehen zusätzlich noch unverrechnete Nutzungen im Gesamtausmaß von rund 120 Millionen Schilling gegenüber.

Insgesamt verwaltete das Dezernat Reprographie ein Budget von knapp 6 Millionen Schilling für den grafischen Betrieb.

Die Einnahmen waren für 1997 mit 52,9 Millionen Schilling budgetiert und konnten mit 51,5 Millionen Schilling nahezu erreicht werden.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Nordost

Bezirksübergreifende Arbeiten

Basierend auf dem vom Arbeitskreis „GIS (Geographisches Informationssystem)- gestützte Flächenwidmung“ unter inhaltlicher Federführung der Abteilung erarbeiteten Konzept für die Erfassung, der Speicherung und des Austausches von planerischen Grundlagendaten auf digitaler Basis, wurde nach Definition der notwendigen Standards und Regelungen mit der EDV-technischen Umsetzung begonnen. Die Daten derart erstellter Bestandsaufnahmen stehen für die Einbindung in eine im Aufbau begriffene zentrale Datenbank bereits zur Verfügung.

Im Rahmen der Installierung eines Betriebsflächenmanagements in der Stadt Wien war die Abteilung intensiv in den Aufbau eines Betriebsflächenkatasters eingebunden. Zum einen wurde an der Erstellung eines Kataloges für die systematische Erfassung von Betriebsflächenpotentialen mitgearbeitet, der die Grundlage für die Perlustrierung des gesamten Stadtgebietes darstellte. Darauf basierend wurden alle in Frage kommenden Flächen - alleine im Nordosten Wiens rund 150 - digital erfaßt und die zugehörigen planungsrelevanten Informationen erhoben. Zum anderen wurde eine zentrale Datenbank angelegt, die eine dezentrale Erfassung und Verwaltung der betriebsflächenbezogenen Informationen durch die jeweils zuständigen Dienststellen des Magistrats ermöglicht.

Damit wurde einerseits ein aktueller Überblick über alle Betriebsflächenpotentiale Wiens gegeben und andererseits durch die Erfassung und Präzisierung der Rahmenbedingungen für eine künftige betriebliche Nutzung die Grundlage geschaffen, ein aktives Betriebsflächenmanagement nachhaltig zu betreiben.

Im Rahmen der Novellierung des Wiener Kleingartengesetzes wurden im Nordosten insgesamt etwa 100 Siedlungen (rund 3.000 Lose) mit kleingartenähnlichen Nutzungen ohne bewilligten Baubestand perlustriert, die für eine Verordnung bzw. Widmungsüberprüfung gemäß § 23 (7) Wiener Kleingartengesetz in Frage kommen. Damit war neben der eigentlichen Untersuchung vor allem die formale Abstimmung mit den Magistratsabteilungen 21 A und 21 B sowie eine inhaltliche Abstimmung in erster Linie mit den Magistratsabteilungen 37 und 64 verbunden. Nach einer Feinabstimmung und Endredaktion konnte im Berichtsjahr die Verordnung erfolgen.

Aufbauend auf die genannte Verordnung waren die entsprechenden Flächen gemäß § 23 (8) Wiener Kleingartengesetz dahingehend zu untersuchen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine widmungsmäßige Berücksichtigung des vorhandenen Baubestandes möglich ist bzw. erfolgen soll. Dabei wurden vor allem auf Betreiben der Abteilung im Vorfeld der Überprüfungen in Abstimmungsgesprächen die formalen und inhaltlichen Rahmenbedingungen abgesteckt und Vorlagen für die Bearbeitung durch andere Dienststellen entwickelt. Diese wilden Siedlungen wurden einer Bestandserhebung unterzogen und daran anschließend im Bedarfsfall ein Bericht über die weitere Vorgangsweise abgefaßt bzw. ein entsprechendes Widmungsverfahren eingeleitet.

Auf Wunsch des zuständigen Stadtrates erging an die Magistratsabteilungen 21 A, B und C der Auftrag zur Erstellung eines Kriterienkataloges für die künftige Festsetzung von Erholungsgebiet/Kleingartengebiet für ganzjähriges Wohnen. Diese noch im Berichtsjahr begonnenen Bearbeitungen wurden Anfang 1998 in Form eines gemeinsamen Berichtes abgeschlossen.

Die Abteilung wurde im Rahmen des Klimaschutzprogrammes der Stadt Wien eingeladen, am Arbeitskreis „Langfristige Strukturen“ im Team „Mobilität“ mitzuwirken. Dabei wurden Vorschläge und Impulsreferate zu den die Mobilität beeinflussenden Faktoren unter dem Aspekt einer besseren Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte eingebracht.

Für den gesamten Donauraum wurde in einem Arbeitskreis, bestehend aus den Magistratsabteilungen 18, 19, 21 C und 45 und mit externer Unterstützung, ein Leitbild für die Nutzung entwickelt, das die Grundlage für weitere vertiefende Studien bilden soll. Diese Studie Donauraum gliedert sich in eine Situations- und Problemanalyse sowie dem Leitbild für die gesamten Uferbereiche der Neuen Donau und der Donau.

21. Bezirk

Die Haupttätigkeit entfiel auf die zentralen Bereiche von Floridsdorf bzw. auf die dicht bebauten Gebiete im Bezirk. So wurden Entwürfe des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Zentrum Floridsdorf und die Bereiche Schlingermarkt und Peitlgasse ausgearbeitet sowie Flächen an der Leopoldauer Straße (Steinheilgasse, Edelsteinviertel, Gebiete beidseits der projektierten B3), der Jedleseer Straße (Ohmgasse), der Brünner Straße (Ocwirkgasse) und an der Prager Straße (Stowassergasse, Johann-Knoll-Gasse) bearbeitet. Weitere Siedlungsbereiche wie die Nordrandsiedlung, beidseits der Ödenburger Straße und Flächen an der Arbeiterstrandbadstraße wurden ebenfalls widmungsmäßig behandelt.

Ein besonderes Augenmerk gilt, nach der Schaffung von neuem Wohnraum der letzten Jahre („Stadterweiterung“), vor allem der Sicherung von Flächen für Betriebsstandorte, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohnbevölkerung und Arbeitsplätzen im Bezirk zu erreichen. In diesem Zusammenhang wurden die Bereiche beidseits der Richard-Neutra-Gasse und der ÖBB-Hauptwerkstätte Floridsdorf neu gewidmet. Im speziellen sind für brachliegende bzw. untergenutzte Betriebsstandorte wie für den Frachtenbahnhof Floridsdorf an der Angerer Straße und das ehemalige ELIN-Gelände an der Brünner Straße städtebauliche Studien durchgeführt worden, um die zukünftige Widmung den geänderten Erfordernissen der Wirtschaft und der Stadtstruktur anzupassen.

Zur Grundlagenbeschaffung für die ab 1998 beabsichtigten Widmungsverfahren wurde eine Reihe von Bestandsaufnahmen an externe Planungsbüros vergeben. So wurden Erhebungen für die alten Ortskerne von Strebersdorf und Stammersdorf, für das Mühlschüttel und Flächen im Bereich der Carabelligasse, der Steinheilgasse, der Michtnergasse und östlich von Stammersdorf in Auftrag gegeben.

Zwei vorbereitete Bausperrgebiete (Schererstraße und Aderklaaer Straße) sollen Bereiche, die für die geplante U1-Nord Verlängerung in die Großfeldsiedlung in Anspruch genommen werden, entsprechend absichern.

Als Schwerpunkt im Bereich der Grünflächenplanung ist die Bearbeitung der Donauinsel und der linksufrigen Dammbereiche im 21. Bezirk zu erwähnen. Aufbauend auf das nunmehr vorliegende Nutzungskonzept für den gesamten Donauraum erfolgte die Beauftragung eines externen Grünplaners mit der Erstellung einer Nutzungsstudie für den im 21. Bezirk befindlichen Anteil an diesem regional bedeutsamen Grünraum.

22. Bezirk West

Mit dem Entwurf des Leitprogrammes für Donaustadt West wurde die Bezirksentwicklungskommission befaßt und deren Stellungnahme eingearbeitet. Außerdem wurde eine Digitalisierung vorgenommen und die Projektdokumentation aktualisiert.

Um die städtebauliche Entwicklung entlang der Wagramer Straße im Bereich Franz-Josefs-Land widmungsmäßig festzulegen, wurde ein Workshop mit 14 eingeladenen Experten abgehalten, die eine mehrheitlich formulierte Empfehlung sowohl über die Hochhausprojekte entlang der Wagramer Straße als auch über das Hinterland abgaben. Eine Bebauungsstudie für das Franz-Josefs-Land wurde fertiggestellt. Für die nördliche Teilfläche von Kagran Nord wurde das Leitprojekt einer Überbauung der Straßenumkehrschleife Wagramer Straße/Eipeldauer Straße in Abstimmung mit den Wiener Linien fertiggestellt und magistratsintern präsentiert. Die Untersuchung von Standortvorschlägen für ein Umspannwerk in Kagran West wurde in enger Zusammenarbeit mit Wien Strom durch die Festlegung geeigneter Standorte abgeschlossen. Für ein Hindu-Zentrum wurden Standortalternativen aufgezeigt.

In von Verkehrsproblemen besonders betroffenen Gebieten wurden Verkehrsuntersuchungen durchgeführt, die die Gebiete An der oberen Alten Donau, Kagran Nord und Breitenleer Straße/Ostbahn betrafen.

Für die koordinierte Weiterbearbeitung des wichtigen Stadtentwicklungsgebietes Donau City wurde ein Projektteam, bestehend aus MA 19, 21 C, 46 und der Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donauraum WED gebildet, das die Weiterentwicklung des Rahmenplanes, die Beurteilung und Begleitung wichtiger Projekte, die digitale Datenaufbereitung und Visualisierung (Erstellung eines dreidimensionalen Modells) von Projekten und des Rahmenplanes, die Erstellung von Berichten für die übergeordneten Stellen sowie die Betreuung des Umfeldes der Donau City zur Aufgabe hat.

Im Rahmen der Mitarbeit im Projektteam Kagran West wurden Beiträge zum Projekthandbuch erstellt und an der Beantwortung von den das Projektgebiet betreffenden Fragen mitgewirkt.

Für die Leitprojekte „Internationales Wohnbauexperiment Kagran Nord“ und „Überbauung Straßenumkehrschleife Wagramer Straße/Eipeldauer Straße“ wurden Modelle fertiggestellt, um eine Vorstellung der Projekte in politischen Gremien sowie für die Bezirksbevölkerung und die Fachöffentlichkeit zu ermöglichen. Das städtebauliche Modell für das Gebiet zwischen Alter und Neuer Donau wurde im Rahmen des Tages der offenen Tür in der UNO-City präsentiert.

Im Hinblick auf die eingeleitete generelle Projektierung der Verlängerung der U1-Nord wurde die Verhängung einer Bausperre vorbereitet.

Mehrere städtebauliche Bestandsaufnahmen mit Problemanalysen für Gebietsüberarbeitungen wurden beauftragt und betrafen die Gebiete Thonetgasse, Pogrelzstraße, Magdeburgstraße, Oberes Mühlwasser, Lieblgasse und Berthavon-Suttner-Gasse. Dabei wurden im Sinne der geforderten Tauglichkeit nach dem Geographischen Informationssystem GIS und der elektronischen Speicherung zusätzliche Aufwendungen getätigt.

Die vom Gemeinderat beschlossenen Planentwürfe im Gebiet Donaustadt West umfaßten die Bereiche Gänsehäufel, Arbeiterstrandbadstraße, An der oberen Alten Donau, Dampfschiffhafen, Feuerwache und Rettungsstation westlich Donau City, Straße der Menschenrechte bzw. Dr.-Adolf-Schärf-Platz, Siebeckstraße, An der unteren Alten Donau, Stadlau West und Süßenbrunn im Bereich Golfplatz und zugehöriger Wohnanlage.

In Vorbereitung für angestrebte Widmungsverfahren befanden sich unter anderem Gebietsbearbeitungen für die Bereiche Rehlacke, Polgarstraße, Kleehäufel, Doningasse, Kagran Ost, Freihofsiedlung, Ortskern Süßenbrunn und Elfingerweg. In einigen Fällen konnte das Planentwurfsverfahren bereits eingeleitet werden.

22. Bezirk Ost

Im Zusammenhang mit den Planungen für ein dezentrales System von Einrichtungen für den Nationalpark Donau-Auen wurde für den Bereich Steinspornweg die Erarbeitung eines Landschaftsplanes beauftragt, im Rahmen dessen vor allem Möglichkeiten für eine attraktive Rad- und Fußwegeverbindung von der S80 zur Lobau untersucht und Lösungen erarbeitet wurden. Diese Arbeiten sollen künftig dem Nationalpark-Koordinator als Grundlage für allfällige Umsetzungen dienen.



Austauschstuden­ten der American High School folgen einer Einladung von Vizebürgermeister und Planungsstadtrat DDr. Bernhard Görg ins Rathaus.

Foto: Votava / PID

Der Vizebürgermeister und Amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft DDr. Bernhard Görg eröffnet die Ausstellung zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan eines Gebiets zwischen Favoritenstraße, Laaerberg Straße und Altes Landgut im 10. Bezirk.

Foto: Votava / PID





Oliver El Sayed, der Wiener "Wettkönig" aus der Fernsehsendung "Wetten, daß..." wurde von Vizebürgermeister DDr. Görg ins Rathaus eingeladen.

Foto: Votava / PID

Weitere Auftragsvergaben betrafen die Digitalisierung des Leitprogrammes Stadlau/Aspern/Eßling - Hirschstetten/Hausfeld/Altes Flugfeld, einen Grünentwicklungsplan für Hirschstetten und eine Verkehrsuntersuchung für den Raum Breitenleer Straße/Ostbahn.

Dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt wurden Planentwürfe, die die Gebiete südlich Rautenweg, Ortskern Breitenlee, Quadenstraße und Dumreichergasse zum Gegenstand hatten.

Für ein der Ostbahn benachbartes Teilgebiet des Stadlauer Ortsgebietes sowie für ein Gebiet beidseits des Contiweges westlich des ehemaligen Zentrallagers Konsum wurden zeitlich begrenzte Bausperren verhängt.

Plan(vor)entwürfe im Lauf bzw. in Bearbeitung betrafen unter anderem die Bereiche Schanze 28, Siedlung Straßacker, Siedlung Himmelteich, Pilotengasse, südlich Aspern, nördlich Dragonerweg, Schippanisiedlung, südlich Hausgrundweg, Siedlung Am Mühlgrundweg und die Kleingartenanlage Am Ries. Bestandsaufnahmen für die Gebiete Mühlgrund, Industriezone Stadlau, Zentrallager Konsum, Aspern, nördlich Pilotenweg, Stadtrandsiedlung Aspern, Spargelfeldgasse, Hermann-Gebauer-Straße und Neueßling wurden als Aufträge vergeben und betreut.

Statistischer Jahresüberblick

Vom Wiener Gemeinderat wurden im Berichtsjahr für das nordöstliche Stadtgebiet 23 Plandokumente beschlossen. Zusätzlich wurden zwei zeitlich begrenzte Bausperren gemäß § 8 Abs. 2 der Bauordnung für Wien verhängt. Bei den erstgenannten Planentwürfen handelte es sich um Aufhebungen und Neufestsetzungen, die in der Regel umfangreicher Vorarbeiten (Grundlagenschaffung, Bestandsaufnahmen, städtebauliche Analysen, Zielermittlungen und dgl.) bedurften. Die damit abgedeckte Gebietsfläche umfaßt 668 Hektar, somit 4,55 Prozent der Fläche beider nordöstlicher Wiener Gemeindebezirke. 5 Vorentwürfe mußten aus verschiedenen Gründen eingestellt werden. Mit Ausrichtung auf das „Zehnjahresprogramm“, der Frist für die Überarbeitung der übergeleiteten Plandokumente, befanden sich weitere 30 Vorentwürfe in Bearbeitung (Planverfahren eingeleitet bzw. im Lauf) und 42 Gebiete in Vorbereitung. Für 12 vorwiegend unbebaute und begrünte periphere Gebiete lief die auf Grundlage des § 8 Abs. 1 der Bauordnung bestehende Bausperre weiter.

Der Abteilung wurden 1.054 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen von der Baubehörde zur Behandlung übermittelt. Auf Grundlage des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes wurden 18 Anfragen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan geprüft. 27 Widmungsansuchen wurden in den Widmungsgesprächen behandelt.

Insgesamt betrug die gerundete Gesamtsumme der finanziellen Aufwendungen für alle Planungsaktivitäten 10,2 Millionen Schilling. Die Aufgliederung nach räumlichen Teilgebieten ergab - abgesehen von bezirksübergreifenden Untersuchungen für Kleingärten und wilde Siedlungen bzw. Kopierkosten - für den 21. Bezirk 3,5 Millionen Schilling, für das Gebiet 22. Bezirk West 3,6 Millionen Schilling und für den Raum 22. Bezirk Ost 2,8 Millionen Schilling.

Differenziert nach Verwendungsbereichen ergaben sich für Leitprogramme 0,5 Millionen Schilling, für Sachkonzepte wie etwa Donaubereich, Grünraum und Verkehr 2,4 Millionen Schilling, für ein Gutachterverfahren 0,4 Millionen Schilling und für Bestandsaufnahmen bzw. Bestandsanalysen für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 6,2 Millionen Schilling. Für Bebauungsstudien wurden rund 580.000 Schilling und für Nebenkosten (Kopien, Modellergänzungen) über 160.000 Schilling verwendet.

Straßenverwaltung und Straßenbau

Die Abteilung verwaltete und erhielt im Jahre 1997 2.791 km öffentliche Straßen, von denen 214 km Bundesstraßen B, 42 km Autobahnen und 2.535 km Gemeindestraßen waren.

Für die Erhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen sowie für den Ausbau von Siedlungsstraßen wurden gemeindeeigene Geräte eingesetzt, und zwar 4 große Straßenwalzen, 12 Gehwegwalzen, 12 Vibrationswalzen, 2 Motorgrader, 9 Straßenreparaturzüge, 2 Asphaltcontainerwagen, 1 Lastkraftwagen (Wasserwagen bzw. Tiefladertransporter), 1 Straßenfräse sowie 1 Minibagger und 11 fahrbare Leichtkompressoren einschließlich 1 Radlader. Die eingesetzten Straßenreparaturfahrzeuge ermöglichten eine rasche Behebung von Schäden an Straßendecken.

Für die Neuherstellung bzw. Instandsetzung von Versorgungs- und Entsorgungsleitungen wurden von der Abteilung an öffentliche Einbautendienststellen und an private Bauwerber zusammen 11.857 Aufgrabungsbewilligungen (davon 3.972 Gebrechens- und Störungsbehebungen) erteilt. In 161 Fällen wurden in verkehrssicheren Straßen statt Aufgrabungen Bohrungen (138) bzw. Minierungen (23) durchgeführt.

Für die Überprüfung von Aufgrabungen, Baustellenabsicherungen und Lagerungen auf öffentlichen Verkehrsflächen wurden 1997 fünf PKW, darunter vier mit Funkausstattung, eingesetzt. Für diese Inspektionen wurden rund 47.300 km zurückgelegt. Sobald Mängel gefunden wurden, ist deren unverzügliche Behebung veranlaßt worden. Die Beanstandungen führten in fast allen Fällen zum Erfolg. Es werden auch in Zukunft diese Kontrollfahrten fortgesetzt, um eine klaglose Abwicklung der Aufgrabungen im Interesse der Öffentlichkeit zu erreichen.

In Zusammenarbeit mit der MA 39 und privaten Prüfanstalten (Firma Mapag, Firma Nievelt, Firma Swietelsky u.a.) wurden von den diversen Einbautendienststellen auf Grund der Wiederinstandsetzungsvorschrift der Abteilung im Jahr 1997 laufend Druckversuche mit Lastplatten an den zugeschütteten Künetten ausgeführt.

Von den insgesamt 1.549 Lastplattenversuchen wurden an 1.482 Stellen positive Ergebnisse (96 %) erzielt, d.h. die Zuschüttung und Verdichtung der Künetten wurde zu 4 Prozent nicht ordnungsgemäß durchgeführt. In diesen 67 Fällen wurde die bauausführende Firma beauftragt, die Mängel durch Nachverdichtungen bzw. durch einen Materialaustausch zu beheben.

Um im Bereich des Aufgrabungsbewilligungsverfahrens laut Kundmachung des Wiener Magistrates und der Koordinierung von Maßnahmen im Straßenbereich erhöhte Transparenz sowie Erleichterung der Kommunikation zwischen Bürger, Einbautendienststellen und der Verwaltung (MA 28) und Optimierung des Ablaufprozesses zu erreichen, wurde die EDV als neue Kommunikationstechnik mit innovativen Technologien eingesetzt, und zwar im „A B V“- (EDV-unterstütztes Aufgrabungsbewilligungsverfahren) und im „GRABIS“ (Graphisches Baustelleninformationssystem).

Hinsichtlich der Optimierung und einer qualitativen Verbesserung verschiedenster Vorschriften und Normen erfolgt die Mitwirkung einiger Mitarbeiter an diversen Gremien.

A. Gemeindestraßen:

In den Hauptstraßen der Gemeinde Wien wurden verschiedene größere Einzelvorhaben von Straßenbauten durchgeführt, und zwar Fortsetzungsarbeiten und neue Baumaßnahmen. Folgende neue Baumaßnahmen wurden unter anderem durchgeführt: In der Troststraße (10. Bezirk) von der Neilreichgasse bis zur Triester Straße wurde ein kompletter Straßenumbau (Fahrbahnerneuerung, Abstellflächen- und Gehsteigumbauten, Parkspurerrichtungen und Baumscheibenherstellungen u.a.) während der Sommermonate 1997 ausgeführt. Im 11. Bezirk in der Wildpretstraße bei der Bleibtreustraße wurden auf rund 600 m Länge großangelegte Fahrbahnumbauten (Verbreiterung, Neuherstellung bzw. Verstärkung der bituminösen Konstruktion usw.) durchgeführt.

Auch in der Hietzinger Hauptstraße (v. ONr. 10 - 20 u.ggü.) und Am Platz (1 - 3) im 13. Bezirk kam im Sommer bzw. Herbst 1997 im Zusammenhang mit Einbauten- und Gleislegungen ein kompletter Straßenumbau zustande (Fahrbahn-, Gehsteig-, Abstellflächen, Bus- sowie Straßenbahnhaltstellenerneuerung, Fahrbahnaufdoppelungen bzw. Gehsteigvorziehungen bzw. Haltestellenkaps sowie Pflasterungen im Platzbereich vor der Kirche u.a.m.). Im 14. Bezirk in der Mauerbachstraße zwischen Parkgasse (bei Brücke über den Mauerbach) und der Sofienalpenstraße (bei Brücke über den Hainbach/Stadt- bzw. Landesgrenze) wurde eine durchgehende, bituminöse Tragdeckschicht aufgebracht (Aufbringung eines Asphaltbetonbelages auf gesamte Fahrbahnbreite zur Behebung bzw. Sanierung von Zeitschäden). In der Leopoldauer Straße (21. Bezirk) zwischen Töllergasse und Eipeldauer Straße wurde nach Abfräsen der bestehenden Fahrbahn eine hochstandfeste Tragschicht (mit einem Asphaltbetonbelag) eingebaut.

Außer den Neu- und Umbauarbeiten der Einzelvorhaben auf Hauptstraßen sind nur noch einige (lediglich nach dem Grad der Wichtigkeit auszugsweise angeführte) Herstellungsarbeiten an Hauptstraßen von größerer Bedeutung und erwähnenswert. Dabei gelangten vor allem örtliche Belagsarbeiten, Errichtungen von Verkehrsinseln, Fahrbahn- und Gehsteigregenerierungen sowie diverse Umbauten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Komforterrhöhung für Bereiche öffentlicher Verkehrsmittel (hauptsächlich Haltestellenkaps) zur Ausführung. Dies betraf u.a. folgende Straßenteilabschnitte:

1, Kärntner Straße/Opernring, 2, Taborstraße/Marinelligasse, 3, Marxergasse (2), 4, Schönbrunner Straße (von Kettenbrückengasse bis Heumühlgasse), 6, Gumpendorfer Straße (140), 7, Burggasse (81 - 109, 90 - 120), 8, Skodagasse (1 - 5), 9, Nadlergasse (1, 2), 10, Herndl-gasse (16 - 20, 15 - 19), 11, Kaiserebersdorfer Straße (271), 12, Ruckergasse (Ratschkygasse - Koppreitergasse), 14, Linzer Straße (ggü. 336 - 340), 15, Mariahilfer Straße (204 - 208), 16, Maroltingergasse (Zwintzstraße - Hasnerstraße), 17, Hernalser Hauptstraße (136 - 138), 18, Hasenauerstraße (Littrowgasse - Gregor-Mendel-Straße), 19, (B 221) Döblinger Gürtel (21 - 23), 20, Klosterneuburger Straße (Gerhardusgasse - Pappenheimgasse), 21, Leopoldauer Straße (39 - 41), Ruthnergasse (Shuttleworthstraße - Siemensstraße), 22, Aspernstraße (Plankenmaisstraße - Gotthelfgasse), 23, Speisinger Straße (197 - 203), Breitenfurter Straße (358) und Maurer Hauptplatz (2 - 12, 3 - 11).

Im Rahmen der Erstellung von „Nebenstraßen“ wurden in Teilabschnitten nachstehend, auszugsweise angeführte Straßen Neu- und Umbauten bzw. diverse Belagsarbeiten (Instandsetzungen, Regenerierungen auf Grund von Zeitschäden sowie zu erwartende Frostschäden u.a.) oder auch sonstige verschiedene Straßenumbauarbeiten wie z.B. Fahrbahnverbreiterungen bzw. Gehsteigverschmälerungen oder Parkstreifenherstellungen usw. durchgeführt, und zwar in 1, Schottengasse (9 - 11), Rotenturmstraße (6 - 8, 13 - 15), Herrengasse (Michaelerplatz-Strauchgasse), Augustingerstraße (1 - 3, 10 - 12), Josefsplatz (5 und 6), Heldenplatz/Burgring und Judenplatz (1 - 11; Denkmalprojekt), 2, Hauptallee (Rustenschacherallee-Stadionallee), 4, Mittersteig (Große Neugasse - Kleine Neugasse), 5, Margaretenstraße (88 - 90) und Grohgasse (Margaretenstraße - Bräuhausegasse), 7, Andreasgasse (7 - 9, 8 - 10) und Hermannsgasse (1 - 11, 2 - 10), 9, Spittelauer Lände (ggü. 1 - 13), 10, Quellenstraße (Kempelengasse - Absberggasse), 11, Dreherstraße (2 - 10), 12, Hoffingergasse (Oswaldgasse - Stegmayergasse), 13, Wolkersbergenstraße (Biraghigasse - Versorgungsheimplatz), 14, Baumgartenstraße (44 - 60 und ggü.), 15, Hütteldorfer Straße (2 - 8, 19 - 35), 16,

Hasnerstraße (Hyrtlasse - Panikengasse), 17, Czartoryskigasse (62 - Schöberweg), 18, Cottagegasse (16 - 24, 19), 19, Krottenbachstraße (Agnesgasse, Döblinger Gürtel (12 - 28) und Nußdorfer Lände (ggü. 23 - 37), 21, „Schwarzlackenau“ (diverse Straßenteilabschnitte), 22, Lange Allee (Donaustadtstraße - Smolagasse) Telephonweg (7) und Raffineriestraße (Biberhaufenweg - Finsterbuschstraße) und 23, Haymogasse (57 - 63 und ggü.).

Im Zuge der Herstellung von Siedlungsstraßen wurden Ausbau- bzw. Umbauarbeiten sowie Instandsetzungen mit gemeindeeigenen Gradern und Baumaschinen auf bisher zum Teil unbefestigten Fahrbahnen nach erfolgter Aufgrabung sowie Bodenverbesserungen mittels Einbau einer Frostschutz- und mechanisch stabilisierten Tragschicht als auch durch Verstärkung mit Hilfe der Aufbringung einer Bitumenkiestragschicht samt erforderlichen Pflasterungs- und Baumeisterarbeiten durchgeführt, unter anderem in Teilabschnitten im 14. Bezirk, und zwar in in der Siedlung „Kordon“ (2. Bauteil), Ulmenstraße u.a., in der Siedlung „Flötzersteig“, Ludwig-Eckart-Gasse u.a., ferner im 16. Bezirk in der „Starchantsiedlung“, Theodor-Storm-Weg u.a., sowie im 21. Bezirk in der „Nordrandsiedlung“, Thaya-gasse u.a., im 22. Bezirk in der „Stadtrandsiedlung“, Begonienweg, Brunnellengasse, Kamelienweg u.a.

Die Neuherstellung von Radwegen bzw. die Ausgestaltung von vorhandenen Straßenflächen zu Radfahrmöglichkeiten (Umbauarbeiten an Gehsteigen und Abstellflächen mit erforderlichen Randsteinabsenkungen und Randsteinneulegungen, Errichtung von Pollern zur Radwegsicherung, Um- bzw. Neubau von Straßenentwässerungsanlagen u.a.) wurde auch im Jahre 1997 in folgenden Straßen fortgeführt, und zwar in 2, Praterstern, 3, Arsenalstraße und Landstraßer Gürtel, 4, Favoritenstraße, 6, Mollardgasse, 9, Währinger Gürtel, 11, Brehmstraße, 12, Untermeidlinger Straße, 13, Elisabethallee, 14, Schloßallee, 15, Mariahilfer Straße, 18, Währinger Gürtel, 21, Arbeiterstrandbadstraße, Jedlersdorfer Straße und Brünner Straße, 22, Donaucitystraße und in 23, Karl-Heinz-Straße.

Auch Bauvorhaben zur Herstellung von Fußgeherzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen wurden im Jahre 1997 fortgesetzt bzw. begonnen, so u.a. in Teilbereichen folgender Straßenzüge bzw. Plätze, und zwar in 4, Kleine Neugasse (Mittersteig - Rienöhlasse), Große Neugasse (Rubensgasse - Schäffergasse), 6, Fritz-Grünbaum-Platz, 13, Am Platz (1 - 3) und in 23, Maurer Hauptplatz (2 - 12, 3 - 11).

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an Unfallschwerpunkten wurden auszugsweise in nachstehend aufgezählten Straßenteilabschnitten entsprechende straßenbauliche Maßnahmen (Umbauarbeiten) an Gehsteigen und Fahrbahnen gesetzt, wie z.B. die Herstellung von Verkehrsinseln und Fahrbahnteilern, Kreuzungsaufdoppelungen sowie Fahrbahnaufpflasterungen, Gehsteigvor- und bzw. -durchziehungen, Polleraufstellungen sowie Parkspurabdeckungen und andere Umbauten besonderer Art usw., so u.a. in kleineren Teilabschnitten in 2, Taborstraße, Vorgartenstraße, 3, Landstraßer Hauptstraße, 4, Wiedner Gürtel, Rechte Wienzeile, 5, Grüngasse, Margaretenstraße, 6, Linke Wienzeile, Wallgasse, Mariahilfer Gürtel, in 8, Lange Gasse, 9, Liechtensteinstraße, Spittelauer Lände, 10, Fontanastraße, 11, Simmeringer Hauptstraße, 12, Eckartsaugasse, 13, Auhofstraße, Hietzinger Hauptstraße, in 14, Waidhausenstraße, 15, Sechshauser Straße, Hütteldorfer Straße, Mariahilfer Straße/Schloßallee, in 16, Thaliastraße, Koppstraße, 17, Elterleinplatz, Alszeile, 18, Pötzleinsdorfer Straße, 19, Krottenbachstraße, Sieveringer Straße, Döblinger Hauptstraße, 20, Jägerstraße, 21, Brünner Straße, 22, Kagraner Platz, Arbeiterstrandbadstraße, Eßlinger Hauptstraße und in 23, Speisinger Straße.

Die Arbeiten im Zuge des Behindertenprogrammes wurden, wie bisher in den vergangenen 17 Jahren, beginnend im Jahre 1981, auch im Jahre 1997 für den gesamten Wiener Raum fortgesetzt. So wurden in erster Linie „behindertengerechte“ Gehsteigabsenkungen bei verkehrsreichen, stark von Fußgehern frequentierten Kreuzungsbereichen, bzw. im Anschluß an Fußgeherübergängen in Teilen folgender, nachstehend auszugsweise angeführter Straßen eingebaut, um u.a. das Befahren mit Rollstühlen, Kinderwagen u.a. zu erleichtern in 1, Dr.-Karl-Lueger-Ring, Löwelstraße, Reichsratstraße, 2, Schüttelstraße, Handelskai, 6, Linke Wienzeile, Mariahilfer Gürtel, 7, Neubaugürtel, 8, Lange Gasse, 13, Elisabethallee, 17, Clemens-Hofbauer-Platz, Kainzgasse, Veronikagasse, 18, Bastiengasse, Salierigasse, 19, Billrothstraße, 21, Am Spitz, 22, Kagraner Platz und in 23, Endemanngasse, Rosenhügelstraße.

Im Bereich des Neubaues städtischer Wohnhausanlagen wurden auch im Jahre 1997 Straßenbauarbeiten ausgeführt, und zwar in 13, Fred-Liewehr-Gasse und 21, Regnerweg.

Im Bereich des Neubaues privater Wohnhausanlagen und sonstiger hochbaulicher Anlagen sind in folgenden, nur auszugsweise angeführten Straßenteilabschnitten diverse Bauarbeiten von größerer Bedeutung ausgeführt worden, und zwar in 3, Maiselgasse/Baumgasse, 8, Laudongasse (32 - 34), 10, Fontanastraße/Segnerstraße, 11, Lautenschlägergasse/Kölgengasse, Klebindergasse (4), Kaiserebersdorfer Straße (29 und 110 - 110A), 14, Hackinger Straße (Guldengasse - 14), 16, Wichtelgasse (37A - 39B und 42 - 52), 19, Muthgasse/Holzgasse/Nußdorfer Lände (Amtshaus), 20, Wehlstraße/Friedrich-Engels-Platz, Traisengasse (Wehlstraße - 22), Helgolandgasse und in 23, Auer-Welsbach-Straße/Jettmargasse/Kirchfeldgasse.

Der U-Bahn-Bau löste wieder eine Reihe von straßenbaulichen Maßnahmen aus. Vorwiegend war dies in den Bezirken 7, 11, 14, 16 und 20 sowie 21 der Fall, da rechtzeitig vor Baubeginn der eigentlichen U-Bahnbau-Arbeiten (Aufgrabungen wegen Einbautenverlegungen sowie Absperrungen) leistungsfähige Umleitungsstrecken für den Individualverkehr, weiters bauliche Vorarbeiten für den eigentlichen U-Bahn-Bau, errichtet werden mußten. Auch wurden bereits nach abgeschlossenen Arbeiten für die U-Bahn sowohl großflächige Wiederinstandsetzungs- bzw. Wiederherstellungsarbeiten eingeleitet als auch durchgeführt. Es geschah dies in Teilbereichen (Teilflächen) in 7, Lin-

dengasse, 11, Simmeringer Hauptstraße, Lorystraße, Kaiserebersdorfer Straße, 14, Breitenseer Straße, Kendlerstraße, Matzingerstraße, Spallartgasse, St.-Gotthard-Straße, 16, Hasnerstraße, Huttengasse, Ottakringer Straße, Paltaufgasse, Thaliastraße, 20, Leipziger Platz und in 21, Angerer Straße.

Im Zusammenhang mit der Aufschließung von Betriebsbaugebieten (BBG) sind Straßenbauten im Jahre 1997 im folgenden Industriebezirk errichtet worden:

Im „Industriepark Nord“ (22. Bezirk) wurde der Vollausbau der Niedermoser- und der Percostraße abgeschlossen sowie ein kompletter Neubau der Lichtblaustraße und der Niedermoserstraße ausgeführt.

Straßenmäßige Erschließung von Stadterweiterungsgebieten (Stadterweiterungsflächen) erfolgte zum Zweck der Errichtung von Wohnhausanlagen mittels Herstellung der Infrastruktur in Form der Neuanlage von Straßen bzw. des Vollausbau bislang unausgebauter Straßenzüge (Auswahl):

Im 11. Bezirk im Stadterweiterungsgebiet 11.01 „Leberberg“ erfolgten die straßenmäßige Erschließung des Leberweges, Neuanlage des Rosa-Jochmann-Ringes, der Svetelskystraße und der Paulasgasse sowie der Mühlangergasse einschließlich Etrichstraße (inkl. Umkehrplatz) u.a. Im 21. Bezirk waren es das Stadterweiterungsgebiet 21.05 „Westlich Josef-Baumann-Gasse/nördlich Satzingerweg/südlich Leopoldauer Straße“ bestehend aus Gersporgasse, Kefedergrundgasse, Satzingerweg und Viehtriftgasse sowie Zehdengasse und Flandorferweg u.a., im 22. Bezirk das Stadterweiterungsgebiet 22.01 „Genoch Süd“ bestehend aus restlichen Teilabschnitten der Gartenheimstraße und der Tartergasse, das Stadterweiterungsgebiet 22.02 „Europäer“, Colerusgasse, das Stadterweiterungsgebiet 22.03 „Ullreichgasse“/östlich Josef-Baumann-Gasse bestehend aus Budaugasse, Finsterergasse, Wiesnergasse u.a. sowie das Stadterweiterungsgebiet 22.06 „nördlich Langobardenstraße“ Eibengasse, Annie-Rosar-Weg und Oskar-Sima-Gasse.

Im Zuge der laufenden Instandhaltungsarbeiten wurden in beinahe allen Bezirken kleinere Straßenbauarbeiten, wie Umbauten und Erneuerungen von Gehsteigen und Fahrbahnen sowie Regenerierungen bzw. Ausbesserungsarbeiten kleineren, nicht zusammenhängenden Umfanges sowohl in Gemeindestraßen als auch auf Gehsteigen der Bundesstraßen „B“ ausgeführt.

Auch im Jahre 1997 kamen wieder Straßenbauten kleineren Umfanges für andere Dienststellen in einigen Bezirken zur Durchführung, und zwar vorwiegend für die Wiener Stadtwerke - Wiener Linien (Errichtung von sogenannten „Haltestellenkaps“) sowie Umbauten zum Zweck des „Beschleunigungsprogrammes“ (bzw. „Bevorzugungsprogramm“) für Straßenbahn und Bus (Errichtung von Busspuren bzw. Busbuchten, Gehsteigverbreiterungen u.a.); für die MA 49 waren auch Erhaltungsarbeiten am Straßen- und Wegenetz des Lainzer Tiergartens erforderlich.

B. Bundesstraßen:

Nach der Übersicht über das Baugeschehen auf Gemeindestraßen wird nun im folgenden eine kurze Beschreibung der Tätigkeit der „Bundesstraßenverwaltung“ durchgeführt, welche die Straßenbauarbeiten im Bereich der Autobahnen - Bundesstraßen A und der Bundesstraßen B beinhaltet.

Bundesstraßen A:

A 23 - 2, 22. Bezirk: Hebung und Verbreiterung Praterbrücke
(Objekt B 0214)

Von der Abteilung wurden im Knoten Kaisermühlen Richtungsfahrbahn Hirschstetten eine zusätzliche Abbiegespur von der A 23 zur A 22 sowie neue Lärmschutzwände im Bereich der Anschlußstelle Handelskai errichtet. Weiters wurde nach Abschluß der Brückenhebung (MA 29) der Rückbau der Umleitungsstrecke über die Donaustadtbrücke durchgeführt.

A 2 - 23. Bezirk: von Landesgrenze NÖ/Wien bis Inzersdorf

Der 4. Fahrstreifen auf der Richtungsfahrbahn Wien der A 2 - Südautobahn wurde hergestellt und der bestehende Fahrbahnbelag saniert. Die Arbeiten wurden gemeinsam mit der NÖ-Landesregierung durchgeführt.

A 4 - 3., 11. Bezirk: von Gaswerksteg bis Anschlußstelle Simmeringer Haide

Es erfolgten die Herstellung der definitiven Betondecke im genannten Bereich sowie die Belagssanierung im Bereich Knoten Prater.

A 23 - 10. Bezirk: Kleingartenanlage Heuberggärten

Im Abschnitt Fußgängerübergang Holeyplatz bis Per-Albin-Hansson-Straße wurde entlang der Richtungsfahrbahn Süd der A 23 eine Lärmschutzwand errichtet (Länge rund 480 m, mittlere Höhe 3 m).

A 23 - 10. Bezirk: von Neilreichgasse bis Ferdinand-Löwe-Straße

Bedingt durch Erhaltungszustand der Betondecke der A 23 im Abschnitt von Neilreichgasse bis Ferdinand-Löwe-Straße war die Sanierung von diversen Betonfeldern erforderlich.

Bundesstraßen B:

Im Bereich der Bundesstraßen B kamen sowohl größere Bauprojekte (Umbau, Vollausbau) als auch Erhaltungsarbeiten geringeren Umfanges zur Ausführung.

a) Größere Straßenbauarbeiten:

B 228 - 3. Bezirk: Erdbergstraße - Franzosengraben - Döblerhofstraße - Modecenterstraße - Guglgasse

Im Zuge der Verlängerung der U 3 nach Simmering wurde eine Verkehrssperre der Erdbergstraße zwischen Franzosengraben und Modecenterstraße erforderlich. Aus diesem Grund wurde 1997 die Guglgasse als Umleitungsstrecke umgebaut, nachdem im Jahre 1996 dies bereits für den Straßenzug Franzosengraben - Döblerhofstraße - Modecenterstraße durchgeführt wurde.

B 1 - 4. Bezirk: Rechte Wienzeile von Kettenbrückengasse bis Getreidemarkt

Wegen des schlechten Straßenzustandes wurde im genannten Bereich die alte Asphaltdecke abgefräst und eine neue Asphaltbetondeckschicht eingebaut.

B 3 - 21. Bezirk: Angerer Straße von Schleifgasse bis Pilzgasse

Wegen des schlechten Straßenzustandes wurde in diesem Bereich die alte Asphaltdecke abgefräst und eine neue Asphaltbetondeckschicht eingebaut, wobei in Teilbereichen die bituminöse Tragschicht erneuert bzw. verstärkt wurde.

B 221 - 6. Bezirk: Mariahilfer Gürtel von Mittelgasse bis Matrosengasse

Es erfolgte die Erneuerung der Betondecke auf der Fahrbahn.

B 223 - 16. Bezirk: Koppstraße von Lerchenfelder Gürtel bis Possingergasse

Wegen des schlechten Straßenzustandes wurden örtliche Fahrbahninstandsetzungen im Abschnitt der Koppstraße durchgeführt.

B 225 - 11. Bezirk: Simmeringer Hauptstraße in den Bereichen Thürlhofstraße, Pantucekgasse, Leberweg

Es wurden Haltestellen für Straßenbahn und Autobus in diesen Bereichen der Simmeringer Hauptstraße errichtet. Im Zuge dieser Baumaßnahmen wurde auch eine Anpassung der Fahrbahn der Simmeringer Hauptstraße vorgenommen.

B 226 - 20. Bezirk: Rampe Friedrich-Engels-Platz

Es wurde die Wehlstraße durch Umbau des Fahrbahnnteilers auf der Rampe B 224 - B 14 voll eingebunden und eine Abbiegespur durch Verbreiterung der Fahrbahn (Fahrtrichtung Handelskai) hergestellt. Gleichzeitig wurde eine neue Verkehrslichtsignalanlage errichtet und die öffentliche Beleuchtung umgebaut.

B 227 - 9. Bezirk: Spittelauer Lände von Auffahrt Nordbergbrücke bis Friedensbrücke

Wegen des schlechten Straßenzustandes wurde in diesem Bereich die alte Asphaltdecke abgefräst und eine neue Asphaltbetondecke eingebaut, wobei im wesentlichen auch die bituminöse Tragschicht erneuert bzw. verstärkt wurde.

B 227 - 20. Bezirk: Brigittenauer Lände von Gürtelbrücke bis Heiligenstädter Brücke

Wegen des Auftretens starker Spurrinnen auf der Betondecke der Fahrbahn der Brigittenauer Lände in diesem Bereich wurde diese nach Abfräsen der Unebenheiten mit einem neuen lärmindernden Asphaltbelag versehen.

B 230 - 10. Bezirk: Laxenburger Straße von Buchengasse bis Raxstraße

Wegen des schlechten Straßenzustandes wurden örtliche Fahrbahnbelagsinstandsetzungen in diesem Abschnitt der Laxenburger Straße durchgeführt.

b) Erhaltungsarbeiten:

Stauraumsanierungen erfolgten in Form von Konstruktionsverstärkungen insbesondere im Bereich der B 1 - 5, Rechte Wienzeile vor Pilgramgasse, 31 - 13, Hietzinger Kai/Dommayergasse, B 1 - 13, Schönbrunner Schlossstraße vor Haupteingang Schloß Schönbrunn, der B 3 - 21, Prager Straße/Rußbergstraße (Busbucht), B 3 - 22, Siegesplatz (Busbucht), der B 12 - 23, Breitenfurter Straße/Industriegasse, der B 16 - 10, Favoritenstraße, Höhe Libussagasse, der B 221 - 3, Landstraßer Hauptstraße/Viehmarktstraße, der B 223 - 16, Joachimsthalerplatz/Maroltingergasse, der B 224 - 12, Grünbergstraße/Weißenthurngasse, der B 227 - 2, Franzensbrückenstraße/Untere Donaustraße, der B 229 - 21, Julius-Ficker-Straße von Siemensstraße bis Egon-Friedell-Gasse sowie der B 230 - 23, Laxenburger Straße/Draschestraße (Busbucht).

Auf der B 221 wurden örtliche Sanierungsarbeiten am Inneren Gürtel in den Bezirken 6, 7, 8. und 9 sowie auf der B 225 - in 10, Raxstraße von Altdorferstraße bis Neilreichgasse durchgeführt.

Des Weiteren fanden laufend Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten (z.B. kleinere örtliche Betonfelderneuerungen, Arbeiten an Verkehrsleit- und Lärmschutzeinrichtungen und an diversen Bundesstraßen in verschiedenen Bezirken statt.

Im Rahmen des Budgets für Gemeindestraßen wurde sowohl der Bau von Gehsteigen, Parkplätzen als auch der Ausbau von Nebenfahrbahnen bei Bundesstraßen B durchgeführt.

Brückenbau und Grundbau

Um den Zielsetzungen der Abteilung zu entsprechen, wurde auch 1997 der bewährte Einsatz der internen Projektbearbeiter beibehalten, und somit waren stets bei den im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehenden Bauvorhaben die Zielvorgaben einer Dienstleistungsorientierung gewährleistet. Weiters wurden 1997 die Grundlagen für die Installierung eines Controllingsystems in der Abteilung, vorerst im Rahmen eines Modellversuches die Bauwerksprüfung betreffend (Start: 1. Jänner 1998), erarbeitet. Mit dieser Kostenträgerrechnung soll fest-

gehalten werden, welcher Aufwand den „Kunden“ der Abteilung (z.B. Gemeinde, Bund B, Asfinag, Magistratsabteilungen, Private) für die Bauwerksprüfung zu verrechnen wären. Zusätzlich wurde im November 1997 in der Abteilung mit der Organisationsanalyse durch Coopers & Lybrand Management Consulting GmbH begonnen.

Die Abteilung gliedert sich in die Fachbereiche „Brückenbau und Straßentunnel“, „Grundbau“ und „Administration, Bauwerksprüfung, Sonderbauten, Controlling und Sonderaufgaben“.

Der Fachbereich Brückenbau und Strassentunnel gliedert sich in die Gruppen „Planung und Bauvorbereitung“, „Neubau“, „Gemeindebrückenerhaltung“ und „Bundesbrückenerhaltung“. Das Arbeitsgebiet dieser Gruppen schließt aber auch Stützmauern und Stiegenanlagen ein.

Im Rahmen der Gruppe Planung und Bauvorbereitung wurde für die Unterführung Richard-Neutra-Gasse vorerst eine Machbarkeitsstudie für zwei Varianten vorgenommen und nach Variantenentscheid ein diesbezügliches Ausschreibungsprojekt erstellt.

Für den Steg Tuschlgasse über die Liesing, der eine Verbindung zwischen der Radroute aus Meidling und dem Liesingtalradweg herstellt, wurde ein genereller Entwurf als Ausschreibungsgrundlage erarbeitet. Weiters wurde für den seilabgespannten Fußgängersteg unter der Flutbrücke der Praterbrücke über die Neue Donau ein Ausschreibungsprojekt ausgearbeitet.

Für die durch den Umbau und die Hebung der Praterbrücke geänderte Geh- und Radwegführung wurden für die Festlegung der Kostenanteile von Wien und Bund weitere Vorschläge für eine Kostenteilung erarbeitet und laufend mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten abgestimmt, wobei schließlich auf diesen Grundlagen aufbauend eine Vereinbarung erzielt werden konnte.

Als Voraussetzung für die Instandsetzung und den Umbau der Prater Hochstraße im Zuge der A23-Südosttangente mußte vorweg das Verfahren für die Änderung der verordneten Grenzen des Landschaftsschutzgebietes Prater betrieben werden. Dazu war es notwendig, neben der statisch konstruktiven Ausschreibungsplanung, Projekte bezüglich Verkehrstechnik, Lärm, Schadstoffe und Ökologie durchzuführen, wofür entsprechende Lärm- und Schadstoffmessungen gekoppelt mit einer Verkehrszählung vorgenommen wurden. Die Planungen erfolgten im engen Einvernehmen mit der MA 22 unter laufender Information der Umweltschutzbehörde und wurden auch im Naturschutzbeirat abgehandelt. Neben den Änderungen der Landschaftsschutzgrenzen war auch ein naturschutzrechtliches Verfahren abzuwickeln sowie die Rodungs- und Baumfällungsbewilligungen zu erwirken. Alle genannten Verfahren konnten positiv erledigt werden. Bezüglich der Höhe und Ausgestaltung der Lärmschutzwände wurden zahlreiche Abstimmungsgespräche geführt bis eine Entscheidung getroffen werden konnte.

Im Rahmen der Stadterweiterung soll ein Durchgang unter der U6 im Bereich Perfektastraße/Erlaaer Straße realisiert sowie beim Projekt „In den Wiesen Nord“ ein Fußgängersteg über die Anton-Baumgartner-Straße errichtet werden. Diesbezüglich wurden Besprechungen abgehalten und Kostenschätzungen vorgenommen.

Weiters wurde für einen Steg über den Handelskai, der von Bauträgern errichtet und von der Abteilung übernommen werden wird, die entsprechende Projektabstimmung betrieben. Bezüglich einer Grünbrücke über den Handelskai, die im Rahmen des „Stumpf-Projektes“ von privater Seite ausgeführt werden soll, fanden laufend Gespräche statt.

Für das Straßendetailprojekt der B229-Groß Jedlersdorfer Straße, Bereich Unterführung Rautenweg, wurden die statisch konstruktiven Vorgaben für die Bahnbereiche und wasserdichten Wannen festgelegt und im Zusammenhang mit einer Radwegverbindung von Perchtoldsdorf zum Bahnhof Liesing für einen Steg über die Ketzergasse prinzipielle Fragen der Planung und Finanzierung geklärt.

Außerdem waren für Projekte anderer Dienststellen fachliche Beurteilungen vorzunehmen und entsprechende Stellungnahmen abzugeben. Ebenso waren über den Projektstand eine Reihe von Planungen zu berichten und deren Fortgang zu beurteilen. Bezüglich Brücken, Unterführungen, Stützmauern und Stiegen waren Anfragen zu beantworten bzw. dafür auch Kostenschätzungen vorzunehmen.

Für die Projektierungen im Fachbereich „Brückenbau und Straßentunnel“ waren laufend Honorarangebote von Zivilingenieuren zu bearbeiten.

Der städtische Neubau umfaßte im Jahr 1997 nachfolgende Bauvorhaben:

Im März 1997 wurden die vor einem Jahr begonnenen Bauarbeiten für den Fußgehertunnel Muthgasse abgeschlossen. Dieser Tunnel, der die bestehende Bahnunterführung von der U-Bahn-Station zum Bahnhofsvorplatz in Richtung Muthgasse unter den Versubgleisen verlängert, dient einer verbesserten Fußgängerverbindung zwischen Bahnhof Heiligenstadt und dem Bereich Muthgasse. Die Anbindung an die Muthgasse erfolgt vorerst provisorisch in einem offenen Einschnitt und wird später in die Park & Rideanlage „Muthgasse“ einbezogen.

Bei den im August 1995 begonnenen Arbeiten für die Errichtung der Donaustadtbrücke über die Neue Donau, die Donauinsel und die Donau konnten alle Termine in enger Abstimmung mit jenen zur Hebung der Praterbrücke eingehalten werden. Weiters erfolgte die Fertigstellung der beiden jeweils rund 250 m langen Rampentragwerke der Donaustadtbrücke für den Anschluß an die A23-Südosttangente im 2. und 22. Bezirk. Im Knoten Kaisermühlen und bei der Anschlußstelle Handelskai wurden die entsprechenden Dammstrecken zur Anbindung der Umleitung an die A23-Südosttangente hergestellt. Nach Komplettierung von Belag, Abdichtung und Brückenentwässerungssystem

konnte die gesamte rund 1.500 m lange Umleitungsstrecke über die Donaustadtbrücke Ende März 1997 in Betrieb genommen werden. Bis Mitte Dezember 1997 benützten an Werktagen rund 50.000 Kfz diese Umleitungsstrecke während der beiden Hebephasen der Praterbrücke.

Für die künftige Bustrasse Donaustadtbrücke wurde mit der Herstellung der Anschlüsse im 2. und 22. Bezirk begonnen. Im 2. Bezirk wurde bereits ein Teil des Verbindungstunnels zur Wehlstraße hergestellt. Auf der Seite 22. Bezirk wurden die erforderlichen Einbautenumlegungen sowie Vorarbeiten für den Kreuzungs- und Straßenumbau zwischen Industriestraße und Mühlwasserstraße durchgeführt.

Die Kanalverbindung Hubertusdamm für die Einleitung der Abwässer der Donaustadtbrücke in den Linken Donausammler wurde neu hergestellt. Damit wurde auch ein Kanalanschluß für die Wassersprunganlage und die Imbißstube in diesem Bereich ermöglicht.

Die Kosten für sämtliche Arbeiten im Rahmen der Errichtung der Donaustadtbrücke werden von der Donaukraft und von den Wiener Stadtwerken-Wiener Linien getragen.

Im Frühjahr 1996 wurde der Abteilung die Herstellung einer Einhausung der archäologischen Ausgrabungen am Judenplatz übertragen. Auf dieser Stahlbeton-Einhausung sollte in weiterer Folge das Holocaust-Mahnmal der englischen Künstlerin Rachel Whiteread errichtet werden. Durch die Einhausung sollte ein unterirdischer Schauraum entstehen, in dem in Zukunft die Or-Sarua-Synagoge, die im Jahre 1421 zerstört wurde und deren Reste durch die Stadtarchäologie ausgegraben wurden, als bedeutendes Relikt der jüdischen Geschichte Wiens besichtigt werden kann. Zuzufolge der auf Grund der neuerlich aufgeflamten Diskussion über das Mahnmal bereits Ende 1996 verfüzten Baueinstellung war eine projektgemäße Weiterführung der Bauarbeiten nicht möglich. Die zuvor errichteten Provisorien für die Gehsteigrelationen wurden so adaptiert, daß auch der Gastgartenbetrieb der angrenzenden Restaurants nunmehr auf einer auskragenden Plattform möglich ist. Da auch vor dem Winter 1997/98 keine Einigung über die Fortsetzung des Projektes erzielt werden konnte, waren umfangreiche Maßnahmen zur Sicherung der offenen Baugrube und der freiliegenden Kellerwände der angrenzenden Wohnhäuser erforderlich. Durch Betonverfüllungen und Pölzungen sowie das Aufbringen einer thermischen Isolierung an den Kellermauern konnte die Gefahr allfälliger Schädigungen durch Frosteinwirkungen verhindert werden.

Um eine Anbindung des zukünftigen Stadterweiterungsgebietes an die öffentlichen Verkehrsmittel bzw. an die Nahversorgungseinrichtungen der Per-Albin-Hansson-Siedlung- Ost zu ermöglichen wurde im November 1997 im Zuge der Alma-Rosé-Gasse in Wien 10 mit dem Bau einer kreuzungsfreien Querung der Donauländebahn für Fußgänger und Radfahrer begonnen. Diese Rad- und Fußwegunterführung mit einer Breite von 5,50 m, einer Länge von rund 11,00 m und einer Höhe von 3,00 m soll im September 1998 fertiggestellt sein. Außerhalb der Querung der Dammstrecke wird auf der Seite der Fontanastraße eine Rampe angeordnet, wobei zusätzlich eine Stiegenanlage die schnelle Zugänglichkeit zur oben liegenden Straße gewährleistet. Südseitig wird anstatt der bestehenden Bahnlande eine in beiden Richtungen parallel zur Donauländebahn verlaufende Rampe ausgeführt. Diese Rampenlösung wurde seitens der Abteilung trotz der beengten Platzverhältnisse ausgearbeitet, um überhaupt erst eine Baudurchführung dieses Objektes zu ermöglichen. Die ursprüngliche Lösung mit einer südseitigen Verlegung der Bahnlande und einer Einbindung des neuen Fuß- und Radweges mit einer entsprechenden Rampe und Stiegenanlage kann infolge von Schwierigkeiten beim Grundstückserwerb (Enteignungsverfahren) nicht realisiert werden. Weiters war neben der Donauländebahn auf der Südseite (Bahnlande) eine Gashochdruckleitung situiert, welche vor Baubeginn der Unterführung auf das Niveau der neu herzustellenden Rampe verlegt werden mußte. Diese Arbeiten wurden im August 1997 von den Wiener Stadtwerken-Wiengas begonnen und Anfang November 1997 beendet.

In der kurzen Bauzeit von September bis Dezember 1997 wurde eine Brücke für Fußgänger und Radfahrer in 23. östlich der Altmannsdorfer Straße, im Zuge der Tuschlgasse über die Liesing errichtet. Diese 17,00 m lange schlanke Stahlkonstruktion mit einem Bohlenbelag aus Lärchenholz fügt sich optisch gut in das umliegende Landschaftsgebiet entlang der Liesing ein und ermöglicht die Verbindung zwischen der Radroute Meidling und dem Liesingtalradweg.

Im Rahmen des Sonderprogrammes zur Effektbeleuchtung der Wiener Brücken werden durch individuell ausgelegte Beleuchtungsanlagen die sehenswerten architektonischen und technischen Einzelheiten hervorgehoben und zur Geltung gebracht. Im Berichtsjahr wurde die Effektbeleuchtung der Donaustadtbrücke über die Donau und der Erdbergerbrücke über den Donaukanal im Zuge der A23-Südosttangente realisiert.

Für die Stadionbrücke über den Donaukanal wurde mit Probebeleuchtungen ein neuartiges Konzept entwickelt, das 1998 verwirklicht werden soll.

Im Fachbereich Brückenbau und Straßentunnel erfolgte als Serviceleistung für die Donaukraft in der Zeit von März bis November 1997 der Umbau im Zuge der Stauraummerrichtung für das Kraftwerk Freudenu die bestehende Grundwasserwanne der Unterführung Kuchelauer Hafenbrücke. Auf den geplanten Vollstau entsprechend abgestimmt, wurde auf dem Altbestand eine neue Grundwasserwanne aufgesetzt. Im Zuge dieser Baumaßnahmen wurde auch zwecks Entsorgung der Oberflächenwässer in das örtliche Kanalnetz eine Pumpenstube errichtet. Diese Arbeiten wurden im Auftrag und auf Kosten der Donaukraft durchgeführt.

Im Bundesbrückenneubau wurden 1997 nachfolgend angeführte Bauvorhaben weitergeführt bzw. beendet:

Für die von Dezember 1995 bis März 1997 erfolgte Generalinstandsetzung der Nordbrücke war auf Grund des hohen Verkehrsaufkommens die Errichtung einer Umleitungsstrecke in Form des neuen Nordsteges erforderlich. Der

Nordsteg wurde von Mitte 1994 bis Ende 1995 errichtet und diente von 5. Jänner bis 6. Dezember 1996 für den Umleitungsverkehr der Baustelle Nordbrücke. Im Jahr 1997 wurden die Leistungen für die Umgestaltung als Fuß- und Radweg durchgeführt. Die Anbindungen an das Bundesstraßennetz wurden gelöst und die Wegeverbindungen auf der Seite des 20. und 21. Bezirkes komplettiert. Im Bereich Handelskai wurde die Stiegenanlage an den Nordsteg angeschlossen und die Donauinsel durch eine behindertengerechte Rampe angebunden. Die beiden Stahltragwerke wurden mit architektonischen Verkleidungselementen versehen und der gesamte Korrosionsschutz des Objektes nochmals überarbeitet.

Im Bereich der Gemeindebrückenerhaltung wurden die im Dezember 1995 begonnenen Arbeiten betreffend die Gesamtinstandsetzung des Döblinger Steges über den Donaukanal und die B227 - Donaukanalstraße weitergeführt und im Februar 1997 abgeschlossen. Die 1960 dem damaligen Stand der Technik entsprechend ohne Feuchtigkeitsabdichtung errichteten Stiegenaufgänge der Spetterbrücke waren auf Grund der langjährigen Tausalzangriffe in einem so schlechten Bauzustand, daß eine technisch ordnungsgemäße Instandsetzung mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand nicht mehr durchführbar war. Ein Abtrag und Neubau der beiden Stiegenanlagen waren daher erforderlich. Die im September 1996 begonnenen Bauarbeiten konnten im April 1997 beendet werden, wobei nunmehr aber eine Stahlbauweise gewählt wurde.

Im Zuge des Altmannsdorfer Astes der Südautobahn wurde in den Jahren 1978 - 1979 die rund 680,00 m lange Lärmschutzwand am Schöpfwerk in Form eines Dammes errichtet, dessen autobahnseitige Stützkonstruktion als Raumgitterwand auf Betonfertigteilen (Krainerwand) mit einer Neigung von 5:1 besteht. Zusammen mit dem gleichfalls als Raumgitterwand ausgeführten, jedoch nicht hinterfüllten rund 1,70 m hohen, lotrechten stehenden Aufsatzkörper betrug die Wandhöhe rund 6,00 bis 8,00 m über dem Autobahnniveau. Ein wesentlicher Mangel vor allem in schalltechnischer Hinsicht bestand dadurch, daß an mehreren Stellen des Aufsatzkörpers die Humushinterfüllung durch Regen ausgewaschen bzw. durch Wind ausgeblasen wurde. Im Zuge einer Sanierung dieses Bereiches wurde 1997 in fünf Monaten zwischen einem Ortbetonsockel und der Mauerkrone eine Spritzbetonwand mit einer Dicke von im Mittel 8,00 cm aufgebracht, die mit einer Mattenbewehrung konstruktiv gesichert ist.

Im Zuge der regelmäßigen Überprüfungen der Guldenbrücke über den Wienfluß in Wien 14 wurde festgestellt, daß die Dehnfugenkonstruktionen und die Abdichtung gegen Feuchtigkeit am Tragwerk nicht mehr dicht und somit nicht mehr intakt waren. Da dies jedoch für den sicheren und ordnungsgemäßen Bestand vor allem auch in bezug auf seine Lebensdauer unbedingt erforderlich ist, wurden im Rahmen einer größeren Instandsetzung in den Monaten Juli und August die bestehenden Dehnfugenkonstruktionen ausgebaut und durch neue wasserdichte Konstruktionen ersetzt. Weiters wurden der Gehwegaufbau, der Fahrbahnbelag und die gesamte Tragwerksabdichtung abgetragen und erneuert.

Im Rahmen der Instandsetzungsarbeiten auf der Salztorbrücke wurde in der Zeit von Juli 1997 bis Jänner 1998 der schadhafte Fahrbahnübergang auf der Seite des 2. Bezirkes erneuert sowie an der Tragwerksunterseite zwischen den Hohlkästen begehbare Taubenschutzgitterroste und Schienen für eine Revisionsanlage montiert, um für zukünftige Brückenprüfungen und Instandsetzungen die hohen Gerüstungskosten einzusparen. Im Auftrag und auf Kosten der Heizbetriebe Wien wurden die Rohrisolierungen der beiden im Tragwerk verlegten Fernwärmeleitungsrohre erneuert.

Infolge des schlechten Erhaltungszustandes der Kahlenbergterrasse im 19. Bezirk am Kahlenberg-Aussichtspunkt über Wien wurde im August 1997 mit der Generalinstandsetzung dieser Terrasse begonnen. Dabei werden das Tragwerk instand gesetzt, die Terrasse im Aussichtsbereich vergrößert und ausgebaut, neue Bedienungsstiegen und neue Geländer errichtet sowie die Oberfläche und die Beleuchtung neu gestaltet. Im Mai 1998 sollen die Arbeiten abgeschlossen sein.

Weiters wurden im Auftrag und auf Rechnung der MA 45 von der Gemeindebrückenerhaltung am Bisamberg Hangsicherungsarbeiten durchgeführt.

Außerdem wurden im Zuge der regelmäßigen Instandhaltungen von Brücken, Stegen, Stiegenanlagen und Stützmauern laufend eine große Anzahl von kleineren Baumaßnahmen durchgeführt.

In der Gruppe Bundesbrückenerhaltung wurden im Leistungsbereich des internen Projektbearbeiters für die Instandsetzung der Nordbrücke im Zuge der B 227 Donaukanalstraße seit Dezember 1996 die Instandsetzungs- und Umbauarbeiten der beiden Richtungsfahrbahnen durchgeführt. Im Jahre 1997 wurden die restlichen Stahlkonstruktionen für die Brückenmittelstreifen hergestellt, montiert und der Korrosionsschutz der Leitwandssysteme ergänzt. Die Instandsetzung der Nordbrücke wurde mit den Arbeiten an der Brückenunterseite fortgesetzt und im Juni 1997 abgeschlossen. Außerdem wurde das komplette Brückenentwässerungssystem erneuert und in öffentliche Kanäle eingebunden. Zusätzlich wurden die Pfeilerverkleidungen, Bedienungs- und Fluchtwege überarbeitet und einzelne Einbauten umgelegt. Im Bereich der Donauinsel erfolgte eine abschließende Ausgestaltung der Grünflächen im Brückennahbereich.

Im Nahbereich des Bauvorhabens Nordbrücke erfolgte ein Umbau des Verkehrsknotens B227/B14 (Nußdorfer Knoten). Im Rahmen der Umgestaltung des öffentlichen Wegenetzes erfolgte auch eine ergänzende Begrünung und Baumpflanzung im Knoten. Weiters wurden die Leiteinrichtungen, die Böschungen, das Kanalsystem und die Fahrbahnbereiche komplettiert.

Im Zuge der Generalinstandsetzung der Nordbrücke wurden auch die Nußdorfer Brücke, die Äugelbrücke und Jedleseer Brücke instand gesetzt, daß heißt bei der Nußdorfer Brücke wurden die Dilatationen ausgetauscht und die Einstiegsöffnungen in der Fahrbahn verschlossen, bei der Äugelbrücke und Jedleseer Brücke wurden die Mittelstreifen und Untersichten instand gesetzt. Diese Arbeiten wurden im Frühjahr 1997 abgeschlossen.

Die Projektdurchführung betreffend die Hebung, den Umbau und die Instandsetzung der Praterbrücke wurde seitens des internen Projektbearbeiters, in enger Zusammenarbeit mit der Gruppe Sonderbauten, plangemäß weitergeführt und die Hauptarbeiten im Jahr 1997 erfolgreich abgeschlossen. Es wurden sowohl die aus Spannbeton gebauten Anschlußtragwerke der Praterbrücke als auch das Stahltragwerk über den Donaustrom in zwei Hebephasen soweit angehoben, daß nach dem Vollstau der Donau eine Durchfahrtshöhe von 8,00 m für die Schifffahrt gegeben war. In Zusammenhang mit diesem Bauablauf wurden bei den Spannbetontragwerken der Praterbrücke die Umbau- und Verstärkungsarbeiten soweit abgeschlossen, daß die für die Brückenhebung erforderliche Verkehrsführung mit vier Fahrstreifen auf einer Richtungsfahrbahn erfolgen konnte. Im Bereich über der Neuen Donau wurde der Mittelbereich zwischen den Tragwerken so umgebaut, daß künftige Verkehrsüberleitungen ohne besondere Baumaßnahmen sowie ohne verlorenen Aufwand möglich sind.

Für die Hebung der Spannbetontragwerke der Praterbrücke wurden die restlichen Pfeilverstärkungen und Hilfsfundamente hergestellt. Nach Montage der Abstützungen und Konsolen wurde in zwei Abschnitten die Hebung der Betontragwerke in Abstimmung mit dem dazwischenliegenden Stahltragwerk durchgeführt. Bei der Hebung waren rund 5.000 t (Tragwerk Wehlistraße) bzw. 22.000 t (Flutbrückentragwerk Donauinsel) zu bewältigen. Im Zuge der Hebung erfolgten auch ein Umbau der Pfeilerköpfe sowie eine Erneuerung sämtlicher Brückenlager. Im jeweils in Hebung befindlichen Bereich wurde an der Tragwerksdraufsicht die Abdichtung partiell erneuert und eine komplett neue Verschleißschicht hergestellt. Die Dehnfugenkonstruktionen wurden erneuert bzw. instand gesetzt. Der Mittelstreifen wurde auf über 1 km Länge mit einem neuen Leitschienensystem versehen. Die Belagsarbeiten erstreckten sich auf eine Gesamtfläche von 35.000 m² im gesamten Objektsbereich.

Für die Hebung des Stahltragwerkes über den Donaustrom wurden Anfang 1997 die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten, wie die Herstellung der Hebeegerüste, der Einbau der Pressen und Spannritzen, soweit durchgeführt, daß am 7. April 1997 mit der Hebung des oberstromigen Tragwerkes begonnen werden konnte. Um einen für den Einbau der notwendigen Tragwerksverstärkungen günstigen Spannungszustand zu erreichen, wurde die Hebung in mehreren Hebephasen durchgeführt. Daher war auch die anfängliche „Überhebung“ um 4,50 m auf der Seite Donauinsel notwendig. Die Hublast, die beim Trennpfeiler auf der Donauinsel rund 500 t, beim Strompfeiler 3.000 t, beim Pfeiler Handelskai 2.600 t und beim Trennpfeiler Handelskai 300 t pro Tragwerk betrug, wurde über Spannritzen, die durch die ringförmigen hydraulischen Pressen geführt wurden, auf die Hebeegerüste übertragen. Durch dieses Aufziehen des Tragwerkes war es möglich, die Brücke auch nach der Überhebung wieder herunterzulassen und dadurch immer die für die Tragwerksverstärkungen und den Einbau der neuen Lager die günstigste Höhe zu erreichen, bis die halbseitige Stahlbrücke endgültig auf der neuen Höhenlage abgesetzt werden konnte. Nach dem Abschluß der Hebearbeiten wurden die beiden Tragwerke in den Monaten November/Dezember wieder geschlossen.

Im Bereich der Anschlußstelle Handelskai wurde der gesamte Lärmschutz überarbeitet bzw. neu hergestellt. Die Dimensionierung erfolgte dabei auf Grund einer verkehrstechnischen Untersuchung bereits für die für das Jahr 2005 prognostizierten Verkehrswerte, d.h. die gesamte Lärmschutzwandfläche mußte um rund 50 Prozent erhöht werden.

Das Wegenetz der Praterbrücke wurde ab März 1997 im Zuge der Hebung stillgelegt. Bereits im Zuge der Hebung oberstromig wurde ein Stahlhängesteg am Stromtragwerk montiert, der seit 28. Juni 1997 wieder ein Überqueren der Donau für Fußgänger und Radfahrer ermöglicht. Am unterstromigen Tragwerk wurde ebenfalls ein Hängesteg montiert. Die Inbetriebnahme erfolgt 1998. Für das restliche Wegenetz wurden Fundierung und Unterbau hergestellt, und zwar für zwei Stege im Bereich Wehlistraße, für eine Wendelrampe und eine Stiegenanlage am rechten Donauufer sowie für eine Wendelrampe und einen Rampenturm am linken Donauufer. Die Werksfertigungen der dafür erforderlichen Stahlkonstruktionen wurde begonnen.

Als Vorleistung für die Instandsetzung und den Umbau der Prater Hochstraße im Bestand wurde die Kanalverbindung im Abschnitt Wehlistraße bis Widerlager Donaustadtbrücke fertiggestellt. Von diesem Bereich wurde entlang der Kleingartenanlage Grünland in Richtung Prater mit der Herstellung einer Kanalverbindung begonnen. In diesem Zusammenhang waren auch umfangreiche Einbautenumlegungen und Straßenbauarbeiten erforderlich. Im Praterbereich wurde mit der Geländefreimachung und den Baumfällungen für die Bauarbeiten begonnen. Auf der Prater Hochstraße selbst wurde bereits die 1. Bauphase mit dem Umbau des Mittelstreifens und der Herstellung einer provisorischen Beleuchtungsanlage begonnen. Die Verkehrsmaßnahmen wurden in Abstimmung mit der Verkehrsrücklegung Donaustadtbrücke/Praterbrücke koordiniert.

Im Rahmen der Bundesbrückenerhaltung erfolgte bei verschiedenen Brückenobjekten auf Autobahnen und Bundesstraßen B eine örtliche Überarbeitung bzw. Teilerneuerung des Belages bzw. eine Erneuerung der Fugenvergüsse wie z.B. bei der Hochstraße B14, der Heiligenstädter Hangbrücke, den Nikolai-Brückenobjekten, bei mehreren Brücken im Bereich Auhof und der Kagraner Brücke. Ebenso mußten vor allem bei diversen Autobahnbrücken im Bereich des Knoten St. Marx Sofortmaßnahmen für die Instandsetzung der Dehnfugenkonstruktionen durchgeführt werden.

Im Bereich der B14 Klosterneuburger Straße wurde die Instandsetzung von diversen Stützmauern, Kragplatten und Randbalken sowie eine Überarbeitung des Entwässerungssystems im stadtauswärtigen Ende des Knotens Nußdorf veranlaßt. Für die Hochstraße der B14 wurde im Zusammenhang mit der Ufergestaltung zufolge dem Kraftwerk Freudenau ein Kanal- und Entwässerungssystem für rund 15.000 m² Brückentragwerke fertiggestellt.

Die Gütenbachbrücke im Zuge der B13-Laaber Straße wurden komplett instand gesetzt. Im Fahrbahn- und Gehwegbereich wurden Abdichtung und Belag erneuert und die Brückenentwässerung an das Straßenkanalsystem angeschlossen. Die gesamten Einbauten im Objektsbereich wurden umgelegt bzw. erneuert.

Die Hangsicherung Leopoldsberglehne im Zuge der B14-Klosterneuburger Straße wurde in Teilbereichen komplettiert. Zwischen den Stützmauern gegenüber dem Kuchelauer Hafen wurde eine komplett neue Rückhaltewand zur Sicherung gegen abbrechendes Gesteinsmaterial errichtet, die beiden Stützmauern wurden mit Aufsätzen versehen. Die gesamten Anlagen wurden in Stahl und Holz unter Berücksichtigung der Anpassung an die Landschaft hergestellt.

Beim Laaerbergtunnel im Zuge der A23-Südosttangente wurde im Oktober mit den Instandsetzungsarbeiten begonnen. Die Mitteltrennwand der beiden Richtungsfahrbahnen wurde betonmäßig überarbeitet und mit neuen Vorsatzschalen sowie neuen Bedienungstreifen versehen. Vorarbeiten für die Überarbeitung der Tunnelausrüstung wurden durchgeführt. Die Seitenwände des Laaerbergtunnels sind seinerzeit in Schlitzwandbauweise ausgeführt worden. Hinter den Schlitzwänden befindet sich eine Schotterlinse, die sich im Laufe des Jahres mit Wasser füllt. Durch die Temperaturschwankungen öffnen sich die Schlitzwandfugen und das aufgestaute Wasser dringt in den Tunnel ein und kann zu Eisbildungen führen. Durch Kiespfahlgruben seitlich des Tunnels und Hammerschlagbohrungen mit Kiesbelagsfiltern innerhalb des Tunnels wird nunmehr dieses Sickerwasser abgeleitet. Durch den Abtrag der Vorsatzwand im Tunnel wird ein Abstellstreifen gewonnen. Im Rampenauffahrts- und Rampenabfahrtsbereich werden vier Notrufsäulen errichtet.

Die Brücke im Zuge der Betriebsumkehrschleife über die A1-Westautobahn im Auhof wurde umgebaut und instand gesetzt. Im Zuge der Tragwerksverstärkung erfolgte auch eine Verschmälerung der Fahrbahn sowie die Erneuerung von Abdichtung und Belag.

Bei der Reichsbrücke im Zuge der B8-Angerner Straße erfolgte eine Teilüberarbeitung der Brückenentwässerungssysteme und Dehnfugen, eine örtliche provisorische Instandsetzung der Randstreifenfertigteile sowie eine umfangreiche partielle Belagserneuerung.

Bei der Spetterbrücke im Zuge der B223-Flötzersteig Straße wurde im Zusammenhang mit der Nachnutzung der Überbauung bei der Endstelle U3 ein Umbau der Brückenrandbereiche im Anschluß an die Anlage der ARWAG durchgeführt. Weiters erfolgte eine Bauberatung für die im Nahbereich zur Erschließung der U-Bahn-Überbauung errichteten drei zusätzlichen Brückenobjekte.

Bei der Floridsdorfer Brücke im Zuge der B226-Floridsdorfer Straße wurde großflächig der Belag überarbeitet bzw. erneuert, die Dehnfugenbereiche beim Knoten mit der A22-Donauuferautobahn wurden ebenso instand gesetzt wie die gesamten Leitschienensysteme im Brückenrandbereich.

Auf der Philadelphiabrücke im Zuge der B12-Brunner Straße wurde der Kreuzungsbereich der Richtungsfahrbahn Zentrum zur Eichenstraße instand gesetzt und neu abgedichtet sowie der bituminöse Belag durch eine verdübelte Stahlbetonfahrbahn ersetzt.

Die Arbeiten für die laufende Brückenwartung und Reinigung wurden ebenso durchgeführt wie die Schadenshebungen nach Verkehrsunfällen. Insbesondere im Zuge der A23-Südosttangente gab es zufolge vermehrter LKW-Unfälle erhöhten Instandsetzungsbedarf. Im Zuge der laufenden Instandhaltung und Instandsetzung der Objekte wurden die entsprechenden Baumeisterarbeiten, Stahlbauarbeiten, Korrosionsschutzarbeiten sowie Belags- und Abdichtungsarbeiten sowohl im Rahmen von Kontrahentenverträgen als auch durch die Bediensteten der Brückenmeisterei durchgeführt.

Der Fachbereich Grundbau bearbeitet mit seinen vier Gruppen das zweite große Aufgabengebiet der Abteilung.

Die Gruppe Geologie und Baugrunderkater betreute neben den von den anderen Gruppen des Fachbereiches Grundbau behandelten Bauvorhaben und den Aufschlußbohrungen im Wiener Raum auch die Altlastenerkundungen der MA 45 (Shellgründe 21, Pilzgasse, 11, Gaswerk Simmering)

Die MA 21 wurde hinsichtlich der Errichtung von Naturdenkmälern (Geotopen) geologisch beraten.

Die MA 45 wurde wie in den letzten Jahren hinsichtlich des Verdachtsflächenkatasters für Altlasten bzw. bei den Grundlagenenerhebungen sowie beim Projekt „Tiefenwässer“ intensiv beraten und unterstützt. Weiters wurde die MA 45 im Zuge von zahlreichen Wasserrechtsverhandlungen bei der MA 58 bezüglich der Errichtung privater Wärmepumpenanlagen und Tiefbohrungen zur Wassergewinnung (z.B. Tiefbrunnen AKH) beraten.

Die MA 31 wurde insbesondere bei aktuellen Problemen der Hangsicherungen insbesondere im Verlaufe der II. Wiener Hochquellenwasserleitung (z.B. Haberöd), der Karstforschung im Zusammenhang mit der Wassergewinnung (Kräuterbrunnquelle), sowie bei den Vortriebsarbeiten des Umgehungsstollens Scheibbs (St. Georgen a.d. Leys) geologisch betreut.

Die MD-BD-U wurde bei den Bauarbeiten insbesondere bei der Neubaustrecke U3-Ost geologisch-geotechnisch unterstützt sowie bei den Planungsarbeiten für die Verlängerung der U1 nach Norden und Süden sowie der künftigen U2 in geologischer Hinsicht betreut.

Die Betreuung des gemeinsam mit der Geologischen Bundesanstalt in Wien und der Abteilung für Karstforschung und Höhlenkunde des Naturhistorischen Museums entwickelten Karstforschungsprojekte wurden weitergeführt.

Gemeinsam mit der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik wurde das seismische Strong-Motion Meßnetz zur Messung und Analyse der seismischen Erschütterungen im Wiener Stadtgebiet weiter betrieben.

In enger Zusammenarbeit mit der Geologischen Bundesanstalt in Wien wurde im Rahmen der Bund-Bundesländerkooperation (MD-KOB) ein gemeinsames Projekt bezüglich der Untersuchung von Tongesteinen im Wiener Stadtgebiet eingeleitet.

Die Sammlung der Daten über den Baugrund von Wien (Baugrundkataster) wurde systematisch weitergeführt. So konnten dem Bestand 240 neue Einlagen mit 580 neuen Bohrprofilen zugeführt werden.

Im Jahre 1997 erfolgten 395 Einsichtnahmen vor allem durch Zivilingenieurbüros und andere Privatpersonen. Davon entfielen 124 auf Erhebungen für magistratseigene Bauvorhaben.

Im Zuge der Erhebungsarbeiten für magistratseigene Bauvorhaben wurden Akten-Erhebungen für etwa 80 neue Bauakte durchgeführt.

Die Boden-Wasser-Datei wurde unter Mitwirkung der MA 14-ADV in das ARC-INFO Datenbanksystem eingebracht. Von der Abteilung wurden im Zuge dieser Arbeiten etwa 600 neue Bohrprofile in die Baugrundkataster-Datenbank eingearbeitet. Mit Hilfe des Programmpaketes ARC VIEW wurden 250 bauprojektbezogene Karten erstellt.

Von der Gruppe Baugrunduntersuchungen wurden für eine Vielzahl von Bauvorhaben in direkter Rückkopplung mit der Planung die erforderlichen Baugrunduntersuchungen durchgeführt. Dabei sind insbesondere nachstehend angeführte Bauvorhaben hervorzuheben:

Die Baugrunduntersuchungen für die geplante U-Bahn-Linie U1-Nord und für die U-Bahnlinie U2/3-5 wurden begonnen. Zur Erfassung von Altlasten wurden Bohrungen abgeteuft und Pegel hergestellt (Gaswerk Simmering, Shell-Pilzgasse, Nordbahnhof usw.). Im Bereich der Mülldeponie Rautenweg wurden Inklinometermeßrohre eingebaut, um Bewegungen des Deponiekörpers festzustellen.

Desgleichen sind für Wohn- und Schulbauvorhaben im Auftrag der zuständigen Dienststellen sowie für die MA 28, MA 30, MA 31, MA 44, MA 45 und WStW-WIENSTROM die erforderlichen Probebohrungen durchgeführt worden.

Die Gruppe Bauberatung - Tiefbau und U-Bahnbau führte, wie auch in den letzten Jahren, für viele städtische Bauprojekte - im Zuge von Projektierung und Ausschreibung - die grundbautechnische Beratung und Begutachtung, sowie - im Zuge der Ausführung - die fachliche Betreuung auf der Baustelle durch.

Im Rahmen des U-Bahn-Baues lag das Schwergewicht der Tätigkeit auf der grundbautechnischen Betreuung der laufenden Baulose U3/19 bis U3/22 der Verlängerung der U3 nach Simmering. Dabei lagen die Schwerpunkte vor allem bei den Herstellungen der Tunnel in offener Bauweise der Baulose U3/19, U3/21 und U3/22, der großen Grundwasserhaltung der Baulose U3/20 und 21 sowie der NÖT-Tunnelvortriebe des Bauloses U3/20.

Für die Variantenuntersuchungen bzw. die Studien der Verlängerungen U1-Süd, U6-Nord, U1-Nord und U2 nach Stadlau erfolgte die geotechnische Mitarbeit im Rahmen der Stadtplanung.

Weiters erfolgten im gesamten U-Bahn-Bereich die Tätigkeit als Amtssachverständige des Sachgebietes Grundbau mit der Erstellung fachlicher Auflagen in den eisenbahnrechtlichen Genehmigungsverfahren und deren Überwachung.

Als Amtssachverständige für den Bund erfolgte im Rahmen der eisenbahnrechtlichen Baugenehmigungsverfahren der Verbindungsstrecke zwischen West- und Südbahn „Lainzer Tunnel“ (HL-AG), im speziellen für die Baulose in Meidling sowie sämtliche Baulose im Westabschnitt, die geotechnische Begutachtung.

Im Zuge der „A22 - Donau City“ wurde die MD-BD, Dezernat 1, im Rahmen ihrer technischen Oberaufsicht für die gesamte Infrastruktur wie auch die MA 29-Fachbereich Brückenbau und Straßentunnel im Rahmen ihrer technischen Oberaufsicht für die Überplattung der A 22 bzw. als Bauaufsicht im Bereich Marshallhof vor allem in bezug auf die Setzungsbeeinflussung infolge der großen Bebauungen und Überbauungen fachtechnisch unterstützt.

Als weitere Schwerpunkte der geotechnischen Mitarbeit bei Brücken- und Straßenbauvorhaben sind für den Berichtszeitraum 1997 beispielsweise die „Donaustadtbrücke“, die „Sanierung Laaerbergtunnel“, die „Unterführung Richard-Neutra-Gasse“, die „Verbreiterung Hadikgasse (Einwangasse)“ oder die „B3-Donaustadtstraße (zwischen Donaufelder Straße und Leopoldauer Straße)“ zu nennen.

Ferner wurden beispielsweise die Wiener Stadtwerke - WIENSTROM im Zuge der Erweiterungsbauten für die Kraftwerke Donaustadt und Leopoldau oder der Ölleitung von der OMV zum Kraftwerk Simmering, die Wiener Stadtwerke - WIENGAS bei der Gasregelstation Leopoldau, die MA 30 und MA 31 bei tiefliegenden Leitungsbauten, Rohrvorpressungen, Microtunnelling, bergmännischen Vortrieben oder spartenspezifischen Hoch- und Tiefbauten (so z.B. „Grundwasserwerk Donauinsel“, „Grundwasserwerk-Nußdorf“, „Alte Donau Ufer Sammelkanal“, „Linker Sammelkanal - Entlastungskanal Willergasse“, „Rechter Hauptsammelkanal - Entlastungskanal, Bauabschnitt 3“, „Rechter Wienflußhauptsammelkanal“, „Liesingalsammelkanal - Entlaster“, „Kanal Hietzinger Hauptstraße“, „Kanal Siedlung Kordon“, „II. Wiener Hochquellenwasserleitung - Sanierung Oberndorf und Haberöd“, „Umgehungsstollen Scheibbs“ usw.) während aller Projektierungsphasen grundbautechnisch beraten und bei der Bauausführung fachlich unterstützt.

Im Hinblick auf die Sicherung von Einbauten, Verkehrsflächen und Bebauung wurden - mit Schwerpunkt der sensiblen Bereiche - auch die großen und langen Rohrvorpressungen der Fernwärmehaupttransportleitung Südwest sowie die Planung der Gürtelleitung einer fachtechnischen Bewertung unterzogen.

Die Wiener Stadtwerke - WIENER LINIEN wurden neben dem U-Bahn Neubau vor allem im Zusammenhang mit Fremdbauten im Einflußbereich bestehender U-Bahn- und Straßenbahnanlagen (z.B. Wohnhochhäuser Kratochwilstraße, Überbauung U3 Erdbergstraße, Bebauung Collin Straße/Hütteldorfer Straße, Fernwärmeleitung Gürtel, Stadtbahnbögen Union SV Döbling, Museumsquartier Messepalast usw.) im Rahmen laufender Instandhaltungsarbeiten bspw. von Stützmauern oder bei Umbauarbeiten beispielsweise U1-Station usw., grundbautechnisch beraten und betreut.

Erwähnenswert sind auch die grundbautechnische Beratung, Begutachtung oder Betreuung vieler, teilweise auch an städtebaulich exponierten Stellen liegender „Hochhausgründungen“ oder „Tiefer Baugruben“ (z.B. „Millenniumstower“, „Wienerberger Hochhäuser“, Tiefgaragen Bauernfeldplatz, Albertplatz, Matteottihof, Herbststraße, Hundsturm usw., oder Bebauungen Kendlerstraße, Paltaufgasse, Brunhildenstraße usw.), für die MA 28, MA 35 oder MA 37 zur Sicherung des öffentlichen Gutes oder als Sachverständiger der Baubehörde.

Hinsichtlich der geotechnischen Beratung und Betreuung bei der Absicherung von Altlasten oder im Zusammenhang mit Deponien ist zu vermerken, daß neben der laufenden Betreuung der Deponie „Langes Feld“ der Schwerpunkt der Mitarbeit bspw. bei den Begutachtungen der Sanierungsgebiete „Shell - 21, Pilzgasse“, „Altlast Lobau Ölhafen“, „23, Rudolf-Zeller-Gasse“ lag. Für alle Altlastenbeurteilungen und Sanierungen erfolgte laufend auch die grundbautechnische Amtssachverständigentätigkeit im Wasserrechtsverfahren.

Die auf Wunsch der MA 45 verstärkt durchgeführte grundbautechnische Betreuung des gesamten Rückstaubereiches des Kraftwerks Freudenau, im speziellen der Dichtmaßnahmen entlang des rechten Donaudammes, konnte abgeschlossen werden. Ebenso abgeschlossen wurde die Betreuung des Dotationsstollens zwischen Wasserpark und Neuer Donau. Erwähnenswert ist auch die grundbautechnische Betreuung der Renaturierung der Wienflußretentionsbecken.

Durch das Referat Umwelttechnik und Schwingungsmessungen wurde die gemeinsam mit der MA 30 zum Zwecke der grundbautechnischen Überwachung von Rammarbeiten bei ungünstigen Anlageverhältnissen und kritischen Bauphasen aufgebaute Meßkette von Schwingungsmeßgeräten auch im Zuge des U-Bahn-Baues, und zwar zur Feststellung der Einwirkungen der Tunnelvortriebsarbeiten auf die Wohnbebauung (z.B. U3/20 Zippererstraße), erfolgreich eingesetzt.

Im Rahmen des Referates Geotechnische Verfahrens- und Datenanalyse lag neben diversen Datenauswertungen der Tätigkeitsschwerpunkt auf der - auf Ersuchen der Wiener Stadtwerke - WIENER LINIEN - laufenden meßtechnischen Überwachung (Durchflußmengenmessungen der Grundwasser-Düker) und Bewertung der Funktionalität des Grundwasserausgleichs der den Grundwasserstrom sonst sperrenden U-Bahn im 20. Bezirk.

Das Referat geotechnische Meßtechnik und EDV führte Horizontalverschiebungsmessungen (einschließlich Auswertung und Stellungnahme) durch, und zwar laufend für die MA 31 im Trassenbereich der II. Wiener Hochquellenwasserleitung (Gebiet St. Christophen - Scheibbs) wie auch im U-Bahn-Bau (Bauabschnitte U3/19 und U3/22). Für das Projekt „Sanierung der Kai- und Vorkaimauern Donaukanal“ wurde in Zusammenarbeit mit der Wasserstraßendirektion und der MA 45 ein mehrjähriges Meßprogramm betreffend Neigungsverhalten der Kaimauern begonnen.

Des weiteren erfolgte im Rahmen dieses Referates die EDV-mäßige Leitung und Betreuung des zukunftsorientierten Projektes „EDV/GIS - gestützter Baugrunderkater“.

Die Gruppe Bauberatung Hochbau führte bei zahlreichen städtischen Hochbauprojekten die grundbautechnische Beratung sowohl bei der Projekterstellung als auch bei der Bauausführung durch.

So wurde beispielsweise im Rahmen des Schulbauprogrammes für die Schulbauvorhaben 11, Wilhelm-Kreß-Platz; 20, Engerthstraße 76 - 80, oder 23, Carlberggasse Baugrund- und Gründungsgutachten erstellt. Wegen der schlechten Baugrundverhältnisse mußte bei der Schule in 23, Steinergerasse 25, eine Kiespolster- und Plattengründung und bei den Schulen 10, Josef-Enslein-Platz 1 - 3, und Marshallhof/Am Kaisermühlendamm Pfahlgründungen vorgesehen werden. Grundbautechnisch heikel war auch die Aufstockung der Schule 20, Dietmayergasse/Spielmannngasse, wo ebenfalls Pfähle ausgeführt wurden.

Die Mitarbeit am Wohnbauprogramm der Stadt Wien wurde in gewohnter Weise fortgesetzt und unter anderem für folgende Wohnbauvorhaben Gutachten verfaßt: 20, Allerheiligengasse 5, 22, Komzakgasse, 22, Müllnermaiggasse, oder 23, Perfektastraße (Bauteile B und E). Von den in Ausführung befindlichen Projekten kann beispielsweise das Wohnhaus in 21, Ruthnergasse, genannt werden, wo eine Pfahlgründung und eine Pfahlwand zur Sicherung des Nachbargebäudes hergestellt wurden. Bei der Wohnhausanlage Steinergerasse gelangten wegen der schlechten Baugrundverhältnisse in großem Umfang Kiespolstergründungen zur Ausführung und bei der Wohnhausanlage 21, Pandangasse, mußte zur Herstellung der Plattenfundierung eine Grundwasserabsenkung vorgenommen werden.

Bei der Fundierung von Schwimmbecken stellen sich häufig besonders heikle Probleme, da es sich hier um äußerst setzungsempfindliche Bauwerke handelt. Die Gruppe Bauberatung Hochbau war im Jahre 1997 mit zwei derartigen Projekten konfrontiert, und zwar mit dem Neubau des Kinderbeckens im Kongreßbad und mit dem Neubau des

Freibeckens im Theresienbad. Im ersten Fall mußte wegen der sehr ungünstigen Baugrundverhältnisse eine Pfahlgründung empfohlen werden, im zweiten konnte mit tiefeichenden Streifenfundamenten das Auslangen gefunden werden.

Ferner wurde die Gruppe Bauberatung Hochbau auch wieder von der Baubehörde zu Beratungs- und Gutachter-tätigkeit bei Baubewilligungsverfahren für nicht städtische Bauvorhaben herangezogen. Zunehmende Bedeutung erlangt dabei die Frage der Versickerung von Dachabwässern.

Von der Gruppe Bauwerksprüfung wurden im Berichtsjahre 160 Hauptprüfungen, 693 Kontrollen und 1.646 Befahrungen durchgeführt. Unter anderem konnten die Hauptprüfungen bei folgenden Objekten abgeschlossen werden: Erdberger Brücke, Roßauer Brücke und Friedensbrücke über den Donaukanal; Brücken im Knoten Donaupark; die Klosterneuburger Hochstraße und der Lärmschutztunnel Kaisermühlen; aber auch 16 Brücken in den Quellschutzgebieten der Stadt Wien.

Die Kontrolle der Überkopfwegweiser erfaßte 246 Objekte, davon wurden 21 einer Hauptprüfung unterzogen.

1997 wurden außerdem 311 Stützmauern und Stiegenanlagen mit 41.121 lfm und 116 Schallschutzwände mit insgesamt 32.683 lfm kontrolliert und überwacht.

Es wurden 520 Schwertransporte in brückenbautechnischer Hinsicht bearbeitet. 34 Transporte mußten auf Grund des hohen Fahrzeuggewichts über die Brückenobjekte geleitet werden.

Für die sicherheitstechnische Prüfung der Wienflußmauern vom Donaukanal bis zum Retentionsbecken wurden die Vorarbeiten durchgeführt. Für das Neigungsbeobachtungsprogramm wurden die Meßeinrichtungen montiert und eine Nullmessung vorgenommen.

Tätigkeit der Abteilung in den Ausschüssen: Im Rahmen der Forschungsgesellschaft für das Verkehrs- und Straßenwesen (FVS) wurden unter ständiger Mitwirkung von Mitarbeitern der Abteilung in der Arbeitsgruppe „Brückenbau“ wichtige Detailprobleme betreffend die laufenden Brückenprüfungen, die Brückenerhaltung und den Neubau von Brücken (Randbalken, Übergangskonstruktionen, Leiteinrichtungen, Brückenabdichtungen usw.) sowie in der Arbeitsgruppe „Tunnelbau“ die Erfordernisse für die Projektierungen, den Bau, den Betrieb und die Erhaltung, die Sicherheitseinrichtungen und die Dokumentation diskutiert und an der Ausarbeitung dementsprechender Richtlinien und Leistungsbeschreibungen, die vor allem im Bundes- und ASFINAG-Bereich und in weiterer Folge auch im Gemeindebereich zur Anwendung kommen sollen, weitergearbeitet.

In der Arbeitsgruppe „Brückenbau“ waren zahlreiche Mitarbeiter der Abteilung, aufgeteilt auf die Arbeitsausschüsse „Leistungsbeschreibung für Brückenbauten (Neubau bzw. Erhaltung)“, „Entwurf und Planungsunterlagen“, „Brückenabdichtung“, „Korrosionsschutz“, „Brückenausrüstung“ und „Brückenprüfung und Brückenerhaltung“, tätig.

Im Ausschuß „Leistungsbeschreibung für Brückenbauten“ erfolgten die Überarbeitung der restlichen Ausrüstungspositionen und Sonderpositionen sowie die Überarbeitung der technischen Bedingungen und Leistungspositionen unter Zugrundelegung der Erfahrungen aus der Anwendung der veröffentlichten Teilbereiche gemeinsam mit dem Brückenneubau, da ab sofort eine gemeinsame Führung des Ausschusses Neubau und Erhaltung erfolgt. Das Notifizierungsverfahren für die Leistungsbeschreibung für Brückenbauten (LBB) konnte ohne Einwand abgeschlossen werden. Damit konnte mit der Umsetzung der LBB in eine Computerfassung begonnen werden.

Im Unterausschuß „Rückhaltesysteme auf Brücken“ mit den Untergruppen „Randleisten“, „Stahlleitwände“ und „Betonleitwände“ des Arbeitsausschusses „Brückenausrüstung“ wurde die Überarbeitung der bisherigen Richtlinie für die allgemeine Randbalkenausbildung weitergeführt.

Im Unterausschuß „Übergangskonstruktionen“ des Arbeitsausschusses „Brückenausrüstung“ wurde in Ergänzung zur im Druck befindlichen RVS 15.45, Grundlagen für die Durchführung eines Überrollversuches, erarbeitet.

Im Unterausschuß „Sonderfahrzeuge“ des Arbeitsausschusses „Entwurf und Planungsgrundlagen“ wurde der Entwurf zur RVS 15.114 überarbeitet sowie im Unterausschuß „Schlepp-Platten“ wurde der Entwurf der RVS 15.61 ausgearbeitet.

Weiters wird in den drei Unterausschüssen „Brückenprüfrichtlinien, Bewertung und Kostenrechnung“, „Sondertransporte, Belastungsannahmen für Brücken und Brückendaten“ des Arbeitsausschusses „Brückenprüfung und Brückenerhaltung“ an neuen Richtlinien weitergearbeitet.

Im Unterausschuß „Brückenprüfrichtlinien, Bewertung und Kostenrechnung“ wurde die Adaptierung und Neuordnung der österreichweiten Brückendatenbank festgelegt. Die Neuprogrammierung der Datenbank wurde begleitend kontrolliert, verbessert, und es wurden Probeläufe durchgeführt.

Im Rahmen der entsprechenden Arbeitsgruppe im Betonverein wurden die Gutachten und die Prüfanforderungen betreffend die zusätzlich beantragten Reparaturmörtel, Spachtelmassen, Oberflächenversiegelungen und Spritzmörtel für die Betoninstandsetzung an Untersicht bzw. unter Abdichtungen aufbereitet und beurteilt sowie die entsprechenden Zulassungen der Produkte erteilt.

In der Arbeitsgruppe „Tunnelbau“ sind zwei Mitarbeiter des Fachbereiches Grundbau und ein Mitarbeiter des Fachbereiches Brückenbau und Straßentunnel aufgeteilt auf die Arbeitsausschüsse „Tunnelbau im Stadtbereich“ und „Projektierung und Bau“ tätig. Im Arbeitsausschuß „Tunnelbau im Stadtbereich“ sind vier Unterausschüsse tätig („Bautechnische und geotechnische Vorarbeiten“, „Leistungsbeschreibung“, „Statisch-konstruktive Richtlinien zur

geschlossenen Bauweise“ und „Statisch-konstruktive Richtlinien zur offenen Bauweise“). Drei Richtlinien sind bereits abgeschlossen, die Richtlinie „Leistungsbeschreibung“ wurde auch 1997 in der Bearbeitung fortgesetzt. Alle oben angeführten Unterausschüsse erarbeiten die Grundlagen für die zur Planung und Ausschreibung von Tunnelbauwerken im Stadtbereich nötigen Unterlagen, die dann von der Forschungsgesellschaft für das Verkehrs- und Straßenwesen (FVS) veröffentlicht werden.

Ebenfalls im Rahmen der FVS ist in der Arbeitsgruppe „Untergrund“ ein Mitarbeiter des Fachbereiches Grundbau im Arbeitsausschuß „Geotextilien“ tätig. In diesem Arbeitsausschuß wurde an einer Richtlinie für Geotextilien im Erd- und Grundbau weitergearbeitet.

Neben diesen Gremien im Rahmen der FVS wurden auch unter Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten in verschiedenen Arbeitskreisen auf höherer Ebene Themen des Brücken- und Tunnelbaues, der Brückenkontrolle und -erhaltung unter Beiziehung von Mitarbeitern der Abteilung diskutiert und generelle Richtlinien erarbeitet.

Schließlich waren im Jahre 1997 in folgenden Fachausschüssen bzw. in deren Fachnormenunterausschüssen und Arbeitsgruppen des Österreichischen Normungsinstitutes Vertreter der Abteilung tätig:

FNA 10 - Beton-, Stahlbeton- und Massivbau, FNUA 010c - Betonbrücken, FNUA 010e - Betonbewehrung, FNA 014 - Brückenbau-Allgemeines, FNA 023 - Grundbau, FNUA 023b - Labor- und Feldversuche, FNUA 023c - Grundbau-Berechnungsverfahren, FNUA 023d - Besondere Gründungsverfahren, FNA 050 - Anstrichmittel, FNA 169 - Bauleistungen, AG 169.02 - Untertagebauarbeiten, AG 169.05 - Erdarbeiten, FNA 174 - Korrosionsschutzarbeiten. Im Fachnormenausschuß 023c wurde der für den Grundbau besonders wichtige Eurocode 7/Teil 1 „Generelle Berechnungsregeln“ weiterbearbeitet.

Weiters war ein Vertreter der MA 29 - Fachbereich Grundbau, als gewählter österreichischer Delegierter bei der 1997 nach dem Einspruchsverfahren fertigzustellenden Europäischen Norm EN 12716 über jet-Grouting (Hochdruckbodenvermörtelung) des CEN/TC 288 - Arbeitsgruppe 7 tätig. Zusätzlich wurden die Normungsarbeiten an der Europäischen Vornorm für Bodenvernagelung in der Arbeitsgruppe 9 des CEN/TC 288 begonnen. Auch hier nahm der Mitarbeiter der MA 29 - Fachbereich Grundbau als gewählter österreichischer Delegierter teil.

Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien

Die Tätigkeiten der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien - MA 39 erstreckten sich im Jahre 1997 auf die Bereiche:

- Abschluß des Akkreditierungsverfahrens durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten mit einem Akkreditierungsumfang von 232 Normen bzw. Prüfvorschriften als Prüfstelle und 98 Normen bzw. Prüfvorschriften als Überwachungsstelle
- Prüftätigkeit als akkreditierte Prüfstelle gemäß ÖNORM EN 45001
- Überwachungstätigkeit als akkreditierte Überwachungsstelle gemäß ÖNORM EN 45004
- Beratung technischer Dienststellen des Hoch- und Tiefbaues der Stadt Wien
- auftragsgebundene Entwicklungsarbeit an Baustoffen und Baukonstruktionen für die österreichische Bauindustrie
- nationale und internationale Arbeit bei verschiedenen Gremien, wie insbesondere der neu entstandenen Mitarbeit in den Sachverständigenausschüssen des Österreichischen Instituts für Bautechnik

1. Abschluß des Akkreditierungsverfahrens

- Die Abteilung erhielt im Jänner 1997 den Akkreditierungsbescheid als Prüf- und Überwachungsstelle, der die Abteilung nun endlich auch formal für die Tätigkeit gemäß dem Akkreditierungsgesetz auszeichnet.
- Die akkreditierende Behörde war das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, und es wurde damit der aus dem Jahr 1994 datierte Antrag der Abteilung erledigt. Zu diesem Zeitpunkt war abzusehen, daß die staatliche Autorisation (nach Lex Exner), die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten erteilt war, infolge des Auslaufes dieses Gesetzes erlöschen würde. Im Jahr 1994 war das gesamte Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten die einzige österreichische Stelle, die eine Akkreditierung aussprechen konnte.

Mittlerweile ist auch das zwischenzeitlich installierte Österreichische Institut für Bautechnik (OIB) in der Lage, Akkreditierungen für den vorgesehenen Wirkungsbereich (Bauhoheit der Länder) zu erteilen. Eine gegenseitige Anerkennung der Akkreditierung durch das OIB und das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten ist aus formalen Gründen zur Zeit nicht möglich, wird jedoch von der Abteilung angestrebt.

- Die Abteilung formulierte mit Unterstützung der Baudirektion ein Angebot, in den Räumlichkeiten und mit Personal der Abteilung sowie unter Mitarbeit der MA 35 (in der Anfangsphase) eine Zertifizierungsstelle einzurichten. Eine derartige Stelle ist im Wiener Bauprodukten- und Akkreditierungsgesetz - WBAG (Landesgesetzblatt 30/1996) vorgesehen, und zwar kann Zertifizierungsstelle nur eine Einrichtung des Landes Wien sein. Dies mit

dem Ziel, daß der Nachweis der Konformität als Grundlage für das Inverkehrbringen und die Verwendung von Bauprodukten gemäß der Bauproduktenrichtlinie (Richtlinie des Rates vom 21. Dezember 1988, 89/106/EWG) in einfacher Weise und mit Nutzung der Synergien aus der räumlichen Nähe und Personal der beiden Institute ergeben, die für Bauherren und Bauwirtschaft notwendigen Brauchbarkeitsnachweise zu erbringen.

- Hinsichtlich der Einrichtung einer Kalibrierstelle wurden Vorkehrungen bei der Anschaffung von (für die Prüf- und Überwachungsstelle notwendigen) Kalibriermittel getroffen, um diese möglichst vielseitig einsetzen zu können. Bei Realisierung der beiden Vorhaben wäre Wien das einzige Bundesland Österreichs, das ein Komplettangebot bestehend aus Prüfstelle, Überwachungsstelle, Kalibrierstelle und Zertifizierungsstelle für Bauprodukte (in Teilbereichen auch für andere Produkte) aufzuweisen hätte. In diesem Zusammenhang, aber auch als Hilfestellung bei etwaigen Akkreditierungsverfahren, hat die Abteilung Prüfstellenkonferenzen initiiert und die im Bereich der Stadtverwaltung tätigen Prüfstellen und Überwachungsstellen (etwa 13 Stück) in die Abteilung eingeladen. Im Berichtsjahr wurden zwei Konferenzen abgehalten, weitere sind terminisiert.

2. Prüftätigkeit und Überwachungstätigkeit als akkreditierte Prüf- und Überwachungsstelle

- Die Abteilung konnte im Jahr 1997 trotz enormem Konkurrenzdruck von teilweise nicht ordnungsgemäß autorisierten oder akkreditierten Prüfstellen die Einnahmen aus Prüftätigkeiten gegenüber dem Jahr 1996 um rund 10 Prozent überbieten. Dies muß insbesondere vor dem Hintergrund äußerst knapper Kassen der Bauwirtschaft, der Baustoffproduzenten und der Bauherren gesehen werden. Gleichzeitig konnte der Kundenkreis der Abteilung im europäischen Raum wesentlich erweitert werden.
- Die Abteilung führt seit mehr als 10 Jahren wöchentlich eine Fensterberatung mit großem Erfolg für alle Interessierten durch. Bei diesen Beratungsterminen sind Fachleute der Abteilung tätig, die an Hand von Schaustücken und Unterlagen eine unabhängige Beratung durchführen.

3. Beratung technischer Dienststellen des Hoch- und Tiefbaues der Stadt Wien

- Im Zuge der Tätigkeiten der Stadt Wien als Bauherr konnte die Abteilung durch zahlreiche Stellungnahmen und Gutachten (insbesondere für die MA 17, MA 24, MA 25, MA 31 und MA 35) bzw. Beratungen durchführen. Hier sei insbesondere hervorgehoben, daß die Checkliste der MA 24 durch die Abteilung mitgestaltet werden konnte, so daß hier ein aktueller Stand der Bauproduktenüberwachung eingehalten werden konnte.
- Im Jahre 1997 wurde ein Forschungsbericht über die Beurteilungsmöglichkeiten von Fenstern im Zuge von Sanierungen und deren Förderungen im Auftrag der MA 25 abgeschlossen.

4. Auftragsgebundene Entwicklungsarbeit an Baustoffen und Baukonstruktionen

- Im Rahmen des Arbeitsgebietes numerische Methoden der Bauphysik konnten wesentliche Beiträge zur Entwicklung von Geometrien von Mauersteinen gegeben und ein Projekt zur Entwicklung eines F90-Anstriches für I-Träger vorangetrieben werden. Darüber hinaus erarbeitete die Abteilung basierend auf den Vorgaben des Wiener Garagengesetzes gemeinsam mit namhaften Herstellern ein neues Prüfverfahren zur Ermittlung der Brennbarkeit von Garagenbelägen. Neben den Anforderungen an die Brennbarkeit müssen Garagenbeläge flüssigkeitsdicht sein und damit eine rißüberbrückende Wirkung aufweisen.
- Weiters entwickelte die Abteilung gemeinsam mit österreichischen Herstellern und in Zusammenarbeit mit dem Österreichisches Institut für Bautechnik eine Verbesserung der Prüfverfahren von brennbaren Dämmstoffen.

5. Nationale und internationale Arbeit bei verschiedenen Gremien

- Die umfangreiche Tätigkeit von Mitarbeitern der Abteilung in den nationalen Normenausschüssen ist in Zusammenhang mit der Ausweitung des Auftragsstandes der Abteilung zu sehen, da insbesondere die Anwesenheit von kompetenten Prüfern es der Industrie erleichtert, sich für Prüfaufträge an die Abteilung zu entscheiden. Unter diesem Gesichtspunkt ist neben der fachlichen Argumentation der Wunsch der Abteilung zu sehen, in allen für sie relevanten Normenausschüssen als Mitglied genannt zu sein.

Stadtvermessung

Die Abteilung gliedert sich nach den Fachbereichen der Vermessungstechnik in die Dezernate Ingenieurgeodäsie mit den Referaten Baustellenmessungen, Allgemeine Vermessungen, Nivellement, Liegenschaftsgeodäsie mit den Referaten Urkundpläne und Grenzvermessungen sowie Kartographische Geodäsie mit den Gruppen Mehrzweckkarte, Luftbilddauswertung und Kartographie. Allen Arbeitsbereichen stehen zusätzlich die Referate Kanzlei, Archiv, Technisches Zeichnen und Ausmesser als Einzelreferate zur Verfügung.

Aufgabe der Abteilung ist die vermessungstechnische Betreuung sämtlicher Magistratsdienststellen. Darüber hinaus werden insbesondere der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds und der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds vermessungstechnisch unterstützt.

Ende des Jahres ist die Dienststelle von der Rathausstraße in das neu errichtete Amtshaus Muthgasse übersiedelt. Dabei wurden durch sorgfältige Planung Arbeitsausfälle auf ein Mindestmaß reduziert. Bei der Besiedelung des neuen Amtshauses konnte sowohl eine den Arbeitsabläufen besser entsprechende Raumaufteilung realisiert als auch die EDV-Ausstattung verbessert werden. Durch vermehrte Anwendung neuer Informationstechnologien wird angestrebt, die nun größer gewordene räumliche Distanz zu den Dienststellen im Rathausbereich zu überbrücken.

1993 wurde zwischen der Stadtvermessung und dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen ein Arbeitsübereinkommen über die Herstellung einer Digitalen Katastralmappe vereinbart. Dazu wurden von der MA 14 dort entwickelte, im Bundesamt nicht verfügbare EDV-Techniken eingesetzt. Ende 1997 konnte mit der Lieferung der letzten Daten an die Stadt Wien das Projekt programmgemäß abgeschlossen werden. Die Stadt Wien verfügt nunmehr über eine international gesehen hervorstechende, moderne und aktuelle Katastralmappe mit höchster Genauigkeit über das gesamte Stadtgebiet. Das schon seit längerem EDV-mäßig geführte Grundbuch ist nun durch sein planliches Gegenstück, die digitale Darstellung der Grundstücke, ergänzt worden. Auf Grundlage dieser Daten wird von der MA 14 ein für viele Bereiche der Planung und Verwaltung wichtiges Grundstücksinformationssystem aufgebaut. Ein ähnlich gestaltetes Übereinkommen ist für das Quellschutzgebiet Rax-Schneeberg im Laufen, während ein weiteres für das Quellschutzgebiet Hochschwab zum Abschluß gebracht werden konnte. Darüber hinaus wurde ein auf vier Jahre angelegtes Übereinkommen zwischen dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen, dem Land Niederösterreich und der Stadt Wien, das außerhalb von Wien liegende Versorgungsgebiet der Wiener Stadtwerke betreffend, ausgearbeitet und unterzeichnet.

Im Rahmen der Verbindungsstelle der Bundesländer wurde von Vermessungsexperten der Länder unter Mitwirkung der Abteilung ein Standardleistungsverzeichnis samt Leistungssätzen für katastrale Vermessungen erarbeitet. Nach schwierigen Verhandlungen mit der Bundeskammer für Architekten und Ingenieurkonsulenten ist abzusehen, daß dieses Vertragswerk nach einjähriger Probezeit bundesweit bei Vergaben angewendet wird.

Gegen Ende des Jahres wurde die Abteilung in das Projekt einer umfassenden Organisationsanalyse des Wiener Magistrates einbezogen. Als Ziel der Untersuchung wurden formuliert: Prüfung der Aufgaben, Durchleuchtung der Verwaltungsabläufe und Erforschung möglicher Rationalisierungspotentiale. Am Beginn standen sehr aufwendige, ins Detail gehende Erhebungen über die Arbeitsbereiche und die personelle Gliederung der Abteilung.

Das im Dezernat Ingenieurgeodäsie eingerichtete Referat Baustellenmessungen war wieder vorwiegend im Bereich des U-Bahn-Baues tätig. Dem Baufortschritt entsprechend konzentrierten sich die Arbeiten im Bereich der Bauabschnitte U3/16 - Hütteldorfer Straße bis U3/18 - Ottakring auf Kontrollmessungen und Absteckungen für den Innenausbau sowie die Oberflächengestaltung im Stationsbereich.

Die Vermessungen in den Bauabschnitten U3/19 - Gasometer bis U3/22 - Simmering umfaßten vor allem Kontrollen beim Stollenbau, nämlich die lage- und höhenmäßige Kontrolle der Richtungslaser und der für die Schlitzwände errichteten Leitwände. Im gesamten Baustellenbereich waren während des Vortriebes bzw. des Aushubes täglich Setzungsmessungen mit Zehntelmillimetergenauigkeit vorzunehmen, um bei Bewegungen bestehender Gebäude rechtzeitig Vorkehrungen treffen zu können. Ausgangspunkte für diese Präzisionsmessungen waren tief im Erdreich fundierte Festpunkte, sogenannte Extensometer, deren Stabilität regelmäßig überprüft werden mußte. Darüber hinaus waren in Abständen von 3 Monaten 160 Meßstellen zur Feststellung der Auswirkungen der für den Stollenbau unerläßlichen Grundwasserabsenkung höhenmäßig zu erfassen. Ebenso wurden für die Stadtarchäologie freigelegte Fundamente, Stiegen- und Kelleranlagen, soweit historisch von Bedeutung, planlich dokumentiert.

Die anlässlich der Hebung der Praterbrücke vorzunehmenden ingenieurgeodätischen Messungen konnten abgeschlossen werden. Nach längsseitiger Durchschneidung des Tragwerkes und sukzessiver Anhebung waren die beiden Stahltragwerke laufend auf Verformungen bei unterschiedlichen Lastfällen zu kontrollieren. Abschließend mußten sowohl bei dieser Brücke als auch bei der Donaustadtbrücke das für den Wasserweg einzuhaltende Lichtraumprofil kontrolliert und Messungen für das Anbringen der Schifffahrtszeichen vorgenommen werden. Als Vorbereitung der für die Verbreiterung der Praterhochstraße erforderlichen Bauvermessungen wurde ein Präzisionsfestpunktfeld geschaffen.

Das dem Dezernat zugeordnete Referat Allgemeine Vermessungen hat im Zuge der vermessungstechnischen Betreuung der städtischen Bauvorhaben 75 Lage- und Höhenpläne zur Verfügung gestellt. Weiters waren 19 Lagepläne für Bekanntgaben von Bebauungsbestimmungen zu verfassen und 41 Absteckungen für kommunale Hoch- und Tiefbauten vorzunehmen.

Zu diesen vielfältigen Arbeiten zählten beispielsweise die Projektierungsunterlagen für die Verlängerung der U1 nach Leopoldau, für Neu- und Umbauten von Bundesstraßen (B3 - Siebeckstraße, B12 - Brunner Straße, B 14a - Alberger Hafenzufahrtsstraße, B 224 - Altmannsdorfer Straße, B 225 - Weichseltalweg), für das EU-Projekt Revitalisierung des Gürtelbereiches, für den Umbau der Hauptkläranlage, den Liesingtalsammelkanal und die Hauptsammelkanäle am Donaukanal.

Die Herstellung von vermessungstechnischen Unterlagen für die Detailplanung der etwa 12 km langen U-Bahnlinie U2/5 vom Schottenring in die Donaustadt stellt eines der größten Vermessungsprojekte dar, mit denen die Abtei-



Eröffnung der URBAN PLUS-Bezirksausstellung Alsergrund durch Vbgm. Planungsstadtrat DDr. Görg und Bezirksvorsteher Benke bei der U-Bahnstation Währingerstraße.

Foto: Votava / PID

Vizebürgermeister DDr. Görg führt Schüler durch die Ausstellung "Projektorientierter Schulunterricht - Wiener Grüngürtel"

Foto: Votava / PID





Der Amtsführende Stadtrat für Umwelt und Verkehrskoordination Fritz Svihalek und Bezirksvorsteher Dr. Schmitz stellen das neue Geschirrmobil der MA 48 vor, welches unter dem Motto "Feste feiern ohne Müllberge" von Vereinen für Feiern bestellt werden kann.

Foto: Votava / PID

lung je befaßt wurde. Noch vor der Festlegung der endgültigen Trasse wurde, um Zeit zu sparen, die beabsichtigte Vergabe gemäß Landesvergabegesetz EU-weit öffentlich bekanntgemacht.

Von den Technikern des Referates Allgemeine Vermessungen wurden weiters 8 Polygonzugsnetze für das Friedhofsinformationssystem der MA 43 angelegt, 41 Lagepläne für Verkehrsgutachten angefertigt und 73 Gutachten nach dem Veranstaltungsgesetz verfaßt. Weiters haben sie für die Mietenfestlegung relevante Flächenausmaße städtischer Wohnhausanlagen überprüft, Grundwassersonden in der Lobau und der Donauinsel mittels GPS eingemessen und geographische Koordinaten von Funkstandorten des Parkleitsystems ermittelt. Der von der Abteilung vermessungstechnisch kontrollierte Vortrieb des Ersatzstollens Scheibbs, eine der Baumaßnahmen der MA 31 zur Sanierung der II. Hochquellenleitung, konnte mit einem präzisen Stollendurchbruch abgeschlossen werden.

Die Erneuerung und Wartung des städtischen Höhenfestpunktfeldes sowie die Kontrolle von kommunalen Hochbauten auf etwaige Setzungen zählen zu den wesentlichen Aufgaben des Referates Nivellement. So wurden im Bereich der Höhenfestpunkte 240 km begangen, 520 km Nivellementzüge mit selbstregistrierenden, digitalen Präzisionsinstrumenten gemessen und 231 Höhenfestpunkte gesetzt. An 61 städtischen Objekten waren 123 Setzungsmessungen vorzunehmen.

Dem Dezernat Liegenschaftsgeodäsie obliegen die Evidenthaltung der Landes- und Bezirksgrenzen, das Erstellen von Lage-, Teilungs-, Dienstbarkeits- und Entschädigungsplänen für stadteigene Liegenschaften sowie Grenzvermessungen stadteigener Liegenschaften. In diesem Arbeitsbereich wird die mit Bundesgesetz verliehene Befugnis zur Verfassung von Urkundplänen wahrgenommen.

Mit dem von diesem Dezernat vorbereiteten 30. Landesgesetz wurden die Grenzen zwischen dem 12., 13. und 23. Bezirk im Bereich Emil-Behring-Weg, Wundtgasse, Atzgersdorfer Straße, Wastlgasse und Bertegasse verändert. In der Folge werden auch die Grundstücksgrenzen an die neue Bezirksgrenze mit Hilfe von Teilungsplänen angepaßt werden, in denen die Bezirksgrenzpunkte koordinativ festgelegt sind. In ähnlicher Art und Weise wurde auch die Grenze zwischen dem 6. und 7. Bezirk in der Mariahiler Straße koordinativ beschrieben, so daß im Berichtsjahr Bezirksgrenzen auf eine Länge von etwa 3,7 km genaue Koordinatenwerte erhalten haben.

Durch einzelne Verbesserungsmaßnahmen konnten Abteilungsverfahren zügiger abgewickelt werden. Nach Novelisierung der Bauordnung von Wien ist die Erteilung der Benützungsbewilligung bei Bauvorhaben nicht mehr an die grundbücherliche Durchführung von Teilungsplänen gebunden. Deshalb war es erforderlich, daß das Dezernat für Liegenschaftsgeodäsie nunmehr die Überwachung übernommen hat, ob die gemäß Bekanntgabe der Bebauungsbestimmung vorgeschriebenen Grundstücksteilungen auch wirklich grundbücherlich durchgeführt werden. Überdies trachtete dieses Dezernat, in den im Abstand von drei Monaten abgehaltenen Terminbesprechungen bei etwa 90 als besonders dringend bezeichneten Teilungsverfahren eine beschleunigte Erledigung bei allen damit befaßten Stellen zu erreichen.

Mit der im Zuge der Übersiedlung verbesserten Hardware-Ausstattung ist es nun auf jedem Arbeitsplatz des Dezernates möglich, nicht nur geodätische Berechnungen und Abfragen nach dem Stand der einzelnen Teilungsverfahren vorzunehmen, sondern es können dort auch Grundstücksdaten der zentralen Liegenschaftsevidenz der MA 40 und der Grundstücksdatenbank des Bundes erhoben werden; bei letzterer wurden etwa 2.200 Anfragen durchgeführt.

Zur besseren terminlichen Erfassung der im Zuge von Teilungsverfahren durchzuführenden Aktivitäten der einzelnen Dienststellen wurde im Dezernat eine Datenbank eingerichtet. In diese wurden bis Ende 1997 Daten aus 20.000 Akten eingegeben.

Für die Erstellung von Plänen oder Absteckungen von Grenzen hat das Dezernat Liegenschaftsgeodäsie 110 Aufträge mit einer Vergabesumme von rund 7 Millionen Schilling an Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen vergeben. Damit ist gegenüber dem Vorjahr sowohl die Anzahl der Aufträge als auch das Vergabevolumen um etwa 30 Prozent zurückgegangen. Schwerpunkte bei der Planerstellung waren die Kleingartenanlagen; hervorzuheben sind weiters: Herstellung der Grundbuchsordnung für den Max-Mell-Park, die Parkanlage am Leberberg, für Wohnhausanlagen am Margaretengürtel und in der Stumpergasse, für die Tierkörperverwertung in Albern, das Strandbad Stadlau, den Friedhof Simmering, den Mistplatz am Mühlwasser, die Schule Spielmannsgasse und die Gasometer; Gewässeraufnahmen für den Petersbach und die Neue Donau; Grundstückseinlösungen für die B 227 - Erdberger Lände, die B 229 - Rautenweg, die Grundäckergasse, den Kürbisweg, die Lorystraße und die U3 in Simmering.

Von den Technikern des Dezernates wurden in Ausübung der Vermessungsbefugnis 32 Urkundpläne über eine Fläche von etwa 51 ha fertiggestellt und in 20 Fällen Grenzabsteckungen über eine Länge von etwa 58 km mit 180 Grenzpunkten vorgenommen. Diese Arbeiten betrafen unter anderem: die Parkanlagen Hugo-Wolf-Park und Napoleonwald, die Friedhöfe Kalksburg und Heiligenstadt, die städtischen Wohnhausanlagen Hans-Weber-Hof und Schöffelhof, die Sportanlagen Aspern und Fortuna, das Jugendgästehaus in Hütteldorf, die U-Bahn-Station Kagran, den Markt am Zimmermannplatz, sowie Grenzen des Lainzer Tiergartens und der I. Hochquellenleitung.

Zu den Aufgaben des Dezernates gehört auch das Einholen sämtlicher für die Verbücherung städtischer Grundstücksteilungen erforderlicher Bescheide. Dazu waren 140 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen, 200 um baubehördliche Genehmigung und 250 um Planbescheinigung bei den Vermessungsämtern zu richten.

Von den grundbücherlich durchgeführten Teilungsplänen wären folgende hervorzuheben:

die städtischen Wohnhausanlagen Polgarstraße und Wichtelgasse, die Straßenbauten Kaniakgasse und Garten-

heimstraße, die Kindertagesheime Bernadottengasse und Maroltingergasse, der Rochusmarkt, die Kleingartenanlagen Semmelweis und Leopoldau, die U-Bahn-Stationen Rossauer Lände und Schottenring, die Parkanlagen in der Uchatiusgasse und Schloßberggasse, der Friedhof Kalksburg, die Schulen Hernalser Hauptstraße und Absberggasse sowie das Sozialmedizinische Zentrum Ost.

An Zustimmungserklärungen für private Teilungspläne, bei denen der Grenzverlauf zwischen Privatgrundstücken und den Grundflächen der Stadt Wien überprüft werden mußte, waren 320 Stück abzugeben.

Hauptaufgabe des Dezernates Kartographische Geodäsie, in dem die Gruppen Luftbildauswertung, Mehrzweckkarte und Kartographie eingerichtet sind, ist die Herstellung der städtischen Kartenwerke.

Mit der gegen Jahresende erfolgten Anschaffung eines Luftbildscanners konnte die schrittweise vorgenommene Erneuerung der Auswertesysteme des Referates Luftbildauswertung auf den letzten Stand der Technik abgeschlossen werden. Dieser Präzisionsscanner erlaubt es, Luftbilder mit einer Genauigkeit von bis zu 7 Mikron in digitale Datenbestände umzuwandeln. Über Datenleitung werden die gescannten, aktuellen Luftbildaufnahmen zusammen mit dem Kartenbild der letzten Stadtkartenaufgabe auf die 3D-Arbeitsstationen übertragen. Dem Auswerter ist es nun möglich, die Veränderungen in der Natur seit der letzten Befliegung direkt am Schirm zu erkennen und in die Karte einzubringen.

Für diese Auswertearbeiten wurden, wie alljährlich, 1997 wieder für ein Drittel des Stadtgebietes Luftaufnahmen vom Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen vorgenommen. Der für Übersichtszwecke vorgesehene, aus einer differenziellen Entzerrung hervorgehende Luftbildplan 1:10000 konnte fertiggestellt und der Kartenverkaufsstelle übergeben werden.

Trotz der durch die Übersiedlung bedingten Arbeitsausfälle war es möglich, 24 Stadtkartenblätter 1:1000 neu auszuwerten und 312 auf den Stand des aktuellen Bildfluges zu bringen.

Neben der Auswertung für die Stadtkarte wurden photogrammetrische Verfahren für folgende weitere Anforderungen eingesetzt: Volumsermittlung der Mülldeponie Rautenweg über ein digitales Geländemodell, Dachflächenauswertungen für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sowie für 3 D-Animationen beantragter Projekte, Feststellung alter Grenzverläufe zur Beurteilung von Ersitzungen, Geländeerfassung für eine Materialseilbahn im Quellschutzgebiet Hochschwab.

Im Zuge der Übersiedlung wurde das Luftbildarchiv, dessen Bestände bis 1938 zurückreichen, neu geordnet. Diese wertvolle Sammlung chronologischer Momentaufnahmen des Stadtgebietes wird vielfach für behördliche Entscheidungen und Dokumentationen herangezogen.

Zur Erhöhung der Genauigkeit wird die Luftbildauswertung für die digitale Stadtkarte, deren vielfältige Verwendung durch die Bezeichnung Mehrzweckkarte (MZK) zum Ausdruck kommt, durch präzise Vermessungen des Straßenraumes gestützt. Nach der 1995 abgeschlossenen Gesamtvermessung konzentrieren sich die Arbeiten auf die Erfassung der in der Natur eingetretenen Änderungen. Diese in den Aufgabenbereich der Gruppe Mehrzweckkarte fallenden Messungen wurden für ein Drittel des Stadtgebietes vorgenommen. Insgesamt umfaßte die Evidenzhaltung 1997 550 Stadtkartenblätter 1:1000 mit rund 1.300 km Straßenlänge.

Unter Verwendung der automatisiert zusammengeführten Datenbestände der Luftbildauswertung und der Vermessungen des Straßenraumes wird auf den Bildschirmarbeitsplätzen der Gruppe Kartographie die digitale Mehrzweckkarte (MZK) fertiggestellt. Nach kartographischer Bearbeitung von 277 Blättern betrug die Anzahl der verfügbaren digitalen MZK-Blätter 1:1000 Ende des Jahres 1.444 Stück. Dazu kommen noch 187 Blätter im Randbereich der Stadt, die aus Vektorisierung analoger Blätter stammen. In den weiteren Maßstabsbereichen sind nunmehr digital verfügbar: 325 MZK-Blätter 1:2000, 26 Bereichspläne 1:3000, 55 MZK-Blätter 1:5000 und 7 MZK-Blätter 1:10000. Die Anzahl der Blätter des digitalen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes stieg auf 1.517 Blatt 1:1000 und 314 Blatt 1:2000.

An weiteren kartographischen Arbeiten, die neben der Erstellung der digitalen Stadtkarte anfielen, wurden ausgeführt: Kartengrundlagen für die Verordnungen zu den Landschaftsschutzgebieten Hietzing, Hernals und Prater, zur Verordnung Parkraumbewirtschaftung und zur Verordnung über Müllgefäßstandorte; Kartengrundlagen zu Bezirksgrenzänderungen; Aktualisierung des Schutzzonenplanes, Darstellung der Weinbaufluren.

Im Archiv, das für die Registrierung, Archivierung, Entlehnung und Aussendung der Vermessungspläne zuständig ist, stehen den Dienststellen des Magistrates sämtliche seit dem Bestehen der Abteilung verfaßten Pläne, derzeit etwa 14.800 Operate, zur Verfügung. Die Digitalisierung der bislang händisch geführten Planübersichten und Archivkarteien ist betreffend der Teilungspläne nun weitgehend abgeschlossen. Nach Digitalisierung der Lagepläne wird dem Archivbenützer über Netzbetrieb ein Planinformationssystem zur Verfügung stehen, das die Planentlehnung erheblich erleichtern wird.

Im Referat Technisches Zeichnen, das der gesamten Abteilung für das Auszeichnen vor allem von Lageplänen, Lage- und Höhenplänen und Teilungsplänen zur Verfügung steht, wurden 58 zum Teil sehr umfangreiche Pläne neu gezeichnet und 101 ergänzt oder geändert. Die in der Abteilung in Verwendung stehende CAD-Zeichensoftware wurde durch eine komfortablere Version ersetzt. Dabei haben sich die Arbeitsvorgänge sehr verändert, so daß sich die Mitarbeiter intensiv einarbeiten mußten.

Das im Referat Ausmesser bestehende Vermessungshilfspersonal unterstützt die Techniker bei Außendienstarbeiten. Zusätzlich haben diese Mitarbeiter bei der Übersiedlung der Abteilung tatkräftig mitgeholfen.

In der Gesetzgebung sind keine Neuerungen eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Arbeit der Abteilung bewirkt hätten.

Das Fachwissen der Abteilung konnte bei Besuchen, Führungen und Vorträgen weitergegeben werden. Es wurde auch bei der Mitarbeit in nationalen als auch internationalen Normungsgremien, die sich mit Vermessung und Geoinformation befassen, eingebracht. Ständige fachliche Kontakte bestehen vor allem zum Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen und den geodätischen und photogrammetrischen Instituten der Technischen Universitäten Wien und Graz. Weiters ist die Abteilung aktives Mitglied in der Österreichischen Gesellschaft für Vermessung und Geoinformation und der Internationalen Vereinigung der Vermessungsingenieure.

Gegenüber dem Vorjahr ist mit 2.681 neuen Geschäftsstücken die Anzahl der Anforderungen nahezu gleichgeblieben. Obwohl ein großer Anteil der Arbeiten vom Personal der Abteilung erledigt werden konnte, mußten Aufträge im Ausmaß von 40 Millionen Schilling nach außen vergeben werden. Gegenüber dem Vorjahr ist damit eine Steigerung um etwa 12 Prozent eingetreten.